

Willy Klages

**Offene Fragen
der
Geschichte**

**Die
Geschichte
des Deutschen Reiches
von
1871 bis 1890**

Sonderheft Nr. 26



**Die
Geschichte
Des Deutschen Reiches
von
1871 bis 1890**

Sonderheft Nr. 26

Deutsches Reich, Teil 1

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Chronik der Geschichte des Deutschen Reiches von 1871 bis 1890	2-91
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	92-94

Chronik der Geschichte des Deutschen Reiches von 1871 bis 1890

Eine Regierung muß sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, daß jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, daß er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muß.

Friedrich II., der Große (1712-1786, König von Preußen)

1871

Deutsches Reich: Am 18. Januar 1871 wird der preußische König Wilhelm I. von Hohenzollern im Spiegelsaal des Königsschlusses von Versailles in Anwesenheit der meisten deutschen Fürsten zum Kaiser des Deutschen Reiches gekrönt und das Deutsche Reich offiziell erneuert.

Gründung des Deutschen Reiches

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).

Das Amt des "Deutschen Kaisers" war jedoch neu, denn bis 1806 gab es nur "Römische Kaiser".

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den Deutschen Kaiser (x804/-775): >>Deutscher Kaiser, nach Artikel 11 der Reichsverfassung Titel des Oberhauptes des neuen Deutschen Reiches, das seit 18. Januar 1871 besteht; der erste deutsche Kaiser ist Wilhelm I., König von Preußen. Die Bezeichnung der Beherrscher des alten, bis 1806 bestehenden Reiches als deutsche Kaiser ist zwar unrichtig, da jene römische Kaiser und deutsche Könige waren; dennoch ist der Name "deutscher Kaiser" für die deutschen Herrscher von Heinrich I. (919-936) an üblich geworden selbst für solche, welche die römische Kaiserwürde nie erlangt hatten.<<

Die deutsche Kaiserproklamation, die im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch nur gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Be-

geisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg (1866) mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.

Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten" (ohne Österreich-Ungarn) erreicht werden.

Der preußische König Wilhelm I. erklärt am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<



Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.

Wilhelm I. verkündet während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und

hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<

Der badische Großherzog Friedrich I. (1826-1907, damaliger Sprecher der deutschen Fürsten und Unterstützer der "kleindeutschen Lösung") berichtet über die Kaiserproklamation in Versailles (x176/198): >>Um 11.30 Uhr versammelten sich in dem großen Spiegelsaal des Schlosses von Versailles 2.000 Offiziere, Beamte und Geistliche. Als die Fürsten sich dann um den König gestellt und die ganze Versammlung sich ihm zugewandt hatte, nahm der König ein Papier zur Hand und las etwa folgende Ansprache:

Nachdem ihm die deutschen Fürsten und freien Städte die die Kaiserwürde angeboten hätten, erkläre er unter dem Ausdruck des Dankes, die Krone des Reiches für sich und seine Erben annehmen zu wollen.

Nun verlas der Kanzler des Reiches, Bismarck, ein Manifest, und dann kam die Reihe an mich. Ich rief so laut wie möglich in die harrende lautlose Versammlung: "Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch, hoch, hoch!"

Es begann ein begeistertes sechsfaches Hochrufen, das man gehört haben muß, aber nicht beschreiben kann.<<

Das "Kriegstagebuch 1870/71" des preußischen Kronprinzen berichtet über die Kaiserproklamation in Versailles (x233/100): >>Hauptquartier Versailles, den 18. Januar 1871.

Erst im Laufe der Zeit wird uns das ganze volle Gewicht dessen bewußt, was es heißt, im Prachtsaal von Ludwigs XIV. Schloß zu Versailles die Wiederreinssetzung des auf dem französischen Schlachtfelde geschaffenen Deutschen Reiches sowie die Verkündigung des erwählten erblichen Kaisers mit angeschaut zu haben. ...

Nachdem Seine Majestät eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne ... verlesen hatte, trat Graf Bismarck, der ganz grimmig verstimmt aussah, vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art ... die Ansprache "an das deutsche Volk".

Bei den Worten "Mehrer des Reichs" bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb.

Nun trat der Großherzog von Baden ... vor und rief mit erhobener Rechten: "Es lebe seine Kaiserliche Majestät der Kaiser Wilhelm I."

Ein donnerndes, sich mindestens sechsmal wiederholendes Hurra durchbebte den Raum, während die Fahnen und Standarten über dem Haupte des neuen Kaisers von Deutschland wehten und "Heil dir im Siegerkranz" ertönte. Dieser Augenblick war mächtig ergreifend, ja überwältigend und nahm sich wunderbar schön aus. ...

Nun brachten die Fürsten einer nach dem andern ihre Glückwünsche dar, welche der Kaiser mit einem freundlichen Händedruck entgegennahm. ... Der Kaiser ... richtete einige Worte im Vorübergehen an die zu beiden Seiten stehenden Offiziere und Mannschaften.

Ich hatte der Musik befehlen lassen, sobald der Kaiser sich zum Verlassen des Saales anschickte, den Hohenfriedberger Marsch zu spielen, so daß Seine Majestät unter diesen herrlichen Klängen von der Versammlung schied, worauf er, von dem Hurra, der Stabswache be-

grüßt, das Schloß verließ. ...<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Prinz Otto von Bayern berichtet am 2. Februar 1871 seinem Bruder, König Ludwig II., über die Kaiserproklamation in Versailles (x261/111): >>Ach, Ludwig, ich kann Dir gar nicht beschreiben, wie unendlich weh und schmerzlich es mir während jener Zeremonie zumute war, wie sich jede Phase in meinem Innern sträubte und empörte gegen all das, was ich mit ansah. Lief es doch dem gerade entgegen, für was ich tief innerlich glühe und was ich von Herzen liebe und wofür ich mit Freuden mein Leben einsetze. ...

Welchen wehmütigen Eindruck machte es mir, unsere Bayern sich da vor dem Kaiser neigen zu sehen; ich war eben von Kindheit an so was nicht gewöhnt; mein Herz wollte zerspringen. Alles so kalt, so stolz, so glänzend, so prunkend und großtuerisch und herzlos und leer. ... Endlich drängte man sich durch diese Knäuel zurück und aus dem Saale hinaus. Mir war's so eng und schal in diesem Saale, erst draußen in der freien Luft atmete ich wieder auf. Dieses wäre also vorbei. ...<<

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Die große Mehrheit der Deutschen war begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme raufte sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.



Abb. 40 (x315/110): Das Deutsche Reich (1871-1918).

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.

Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.

Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer

verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte (Heer, Bahn und Post). Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten (ca. 1 % der deutschen Bevölkerung). Von 1871-92 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.



Abb. 41 (x070/176): Der Adler des Deutschen Reiches von 1871-1918.

Die damals beliebte Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" berichtet später über die Reichsgründung (x176/199): >>Es war der größte Tag, welchen Berlin jemals gesehen und wie wir einen größeren zu erleben weder hoffen noch begehren dürfen. Es war ein Fest- und Weihetag der gesamten deutschen Nation, von welchem die Geschichte den spätesten Geschlechtern erzählen wird! ...<<

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schreibt später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.

Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums (d.h. der preußischen Regierung); denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schreibt im Jahre 1871 über die Regierungsform des Deutschen Reiches (x239/149): >>... Wir haben eine konstitutionelle Monarchie, aber wir haben keine parlamentarische Regierung. ...

Auch wenn eine Volksvertretung, wie in Deutschland und Nordamerika, nicht die Kraft besitzt, Minister ein- und abzusetzen, so ist schon ihr Dasein und ihre Debatte, ihre Kritik des Budgets und ihre Befugnisse, mißlungene Gesetzentwürfe zu vernichten, eine höchst bedeutende Schranke gegen jeden willkürlichen Absolutismus der Regierung.

Diese Regierung aber in fester Hand und den Wogen der populären Agitation entzogen zu wissen, erscheint uns ... als unschätzbare Segen.

Deutschland wird auch nach seinen letzten großen Siegen eine höchst gefährdete Stellung in Europa haben zwischen dem rachedurstigen Frankreich, dem ehrgeizigen Rußland, dem schwankenden Österreich.

Was wir in dieser Lage vor allem bedürfen, ist Stetigkeit und Sicherheit der Regierung. ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau berichtet später (im März 2021) über die Verfassung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>**Das bestorganisierte Land der Welt**

- Die Reichsverfassung

Von *Ulrich Vosgerau*

Die Bismarcksche Reichsverfassung vom 16. April 1871 ging aus der Verfassung des Deutschen Bundes vom 1. Januar 1871 hervor, durch die ihrerseits die ursprüngliche Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 revidiert worden war. Vom Norddeutschen Bund wurden auch die Reichsfarben schwarz-weiß-rot" (Artikel 55 Reichsverfassung) übernommen. Sie hieß dann Verfassung des Deutschen Reiches (RV 1871) und galt formell bis zum 14. August 1919, dem Tag des Inkrafttretens der Weimarer Reichsverfassung.

Indessen war sie im Zuge revolutionärer Umwälzungen bereits seit dem 9. November 1919 faktisch nicht mehr beachtet worden, wie später die Weimarer Reichsverfassung nach 1933.

Nur sehr wenige deutsche Schüler und Studenten könnten heute noch angeben, daß das Deutsche Reich entweder am 1. Januar 1871 (Inkrafttreten der Verträge) oder am 18. Januar 1871 (Kaiserproklamation) gegründet worden ist. Rechts- und Verfassungshistoriker sehen das übrigens anders. Denn aus juristischer Sicht ist das Deutsche Reich 1871 nicht etwa revolutionär entstanden.

Vielmehr gilt es als Fortsetzung des um die nun beigetretenen süddeutschen Staaten erweiterten, verfassungsrechtlich reorganisierten und umbenannten, aber als völkerrechtliches Subjekt selbstverständlich mit sich selbst weiter identischen Norddeutschen Bundes, der seinerseits, eben am 14. April 1867, durch die Umwandlung eines Militärbündnisses Preußens mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie in einen echten Bundesstaat entstanden war.

Das heißt, das Deutsche Reich entstand eigentlich schon 1867. Die heutige Bundesrepublik

Deutschland ist völkerrechtlich nicht etwa dessen Rechtsnachfolgerin, sondern mit dem Reich (eben als dem einen und einheitlichen Nationalstaat des Deutschen Volkes) identisch. In Tageszeitungen ist gelegentlich zu lesen, wer das Fortbestehen des Deutschen Reiches behauptet, sei gleichzeitig Verschwörungstheoretiker und Verfassungsfeind.

Dies entspricht aber der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der allgemeinen Ansicht im Völkerrecht. Insofern haben die sogenannten Reichsbürger vom Ausgangspunkt her Recht. Ihr Wahn besteht aber darin, sich ein fortbestehendes Reich als "Parallelstruktur" zur Bundesrepublik vorzustellen. Die Bundesrepublik selbst ist jedoch das Reich. Sie heißt nur anders und hat eine andere Verfassung.

Völkerrechtlich ist das irrelevant: Wenn eine Frau sich verheiratet, hat sie auch auf einmal nicht nur einen anderen Personenstand, sondern oft auch einen anderen Nachnamen, ohne daß deswegen jemand darauf kommt, es sei jetzt eine neue Frau da und diese sei allenfalls Rechtsnachfolgerin der alten. Im Völkerrecht gilt der Grundsatz der Staatenkontinuität, schon um Verträge und Schulden aufrechtzuerhalten. Verfassungswandel, ja selbst Revolutionen sind aus Sicht des Völkerrechts nur (unbeachtliche) "innere Angelegenheiten".

Die paktierte Verfassung

Das Deutsche Reich von 1871 war ein Bundesstaat. Zwar erweckt die Präambel der Verfassung den Eindruck, es handele sich um einen reinen Fürstenbund, also eher um einen Staatenbund als einen Bundesstaat, da die verfassungsgebende Gewalt - sei es der Bundesstaaten, sei es "des Deutschen Volkes" wie im Grundgesetz (GG) - nicht evoziert wird, sondern die Fürsten als Urheber der neuen Reichsverfassung in Erscheinung treten. Dies darf man aber nicht überbewerten.

Es handelt sich um den letzten historischen Ausdruck eines Spezifikums der deutschen Verfassungsgeschichte, nämlich der "paktierten Verfassung". Um die eigentlich bereits seit der Französischen Revolution, spätestens aber seit den Freiheitskriegen, virulente Frage, ob die verfassungsgebende Gewalt (Souveränität) nun beim Fürsten oder beim Volk liege, nicht ausfechten zu müssen, ging man mit einer wiederum typisch deutschen, nämlich juristischen Lösung vor. Das heißt, es werden nur unmittelbar ergebnisrelevante Rechtsfragen entschieden, alle anderen müssen für die weitere Rechtsentwicklung offenbleiben.

Was kein Problem darstelle, so lange sich Fürst und Volk über die Verfassung einig seien. Was die Beurteilung angeht, ist es das alte Lied: Entwickeln die Engländer ihre Demokratie über Jahrhunderte hinweg eher schrittweise, um Blutvergießen zu vermeiden und verwaltungserfahrene Eliten nicht aus dem Land zu treiben, sondern arbeiten zu lassen, so sind sie von westlichen Werten geleitete Evolutionisten beim piecemeal engineering. Tun Deutsche eigentlich dasselbe und betonen dabei die Rechtsstaatlichkeit als Höchstwert, sind sie obrigkeitshörige Schlafmützen, die keine Revolution zustande bringen.

Höchstes Staatsorgan war der Bundesrat, das heißt, die Vertretung der Bundesstaaten. Es ist bezeichnend, daß diese Benennung zur Betonung des föderalistischen Elements auch nach der Umbenennung des Norddeutschen Bundes in Deutsches Reich durch die Verfassung von 1871 fortgeführt wurde. Der Präsident des Bundesrates, verfassungsmäßig der König von Preußen, hieß "Deutscher Kaiser" und nicht etwa "Kaiser von Deutschland".

Die Stimmenanteile der Bundesstaaten im Bundesrat, der freilich von Preußen dominiert wurde (17 von 58 Stimmen; zum Vergleich: Bayern sechs Stimmen, Sachsen und Württemberg je vier Stimmen, Hessen und Baden je zwei Stimmen) waren wie heute schon nach der Bevölkerungszahl gegliedert (Artikel 6 Satz 1 RV; Artikel 51 Absatz 2 GG) und konnten nur einheitlich abgegeben werden (Artikel 6 Satz 2 RV; Artikel 51 Absatz 3 GG).

Im Hinblick auf die Gesetzgebung galt der Satz "Bundesrecht bricht Landesrecht" (Artikel 1 Satz 2 RV; Artikel 31 GG), freilich nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Gesetzgebungskompetenzen des Reiches (Artikel 4 RV), die sehr viel enger umschränkt waren als heute die

ausschließlichen und konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen des Bundes. Reichsgesetze kamen durch Mehrheitsentscheidung sowohl im Bundesrat wie auch im Reichstag zustande, wobei es auch im Reichstag stets die Mehrheit der gesetzlichen und nicht wie heute in der Regel nur der anwesenden Mitglieder sein mußte.

Im Hinblick auf die Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung kannte man noch nicht die heutige Unterscheidung zwischen Zustimmungsgesetzen und Einspruchsgesetzen, was sich zwanglos aus dem eben noch recht übersichtlichen Katalog der Bundeskompetenzen erklärt. Besonders auffällig ist aus heutiger Sicht neben der Mehrheitsregel im Reichstag auch der Umstand, daß die verfassungsrechtlich vorgesehenen Ausschüsse nicht beim Reichstag, sondern beim Bundesrat gebildet wurden.

Dieser war also eine Art "exekutives Arbeitsparlament". Die arbeitsparlamentarische Arbeitsweise - Entwicklung der Gesetzgebung in Ausschüssen, Mehrheit bloß der Anwesenden im Plenum, weil die Mehrheitslage aufgrund der Vorarbeiten feststeht und die Verabschiedung eines Gesetzes in dritter Lesung letztlich meist symbolisch ist - ist seit 1949 diejenige des Deutschen Bundestages.

Das Gesetzesinitiativrecht lag sowohl beim Bundesrat (Artikel 7 Absatz 1 RV) wie beim Reichstag (Artikel 23 RV), wobei Initiativen des Bundesrates zunächst deutlich überwogen.

Denn man darf sich den Bundesrat nicht einfach als Vorgänger des heutigen Bundesrates des Bonner Grundgesetzes vorstellen.

Vielmehr war der Bundesrat des Kaiserreiches, dem der Reichskanzler vorsah und dessen Geschäfte er leitete (Artikel 15 RV), Ländervertretung und "Bundesregierung" zugleich, wobei die Regierungsfunktion des Bundesrates als dessen "Präsidium" bezeichnet wurde (Artikel 11 Absatz 1 RV) und nominell dem Kaiser, in der Sache jedoch dem vom Kaiser zu ernennenden Reichskanzler zustand, der die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit gegenzeichnen mußte (Artikel 17 Satz 2 RV). Die Gesetzesinitiativtätigkeit des Bundesrates entsprach also eher der der Bundesregierung heute und nicht so sehr der des Bundesrates, die es nach wie vor gibt. ...

Die gewählten Mitglieder des Reichstages waren "Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden" (Artikel 29 RV). Der Reichstag tagte stets öffentlich, seine Mitglieder genossen Immunität und Indemnität (Artikel 30 RV).

Da aber der Reichskanzler dem Reichstag nicht politisch verantwortlich war und von diesem nicht entlassen werden konnte, sondern nur vom Kaiser, ist das Deutsche Reich Bismarcks im Ergebnis ein konstitutionelles und kein parlamentarisches Regierungssystem gewesen - anders als etwa zeitgleich Großbritannien. Aber ein einigermaßen stabiles Regierungssystem war in Deutschland eben wohl auch nur auf konstitutioneller statt auf parlamentarischer Basis möglich, da es, wie schon Max Weber auffiel, an einem etablierten und starken Parteiensystem fehlte, in dem politische Parteien jeweils eine eigene Elite hervorbrachten.

Die deutschen Eliten bildeten sich eher an den Universitäten, in der Beamtenschaft oder auch dem Offizierkorps. Die Voraussetzungen waren eben ganz andere als in Großbritannien, und die mal instabilen, mal chaotischen französischen Verhältnisse konnten erst recht kein Vorbild sein.

Im übrigen fällt auf, daß dieselben Historiker, die es Bismarck zum Vorwurf machen wollen, kein wirklich parlamentarisches System errichtet zu haben, heute gegen die zügige Verdrängung der nationalen Parlamentarismen Europas zugunsten einer gemeineuropäischen Brüsseler Exekutivlegislative seit dem Vertrag von Maastricht (1993) und erst recht dem Vertrag von Lissabon (2008) nichts einzuwenden haben, sondern diese nun wieder als demokratischen Fortschritt begrüßen.

Das bestorganisierte Land der Welt

Wie dem auch sei: Das Deutsche Reich von 1871 war rasch nicht nur in naturwissenschaftli-

cher und technischer, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht das modernste Land der Welt: Krankenversicherung für Arbeiter 1883, Unfallversicherungsgesetz 1884, das Gesetz betreffend Invaliditäts- und Altersversicherung 1889, später dann die Reichsversicherungsordnung 1911 und das Versicherungsgesetz für Angestellte, ebenfalls 1911.

Vor allem Briten und Franzosen platzten schier vor Neid auf diese sozialpolitischen Errungenschaften, die ja gesellschaftliche Stabilität und breite Akzeptanz des Staates auch in proletarischen Kreisen sichern halfen, aber sie konnten nichts Vergleichbares einführen, ihre Produktivität gab es nicht her.

Auf dem Gebiet der Rechtspolitik und der modernen Verwaltung wurden im Bismarckreich durch Modernisierung diejenigen gesetzgeberischen Grundlagen gelegt, die nicht nur den raschen wirtschaftlichen Aufstieg des Kaiserreichs ermöglichten, sondern vielfach bis auf den heutigen Tag - natürlich in modernisierter Form - in Kraft sind und die außerdem, damals noch sehr nah am Original, später dann auch noch das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik Deutschland mit bewirken halfen.

Das gilt für das Gesetz über den Bundeshaushalt und den Rechnungshof von 1867, das Gesetz über die Gleichberechtigung der Konfessionen und die Gewerbeordnung, beide von 1869, das Handelsgesetzbuch von 1897, das GmbH-Gesetz von 1892, die 1877 erlassene Zivilprozeßordnung, das Strafgesetzbuch von 1871 und die Strafprozeßordnung aus dem Jahr 1879, das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb von 1896, das Zwangsversteigerungsgesetz aus dem Jahr 1900 und das Pressegesetz von 1874.

Die moderne Staatlichkeit in Deutschland, die herkömmliche Überlegenheit deutscher Organisation und der Verwaltung in Europa, kommt eigentlich von diesen Gesetzen her, und die Gesetze stammten eben zugleich vom Bundesrat, der bis 1890 von Bismarck dominiert wurde, und vom Reichstag, der eigentlich auf Bismarck pfiß. Und dies zeigte sich nicht nur in Budgetfragen.

Denn der Höhepunkt der Gesetzgebungsaktivitäten, die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches zum 1. Januar 1900 - nach jahrelanger Vorbereitung seit den 1870er Jahren - ging nicht etwa auf eine Initiative der Reichsleitung zurück, sondern wurde letztlich vom Reichstag ertrotzt. Es gilt bis heute und wurde durch die Schuldrechtsreform von 2002, die unter anderem der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben dienen sollte, keineswegs besser.

Ob die Deutschen, wie sie heimlich - oder auch unheimlich - und zumal aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrung mit den französischen Nachbarn immer befürchtet haben, ohne die Reichsgründung wirklich früher oder später zu den "Indianern Europas" geworden wären, das können wir nicht wissen. Wir wissen aber heute, daß die Reichsgründung von 1871 ein Glück und vor allem ein großer Fortschritt gewesen ist.

Auf die föderalen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Traditionen der Reichsverfassung, die ihrerseits auf die Entwicklungen im Norddeutschen Bund zurückgegriffen hatten, wurde auch die Bonner Republik von 1949 überhaupt erst gegründet. In China heißt Deutschland bekanntlich "das Land der Tugend".

So einen internationalen Status würde die heutige Bundesrepublik, trotz täglich emsigen Bemühens um westliche Werte und Abkehr von allen Sonderwegen, wohl nicht mehr erlangen. Obwohl es ganz Europa die Infrastruktur zahlt, in Afghanistan Brunnen bohrt und Mädchenschulen baut und Millionen von Asylbewerbern aufnimmt. Demgegenüber war das Bismarckreich von 1871 im Gepräge seiner Verfassung für die damalige Welt, nicht nur für China, ganz selbstverständlich: das bestorganisierte und fortschrittlichste Land der Welt.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/157-158): >>Das bedeutendste Ereignis des Krieges (1870/71) war die Gründung des deutschen Kaiserreiches. Seit dem Siege von Sedan verhandelte Bismarck mit den süddeutschen Staaten, und schon am 18. Januar 1871 wurde in Versailles König Wilhelm I.

zum erblichen Deutschen Kaiser ausgerufen.

Nach der Reichsverfassung, die aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes hervorging, war das Deutsche Reich ein Bundesstaat, der auf Grund freiwilliger Zustimmung der Fürsten und freien Städte 22 monarchische Staaten, 3 freie Städte und das Reichsland Elsaß-Lothringen umfaßte.

Die ausführende Gewalt hatte der König von Preußen als Deutscher Kaiser. Er vertrat das Reich nach außen, berief den Bundesrat und Reichstag und ernannte den Reichskanzler, der dem Kaiser verantwortlich war für die Reichsämtler, die von Staatssekretären geleitet wurden (Konstitutionelle Monarchie).

Die gesetzgebende Gewalt wurde durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Die höchste Staatsgewalt hatte der Bundesrat, die Vertretung der verbündeten Regierungen, mit einer Stimmzahl (58), die sich nach der Bevölkerungsziffer richtete. Daneben stand als Volksvertretung der Reichstag, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen aller Männer über 25 Jahre. Der Reichstag umfaßte auch die Vertreter des ganzen Zollvereins und schuf die Zollgrenze.

Den Bundesstaaten war in Kulturfragen große Selbständigkeit gelassen worden; Bayern und Württemberg erhielten Sonderrechte für ihr Heer bzw. ihre Post und für die Besteuerung von Branntwein und Bier. Das Übergewicht im Bundesrat hatte Preußen; sein König war Deutscher Kaiser und sein Ministerpräsident Reichskanzler und Vorsitzender im Bundesrat.

... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.

Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhaft Zustimmung. ...

Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch Matrikularbeiträge (finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten). Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.

Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<

Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtet später (im März 2021) über die Gründung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>"**Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!**" ...Die Gegenwart neigt dazu, Gewalt an sich für böse und Nationen für Erfindungen zu halten und die Lehren der Geschichte zu ignorieren. Zu denen gehört auch, daß man in der Politik

entweder handelndes Subjekt oder dulndendes Objekt ist.

Schon bevor er 1862 die Leitung der preußischen Regierung übernahm, bemerkte Bismarck: "Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, Hammer zu werden." Tatsächlich war Deutschland, wie Schurz bemerkte, nach dem Untergang des alten Heiligen Römischen Reiches kaum mehr als ein "geographischer Begriff", ähnlich Polen oder Italien.

Das erschien im "Völkerfrühling" der 1820er, 1830er, 1840er Jahre, als mit der "Religion der Freiheit" (Benedetto Croce) die Idee der nationalen Selbstbestimmung die Europäer erfaßte, immer weniger erträglich. Aber der Enthusiasmus vor allem der jungen Generation für ein einiges Vaterland konnte doch nicht über die praktischen Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die dem Erreichen dieses Ziels entgegenstanden.

Denn die Zusammenfassung aller Gebiete, "wo immer die deutsche Zunge klang", hätte in der Mitte Europas einen Koloß entstehen lassen, der alle Gegebenheiten des Staatensystems in Frage stellte. Die Unmöglichkeit, die "Deutsche Frage" zu beantworten, war eine wesentlichen Ursache für das Scheitern der Revolution von 1848/49.

Nationalkrieg und nationale Einheit

Eine andere war, daß Preußen sich der Aufgabe verweigerte, das organisierende Zentrum eines - zwar nicht gesamt-, aber kleindeutschen - Nationalstaates zu bilden. Es mochte deshalb für einen Augenblick scheinen, als ob Österreich - die ältere Vormacht - eine letzte Möglichkeit erhalten würde, das deutsche Schicksal zu bestimmen.

Aber dazu kam es nicht. Daraus auf den "deutschen Beruf" Preußens zu schließen, ist aus der Mode gekommen. Doch wer, wenn nicht Preußen, hätte in der Lage sein sollen, aus Deutschland ein politisches Ganzes zu schaffen? Niemand sah das deutlicher als Bismarck. Er wußte, daß das Zusammengehen von Berlin und Wien im Kampf gegen Dänemark um die Befreiung Schleswig-Holsteins nur eine Verschnaufpause bedeutete.

Zwei Jahre später, 1866, kam es zum Zusammenstoß zwischen Preußen und Österreich, den er lange erwartet hatte. Der endete mit dem Sieg Preußens und dem Ausschluß Österreichs aus der Reorganisation des deutschen Raums, der nun im Norddeutschen Bund Gestalt annahm.

Damals begann sich ein Stimmungsumschwung gegenüber Bismarck abzuzeichnen, des "bestgehaßten Mannes" in Deutschland, der sich durch sein Regieren ohne Rücksicht auf das Parlament die tiefe Feindschaft der tonangebenden Liberalen zugezogen hatte. In deren Reihen begann die Einsicht zu dämmern, daß in Bismarcks Äußerung, die großen Entscheidungen kämen nicht durch "Majoritätsbeschlüsse", sondern durch "Eisen und Blut" zustande, eine brutale Wahrheit lag.

Wenngleich die zu verdecken drohte, welche Bedeutung Bismarcks diplomatisches Geschick für den Fortgang der Dinge hatte. In vertraulichem Gespräch äußerte Bismarck 1868 gegenüber Schurz, daß es von ausschlaggebender Bedeutung sei, bei jedem weiteren Schritt mit den Interessen und Empfindlichkeiten der Großmächte zu kalkulieren. Der Krieg gegen Frankreich sei allerdings nicht zu vermeiden. Bismarck hat im Folgenden die kommende Entwicklung ziemlich exakt prognostiziert.

Der wichtigste Faktor, der in Rechnung gestellt werden mußte, war für ihn die Labilität der Herrschaft Napoleons III., des "Abenteurers auf dem Thron". Es werde sich eher über kurz als über lang dem französischen Kaiser das Problem stellen, wie er sein Prestige aufrechterhalten solle, wenn seinem Regime die sichtbaren Erfolge mangelten. Die ließen sich im Grunde nur auf militärischem Gebiet erreichen.

Was Napoleon, so Bismarck, dazu bringen werde, "unter irgendeinem Vorwande Streit mit uns anfangen. Ich glaube nicht, daß er persönlich diesen Krieg herbeisehnt, ich glaube sogar, er würde ihn lieber vermeiden, aber seine unsichere Lage wird ihn dazu treiben. Nach meiner Berechnung wird diese Krisis in etwa zwei Jahren eintreten.

Wir müssen natürlich darauf vorbereitet sein, und wir sind es auch. Wir werden siegen, und

das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt, nämlich die vollständige Einigung Deutschlands außerhalb Österreichs und wahrscheinlich auch der Sturz Napoleons." So ist es gekommen. Wegen einer Nichtigkeit ließ sich Frankreich 1870 zur Kriegserklärung verleiten, überschätzte die eigenen Kräfte und büßte dafür mit einer vernichtenden Niederlage. Der Krieg dauerte zwar bis zum Frühjahr 1871, aber sein wichtigstes Ergebnis stand schon fest, als am 18. Januar der preußische König Wilhelm I. im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

Wie Bismarck befürchtet hatte, begann sich zu dem Zeitpunkt die anfängliche internationale Sympathie für die deutsche Seite zu verflüchtigen. Seine Äußerung, die Reichseinigung sei "unter dem bedrohenden Gewehranschlag des übrigen Europa" zustande gekommen, dramatisiert die Lage zwar.

Aber ohne Zweifel weckten die Vorgänge in London und St. Petersburg Mißtrauen. Das hatte auch eine Ursache in der Wahrnehmung, daß der Krieg im Grunde eine Art "Revolution" war, die die Verhältnisse dadurch in Frage stellte, daß es nicht nur um einen preußischen, sondern um einen deutschen Machtzuwachs ging. Lange gültige Deutungsmuster, mit denen man sich die deutschen Verhältnisse erklärte, hatten offenbar ihre Geltung verloren. Bezeichnend war schon gewesen, wie schnell sich die französische Hoffnung, daß die süddeutschen Länder sich im Kriegsfall gegen Preußen wenden würden, als wirklichkeitsfremd erwiesen hatte.

Obwohl es in Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen selbstverständlich Erinnerungen an den "Rheinbund" unter französischem Protektorat gab und man 1866 mit Österreich von Preußen geschlagen worden war, blieb undenkbar, in diesem "Nationalkrieg" die Seite zu wechseln.

Die Begeisterung über die militärischen Erfolge der deutschen Truppen riß sogar die Balten-Deutschen, die Deutschösterreicher und die Deutschen in Ungarn und Böhmen mit. Auf jedes Anzeichen, daß Wien gemeinsame Sache mit Frankreich machen könnte, reagierte die mächtige liberale Bewegung des Habsburgerstaates gereizt.

Bismarck mußte den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Wien ausdrücklich anweisen, keine Ovationen der Bevölkerung - gemeinhin unter den großdeutschen Farben Schwarz-Rot-Gold - entgegenzunehmen. In den Burschenschaften gab es Pläne, Freikorps zu bilden, um an der Seite der "deutschen Brüder" ins Feld zu rücken, und der Tiroler Dichter Adolf Pichler, auch er ein Veteran der Revolution von 1848, schrieb nach dem Fall von Paris in einem Gedicht:

"Ein Wermutstropfen nur Ein bitterer, floß in unseren Freudenkelch: Daß nicht auch auf den Kämmen der Vogesen, Nicht vor den stolzen Wällen von Paris Die Fahne Hofers flatterte, daß nicht Vergönnt uns ward, die Stützen dort zu laden Und mit dem heißen Blei der Trikolore Aus unseren Bergen einen Gruß zu senden ..."

Angesichts der zentralen Bedeutung, die die Erinnerung an den Kampf gegen Napoleon für das deutsche Nationalbewußtsein hatte, konnte nicht überraschen, daß der Krieg von 1870/71 als Fortsetzung der Befreiungskriege verstanden wurde.

Eine Interpretation, die der preußische König zwar mit einer gewissen Reserve gegenüberstand, die er aber durch die Erneuerung des von seinem Vater 1813 gestifteten Eisernen Kreuzes symbolisch anerkannte. Wichtiger als diese Verknüpfung war aber diejenige mit der älteren gesamtdeutschen Geschichte.

Im Rahmen der Proklamation vom 18. Januar 1871 wurde eine Erklärung "An das Deutsche Volk!" verlesen, in der es ausdrücklich hieß, daß man mit diesem Akt, "die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Deutsche Kaiserwürde erneuern" wolle.

Dieses "Zweite" sollte also ausdrücklich als Erbe des "Ersten Reiches" verstanden werden. Ein Moment der Kontinuität lag ohne Zweifel auch darin, daß seine Gründung nicht wie 1849 geplant auf einem demokratischen Willensakt beruhte, sondern auf dem "Ruf", der an den

König von Preußen durch die deutschen Fürsten und Freien Städte ergangen war.

Die genauen Umstände dieses "Rufes" sind hier nicht zu behandeln, aber das berühmte Bild der Proklamation, das Anton von Werner geschaffen hat, bringt den monarchischen, aristokratischen und vor allem den militärischen Charakter der Reichsgründung sinnfällig zum Ausdruck. Die kleine Delegation des Norddeutschen Bundestages, die auch anwesend war, kommt auf dem Gemälde bezeichnenderweise gar nicht vor.

Der Weg in das neue Deutschland

Das war allerdings ein Detail, das für die meisten Deutschen 1871 kaum eine Rolle spielte. Überwältigend war das, was Schurz mit dem Wort von der "herrlichen Zeit" ausgedrückt hat, das nationale Hochgefühl, das in dem Satz zum Ausdruck kam: "Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!" Dieses Empfinden drängte für einen Moment jedes andere in den Hintergrund und legte das Fundament für das, was man in der Folge "Reichspatriotismus" nannte. Sichtbaren Ausdruck fand der in der Beliebtheit der neuen Nationalfarben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen die siegreichen Truppen durch das Brandenburger Tor gezogen waren, aber auch in der Verehrung für Wilhelm I. als Kaiser.

Durch den Triumph über Frankreich und die Reichseinigung war die monarchische Staatsform noch einmal legitimiert worden. Nur eine Minderheit auf der äußersten Linken stellte sie in Frage. Dabei blieb es auch in der Folge, in der Regierungszeit seines Sohnes Friedrich Wilhelm, der 1888 als Friedrich III. nur 99 Tage regierte und dann seiner schweren Krankheit erlag, und seines Enkels Wilhelm II., der noch in demselben Jahr den Thron bestieg.

Die Macht, die die Verfassung dem deutschen Kaiser gab, war groß, aber an die zeitgemäßen Formen des Konstitutionalismus gebunden. Wichtiger als das war aber noch, daß der Herrscher als die natürliche Spitze einer hierarchischen Gesellschaft galt. Deren Oberschicht bildeten die Fürsten, die den Kern des "Bundes" ausmachten, der das Reich formal begründete, und die Aristokratie, die nach wie vor über großen Besitz und Privilegien verfügte.

Ein Sachverhalt, der heute mit besonderer Irritation wahrgenommen wird, vor allem, soweit es um den preußischen Adel geht. Allerdings sollte man mit schnellen Urteilen zurückhaltend sein. Denn gibt man die Bedeutung Preußens als Militärmonarchie für die Reichseinigung zu, muß man auch die Bedeutung seines Adels für die Rekrutierung des Offizierkorps anerkennen.

Wenn während des Krieges von 1870/71 der Anteil der gefallenen Offiziere doppelt so hoch war wie der der Mannschaften, so lag die Quote der adeligen gegenüber der der nichtadeligen Offiziere noch einmal beim zweieinhalbfachen. Seit den Zeiten Friedrichs des Großen war der preußische Adel nicht nur zum Dienst, sondern auch zum Sterben im Dienst erzogen worden. Was seinen Niedergang allerdings nicht verhindern konnte.

Die "Verbürgerlichung" des Offizierkorps - in vornehmen Regimentern weiter mit Verbitterung gesehen - nahm zu und entsprach einer Entwicklung, die im nichtpreußischen Teil Deutschlands schon weiter gegangen war und faktisch der sozialen Gesamtentwicklung folgte. Tatsächlich war nicht der Adel, sondern das Bürgertum die eigentliche Trägerschicht des neuen Deutschland.

Dessen Bedeutung wuchs parallel zur Industrialisierung. Obwohl die Landwirtschaft - vor allem in "Ostelbien", aber auch in Teilen Nord- und Süddeutschlands - erhebliche Bedeutung behielt, nahmen Verstädterung und Bedeutung des "Sekundären Sektors" nach 1871 in dramatischem Tempo zu.

Es entstanden immer größere Betriebe, Zusammenschlüsse in Gestalt der Syndikate, und bedeutende Unternehmerpersönlichkeiten wie Borsig, Krupp, Siemens, Rathenau, Ballin prägten einen neuen Typus des Wirtschaftsführers. Die Zahl dieser Männer war allerdings eine beschränkte.

Die eigentliche Ausdehnung der bürgerlichen Schicht hatte dagegen mit der wachsenden Be-

deutung des Dienstleistungsbereichs und mithin der Angestelltenschaft, aber auch mit dem ausgesprochenen "Drang nach oben" in der Arbeiterschaft zu tun. Der konnte durch individuellen Fleiß und Anstrengung ebenso zum Erfolg führen wie durch das exzellente Schulwesen des Reichs, dessen "realistische" Zweige stark ausgebaut wurden.

In den Zusammenhang dieser Bildungsexpansion gehörte auch der Sieg über den Analphabetismus; der Anteil derjenigen Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben konnten, lag im Reich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei 0,9 Prozent, dagegen in Großbritannien bei 9,6 Prozent, in Frankreich bei 10 Prozent, in den USA bei 12 Prozent, darunter Farbige mit 49 Prozent und in Italien bei 47 Prozent.

Den Ton innerhalb des Bürgertums gaben Freie Berufe und Unternehmer an. "Bildung und Besitz" garantierten ein Prestige, das nur noch von dem des Militärs übertroffen wurde. Solcher "Militarismus" hatte seine Ursache selbstverständlich in der Bedeutung Preußens für den Aufbau des Reiches - es umfaßte mehr als sechzig Prozent seiner Fläche - und im besonderen Charakter des Gründungsaktes. Es handelte sich allerdings nicht um ein spezifisch deutsches Phänomen, sondern war auch in den übrigen westlichen Ländern verbreitet.

Man kann aus der Verbreitung des Matrosenanzugs als Kinderkleidung und der Verehrung des Reserveleutnants jedenfalls nicht auf einen aggressiven Charakter der Außenpolitik des Reiches schließen. Bismarck achtete sorgsam darauf, jeden Eindruck weitergehender Expansionsabsichten zu vermeiden, und auch für seine Nachfolger im Amt des Reichskanzlers galt das Reich - abgesehen von dem Wunsch nach Kolonialerwerbungen, die im Zug der Zeit lagen - als "saturiert". Obwohl heute regelmäßig der Eindruck des Gegenteils erweckt wird, war die Außenpolitik Deutschlands eher defensiv als offensiv ausgerichtet.

Das tatsächliche Potential des Reiches hatte zuletzt wenig mit kriegerischen Absichten zu tun, viel mit dessen rasantem wirtschaftlichen Aufstieg. Das jährliche Wirtschaftswachstum lag zwischen 1876 und 1895 bei 2,7 Prozent, zwischen 1896 und 1913 bei 3,4 Prozent. Die Geldentwertung war gering, die Arbeitslosigkeit mit ein bis zwei Prozent kaum der Rede wert; die lag dagegen in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg zwischen vier und neun Prozent, in Frankreich sogar zwischen sechs und zehn Prozent.

Beide Länder, die bis zur Reichsgründung einen erheblichen Vorsprung im Hinblick auf die industrielle Entwicklung gehabt hatten, erlebten nun einen schmerzhaften Abstieg. Das galt vor allem für Großbritannien, das seine Spitzenposition einbüßte, die Deutschland übernahm, das nur noch in einem anderen Neuling unter den Wirtschaftsmächten - den USA - einen echten Konkurrenten hatte.

Diese Karriere wirkte umso erstaunlicher angesichts der Rohstoffarmut Deutschlands, das dieses Defizit auch nicht durch überseeische Besitzungen ausgleichen konnte.

Um 1900 konzentrierten sich zwei Drittel des deutschen Imports auf Rohstoffe, während zwei Drittel des Exports Fabrikate waren. Zwar spielten Kohleförderung und Stahlproduktion nach wie vor eine wichtige Rolle, aber für die Zukunft ausschlaggebend waren die chemische und die Elektroindustrie, Felder, auf denen Deutschland wegen seiner bedeutenden Wissenschaftler und Erfinder eine führende Stellung innehatte. Nach Inkrafttreten des Patentgesetzes 1878 waren 5.900 neue Patente angemeldet worden, bis zur Jahrhundertwende wuchs diese Zahl auf mehr als 103.000 an.

Aufschlußreich ist auch die Zahl der Nobelpreise, die deutsche Forscher erhielten: 20 im Vergleich zu acht für Großbritannien, sieben für Frankreich und zwei für die USA. Mediziner und Naturwissenschaftler entdeckten immer neue Stoffe, die an die Stelle natürlicher Substanzen treten konnten. Mit 87 Prozent Weltmarktanteil in Bezug auf Chemie und Pharmazie galt Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg als "Apotheke der Welt". Gleichzeitig wurden technische Möglichkeiten sowie Energiequellen von bis dahin unbekannter Effizienz erschlossen. Mit 8,8 Giga-Wattstunden lag Deutschland 1914 weit vor Großbritannien mit 2,5 und Frank-

reich mit 2,1 Giga-Wattstunden.

Schon derartige Leistungen sprechen für ein wohlgeordnetes Staatswesen, das den Vergleich mit anderen nicht zu scheuen brauchte. Verwaltung und Justiz des Reiches arbeiteten schnell, wirkungsvoll und im Allgemeinen frei von äußerer Einflußnahme. Auch die Kooperation der wichtigsten politischen Institutionen - Reichsregierung, Reichstag sowie der von den Einzelstaaten beschickte Bundesrat - verlief normalerweise reibungslos. Die Selbstverwaltung der Kommunen in Preußen galt weithin als vorbildlich.

Die öffentliche Wohlfahrt war in einem Maße ausgebaut, das die übrigen Industriestaaten mit Neid erfüllte. Trotzdem blieben Staatsschulden und Steuerbelastung im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich gering. Der viel gescholtene "Obrigkeitsstaat" sorgte für geringe Kriminalität, und selbst ein notorischer Verächter des Kaiserreichs meinte, daß "in den Städten und Landbezirken ... ein hohes Maß an physischer Sicherheit gewährleistet" wurde, "auch für Arbeiter, auch für Angehörige der nationalen Minderheiten.

Wer angelsächsische Parteidemokratie hoch schätzt, muß auch einmal auf die Dunkelseite des Alltagslebens dort sehen, z.B. auf den Dschungel der Einwandererviertel von New York oder die Lynchjustiz in den amerikanischen Südstaaten, der nach dem Bürgerkrieg jahrzehntelang jeden Tag mindestens ein Neger zum Opfer fiel." (Hans-Ulrich Wehler)

Die breite Zustimmung zur bestehenden Ordnung hatte auch zu tun mit der Möglichkeit zur Beteiligung an den allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zum Reichstag. Das immer wieder behauptete Demokratiedefizit Deutschlands im Vergleich zu den westlichen Staaten hält jedenfalls keiner Überprüfung Stand.

In den USA waren erhebliche Teile der Einwohnerschaft - vor allem die Nachfahren der schwarzen Sklaven, die Indianer sowie Einwanderer asiatischer Herkunft - faktisch an der Stimmabgabe gehindert; in Großbritannien blieb auf Grund ähnlicher Manipulationen einem Viertel der erwachsenen Männer das Wahlrecht zum Unterhaus versagt.

Außerdem konnte ein Wohlhabender in Folge des "Pluralwahlrechts" Dutzende Stimmen abgeben. Diese Möglichkeit gab es in Frankreich zwar nicht, aber hier wie im Vereinigten Königreich spielten Korruption und Vetternwirtschaft eine entscheidende Rolle für die Zusammensetzung dessen, was man "Volksvertretung" nannte.

Wenn es im Verfassungsaufbau des Reiches ein Defizit gab, dann lag das in der fehlenden Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Das verhinderte die Entstehung einer breiteren Politischen Klasse und förderte die Politikfremdheit des Bürgertums.

Man spürte dieses Defizit durchaus und suchte es etwa in der Flotten- oder Kolonialfrage durch ein besonders forsches Auftreten zu kompensieren. Aber überzeugend wirkte das nicht, eher unsicher und für die Außenwelt irritierend: "Das Biedermeier wollte heroisch sein", urteilte der Historiker Johannes Haller im Rückblick.

Der falsche Krieg und seine Folgen

Man darf diesem Moment allerdings kein übermäßiges Gewicht beimessen. Die Stabilität des Kaiserreichs war hoch, was man auch daran ablesen konnte, daß die massiven inneren Auseinandersetzungen mit dem politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie nach dem Ende der Ära Bismarck beigelegt werden konnten. Das Zentrum zählte in der wilhelminischen Zeit längst zu den "Reichsfreunden", während sich gleichzeitig das Verhältnis der Offiziellen gegenüber dem "Reichsfeind" SPD zu entspannen anfang.

Das hatte auch damit zu tun, daß die Sozialdemokratie zwar an ihrer Klassenkampfrhetorik festhielt, aber tatsächlich von einer revolutionären zu einer Reformpartei geworden war. 1912 stiegen sie zur stärksten Fraktion im Reichstag auf, was der Führung mehr Gelassenheit erlaubte. Im folgenden Jahr stimmte die SPD zum ersten Mal für einen Etat. Zwar blieben die nationalen Minderheiten- vor allem Dänen und Polen - abseits und bildeten eigene Parteien, aber bei der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg erhielt das "französische Lager"

in Elsaß-Lothringen nur 3,2 Prozent der Stimmen.

Die Integration der 1871 von Frankreich abgetretenen Gebiete war innerhalb einer Generation gelungen. Eine Ursache dafür lag sicher im ökonomischen Aufschwung des "Reichslandes", ein anderer in der Bereitschaft Berlins, dessen Sonderstatus nach und nach aufzuheben und 1911 ein Autonomiestatut zu gewähren. Bei Kriegsausbruch erfaßte die Bevölkerung dieselbe nationale Begeisterung, die auch in den übrigen Teilen des Reiches zu beobachten war und den Eindruck vermittelte, als ob das "Augusterlebnis" von 1914 noch einmal den historischen Sinn der Reichsgründung von 1871 bestätigte.

Wer angesichts der hier skizzierten Erfolgsgeschichte des Bismarckreiches die Frage stellt, was seinen Untergang herbeigeführt hat, sieht sich zwangsläufig mit der nach wie vor verbreiteten Deutung konfrontiert, daß es an seinen inneren Widersprüchen und zu recht zu Grunde gegangen sei, weil es als eine Art Fleisch gewordener Anachronismus nicht in den Gang der Geschichte paßte.

Dagegen ist zuletzt vor allem von außen Einspruch erhoben worden. Denn während deutsche Historiker in großer Zahl die Schwarze Legende vom reaktionären Kaiserreich und dessen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vertreten, gibt es im angelsächsischen Raum einige besonnene Männer, die die Dinge anders sehen.

Zuletzt hat vor allem der Australier Christopher Clark Aufsehen erregt, der die Vorstellung, der permanente "Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) sei die eigentliche Agenda deutscher Außenpolitik gewesen, als Teil einer "virtuellen Realität" entlarvte, die von "Germanophoben" in Paris und London und St. Petersburg wirkungsvoll in Szene gesetzt wurde und fatalerweise ihren Einfluß bis heute nicht verloren hat.

Noch einen Schritt weiter ist allerdings der Brite Niall Ferguson, der heute in den USA lehrt, gegangen, der meint, daß 1914 ein "falscher Krieg" begonnen wurde, der den eigentlich erwartbaren Gang der Dinge zum Nachteil nicht nur der Deutschen, sondern der Europäer unterbrochen habe. Folgt man Ferguson, wäre im Fall eines deutschen Sieges keines jener Horrorszenarien Wirklichkeit geworden, die man sich auf Seite der deutschen Gegner ausmalte. Vielmehr "hätte Kontinentaleuropa in etwas umgebildet werden können, das der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, nicht unähnlich gewesen wäre".

Und Ferguson schreibt weiter: "Nach einem deutschen Sieg hätte Adolf Hitler sein Leben wohl als mittelmäßiger Postkartenmaler oder bescheidener alter Soldat in einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa beendet, über das es in seinen Augen wenig Grund zu Beschwerden gegeben hätte. Lenin hätte sein Wirken in Zürich fortsetzen und ewig darauf warten können, daß der Kapitalismus zusammenbräche - und wäre enttäuscht geblieben.

... Es war auf den Krieg zurückzuführen, daß diese beiden Männer imstande waren, ihren Aufstieg zu vollziehen, um barbarische Tyrannen zu erschaffen, die noch mehr Massenmorde verübten." Hätte das Kaiserreich als moderner deutscher Nationalstaat Bestand gehabt - diese Spekulation sei erlaubt -, die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts wären der Menschheit wohl erspart geblieben.<<

Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das damalige Nationalbewußtsein der Deutschen (x024/16-17): >>... Während sich bereits im Mittelalter Nationalstaaten ausbildeten, hat das nationale Element in der deutschen Politik bis 1871 nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Die dem "Heiligen Römischen Reich deutscher Nation" (häufig auch "deutscher und welscher Nation") zugrunde liegende Staatsidee war universal, nicht national. Es gab kein nationales politisches Zentrum, das Eigenbewußtsein der deutschen Stämme dominierte gegenüber dem Nationalgefühl. Auch das 1871 geschaffene Bismarck-Reich bildete strenggenommen keinen echten Nationalstaat, da es mit Österreich und der deutschen Schweiz wesentliche Gruppen der deutschen Nation ausschloß. Die nationale Vereinigung der Deutschen vollzog sich also

mit jahrhundertelanger Verspätung gegenüber den Nachbarvölkern, und sie gelang nur unvollständig.

Daß die Deutschen eine eigene nationalstaatliche Tradition haben, ist jedoch unbestritten, auch wenn sie später beginnt als bei Franzosen, Briten und Spaniern. Sie entstand als Folge der Aufklärung im späten 18. und 19. Jahrhundert – zugleich mit dem Aufkeimen etwa des italienischen und slawischen Nationalismus – und verband sich mit den politischen Idealen des Bürgertums, mit Liberalismus und Demokratie.

Gerade die so achtenswerten demokratischen Wurzeln der deutschen Geschichte sind den Bürgern viel zu wenig bekannt und bewußt, von möglichem Stolz darüber ganz zu schweigen.<<

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kamen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

Der deutsche Historiker Dag Krienen berichtet später (im März 2021) über den Französisch-Deutschen Krieg von 1870/71 (x1.032/...): >>**Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71** Von *Dag Krienen*

Nach einem Gefecht, in dem 1870 bayerische und preußische Truppen Schulter an Schulter einen Sieg über die Franzosen errungen hatten, wandte sich der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm an einen bayerischen Soldaten:

"Brav habt ihr Bayern euch gehalten. Ich bin stolz darauf, euer Oberbefehlshaber zu sein." Der Angesprochene stand stramm und antwortete: "Ja, Hoheit, Königliche. Hätten Sie uns g'führt anno Sechasechse, da hätten S' g'schaut, wie mer die Malefizpreiß'n außa g'stampert hätt'n!"

1870/71 zogen auf deutscher Seite Armeen miteinander in den Kampf, die wenige Jahre zuvor noch gegeneinander gefochten hatten. Die alten Ressentiments waren noch nicht verschwunden. Auch Friedrich Wilhelm fand an den bayerischen Soldaten manches auszusetzen. Doch gegen Frankreichs Armeen wirkten die Kriegsgegner von 1866 militärisch effektiv zusammen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind stärkte das Bewußtsein, einer nationalen Schicksalsgemeinschaft anzugehören, und bildete eine wichtige Voraussetzung für die während des Krieges geschaffene staatliche Einheit Deutschlands.

Bereits durch den Krieg von 1866 hatte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck sein zentrales Ziel, die Großmachtstellung Preußens auf Dauer abzusichern, weitgehend erreicht. Nach dem Herausdrängen Österreichs dominierte Preußen den mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie 1867 geschlossenen Norddeutschen Bund.

Diesen Bund durch Anschluß der süddeutschen Staaten zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung weiterzuentwickeln, lag zwar nahe. Der nunmehrige norddeutsche Bundeskanzler Bismarck - seit 1866 zum Hoffnungsträger der bürgerlichen deutschen Nationalbewegung avanciert - hatte damit aber keine Eile. Noch Anfang 1869 betonte er: "Ein willkürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen."

Allerdings hatte Preußens Erfolg im Frankreich des Zweiten Kaiserreichs Neid und Besorgnis ausgelöst. Napoleon III. hatte 1866 einen preußischen Erfolg über den Erzrivalen Österreich noch durchaus für wünschenswert gehalten, wollte dafür aber "Kompensationen" erhalten. Die von ihm erwünschte Abtretung linksrheinischer Gebiete Deutschlands lehnte Bismarck ab, erklärte sich allerdings in unverbindlicher Form mit einem Gebietszuwachs Frankreichs auf Kosten Belgiens und Luxemburgs einverstanden. 1867 unterstützte er zunächst insgeheim den französischen Erwerb Luxemburgs, verweigerte am Ende aber auf Druck der deutschen Öffentlichkeit seine Zustimmung.

Die dadurch ausgelöste Krise konnte 1867 im Rahmen einer internationalen Konferenz beigelegt werden, auf der die Unabhängigkeit und die Neutralität Luxemburgs garantiert wurden. Doch ohne Kompensationen bedrohte der einseitige preußische Machtgewinn die vom Kaiser wie vom Volk wie selbstverständlich in Anspruch genommene legitime Vormachtstellung Frankreichs in Europa. Rufe nach "Rache für Sadowa" (Königgrätz) wurden laut. Nicht nur aus nüchternem machtpolitischen Kalkül, sondern auch aufgrund der preußenfeindlichen Stimmung in Frankreich durfte Napoleon III. von nun an keine weiteren spektakulären Erfolge des Nachbarn zulassen.

Noch strebten zwar weder der Kaiser noch Bismarck zielstrebig auf einen Krieg zu. Doch beide kalkulierten die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit ein und trafen dafür Vorbereitungen.

Der Thronfolgestreit und die Auslösung des Krieges

In dieser Situation führte ein zunächst unbedeutend erscheinender Anlaß zur Eskalation. Seit der Absetzung der Königin Isabella im Jahre 1868 war der spanische Thron vakant. Als Thronkandidaten faßte die spanische Interimsregierung unter anderem den Prinzen Leopold von Hohenzollern ins Auge, der aus der süddeutsch-katholischen Nebenlinie des Hauses stammte. Nach einigem Hin und Her stimmte Leopold am 19. Juni 1870 dem spanischen Angebot zu. Der preußische König Wilhelm gab als Oberhaupt des Hauses Hohenzollern sein Einverständnis. Die zunächst geheim gehaltene Kandidatur wurde Anfang Juli bekannt und löste in Frankreich Empörung aus.

Der französische Außenminister Agénor de Gramont erklärte vor der Kammer, daß Frankreich es nicht hinnehmen werde, daß ein Hohenzoller auf dem Thron Karls V. säße - eine Reminiszenz an die habsburgische Umklammerung im 16. Jahrhundert. Indirekt mit Krieg drohend, forderte er ultimativ die Rücknahme der Kandidatur Leopolds. Nachdem König Wilhelm insgeheim dazu geraten hatte, wurde sie am 12. Juli zurückgezogen.

Damit hätte die Krise ein Ende haben können.

Doch schon am 6. Juli 1870 hatten sich in Paris die Hardliner um die Kaiserin Eugénie gegen alle Bedenken des zögerlichen Kaisers durchgesetzt und das Kabinett beschlossen, die Angelegenheit zu einer diplomatischen Demütigung des preußischen Rivalen zu nutzen, wobei das Risiko eines Krieges in Kauf genommen wurde. Leopolds Verzichtserklärung reichte zu einer solchen Demütigung nicht aus, solange König Wilhelm an der Behauptung festhielt, es handle sich um eine reine Familienangelegenheit.

Gramont ließ deshalb den französischen Botschafter Vincent Benedetti am 13. Juli bei dem in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König vorsprechen. Wilhelm solle eine Entschuldigung für den Versuch der Installation eines Hohenzollerns auf Spaniens Thron aussprechen und vor allem garantieren, Entsprechendes nie wieder zu versuchen. Das wäre dem Eingeständnis gleichgekommen, daß doch der preußische Staat hinter der Kandidatur gestanden hätte und dieser nun vor den französischen Forderungen demütig einknicke.

Mit dieser unverschämten Forderung konfrontiert, lehnte der König weitere Unterredungen mit Benedetti ab und informierte die preußische Regierung über den Vorfall.

Bismarck kürzte die telegraphische Depesche seines Königs zu einer im Tonfall verschärften Pressemitteilung über die Begegnung Benedettis mit dem König in Bad Ems. Diese "Emser Depesche" wird oft als eine bewußte Provokation dargestellt, die nach den damaligen Ehrauffassungen Napoleon III. geradezu zur Kriegserklärung zwang. Tatsächlich gab schon das französische Ansinnen an einen regierenden Monarchen, sich für bestimmte Taten zu entschuldigen und eine Garantieerklärung für zukünftiges Wohlverhalten abzugeben, nach den damaligen Ehrauffassungen einen Kriegsgrund ab - für Preußen.

Doch Wilhelm und Bismarck ließen sich nicht in die Falle locken. Die kaiserliche Regierung hatte sich bei dem Versuch, Preußen zu erniedrigen, vielmehr selbst in eine Falle manövriert,

aus der sie, wollte sie ihr Gesicht wahren, nur durch einen Krieg herauskommen konnte. Sobald das französische Kabinett von Benedetti über die Zurückweisung seiner Forderungen durch Wilhelm erfuhr, ordnete es - noch bevor es den Wortlaut der Emser Depesche kannte - die Mobilmachung der Armee an und tat damit den entscheidenden Schritt zum Krieg.

Erst im Nachhinein verwendete es diese Depesche dazu, den Krieg vor der eigenen Öffentlichkeit als alternativlose Antwort auf eine Beleidigung der Ehre Frankreichs zu rechtfertigen. Am 15. Juli 1870 bewilligte das Parlament mit 245 zu 10 Stimmen die Kriegskredite; am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg.

Vor den Augen der Welt stand Frankreich nach seiner Kriegserklärung als Aggressor dar, der eine internationale Krise, die eigentlich schon beigelegt war, ohne Not wieder eskaliert und schließlich den Krieg aus reiner Ehrpusseligkeit entfesselt hatte. Dies galt auch für die deutschen Staaten. Baronin Hildegard von Spitzemberg, die Frau des württembergischen Gesandten in Berlin, stellte fest: "Unklüger hätten es die Franzosen auch nicht einrichten können: Anstatt uns zu spalten, vollziehen sie faktisch die Einigung Deutschlands, die nichts fester kitten wird als dieser gemeinsam geführte blutige Krieg um die eigene Existenz."

Die mit den süddeutschen Staaten bestehenden Schutz- und Trutz-Verträge, die Bismarck 1866/67 nach Indiskretionen über Napoleons Kompensationswünsche im linksrheinischen Deutschland abgeschlossen hatte, traten mit der Kriegserklärung nicht nur formal in Kraft, sondern wurden in Süd- und Norddeutschland von einer breiten nationalen Solidarisierung mit Preußen begleitet.

Außenpolitisch waren die Gefahren einer militärischen Konfrontation mit einer weiteren europäischen Macht überschaubar. Großbritannien sah immer noch in Frankreich den traditionellen und gefährlichsten Rivalen in Europa. In London war der Aufstieg Preußens zum Gegengewicht der französischen Macht seit 1866 durchaus gern gesehen worden. Im zu dieser Zeit wegen Berlins Haltung im Krimkrieg preußenfreundlichen Rußland überwog die Abneigung gegen die Habsburger-Monarchie als Rivalin auf dem Balkan.

1868 kamen Berlin und St. Petersburg sogar überein, daß im Falle eines französischen Angriffs auf Preußen Rußland durch Truppenmassierungen an der Grenze zu Galizien eine österreichische Intervention verhindern sollte. In dem 1867 zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn umgebildeten Habsburgerstaat war der Gedanke an eine Revanche für 1866 zwar noch virulent. Der österreichische Reichskanzler und Außenminister Friedrich Ferdinand von Beust war sich aber bewußt, daß aufgrund der inneren Schwäche dieses Staatsgebildes, der latenten Bedrohung durch Rußland und der Haltung seiner deutschen und ungarischen Einwohner ein aggressiver antipreußischer Kurs unmöglich war.

Die politische Lageanalyse der französischen Regierung erwies sich hingegen rasch als realitätsfern. In der Julikrise ging Paris noch davon aus, daß ihm im Kriegsfall Österreich und Italien militärisch beistehen und die süddeutschen Staaten neutral bleiben würden.

Napoleon III. hatte seit 1867 die Unterstützung Österreich-Ungarns und auch Italiens als mögliche Verbündete gegen Preußen gesucht, aber nur vage Versprechen erhalten. Bei Kriegsausbruch bot er den Österreichern Teile Schlesiens sowie den Dänen Schleswig und Holstein an. Um Wien vom russischen Druck zu entlasten, wurde dem Zarenreich für eine wohlwollende Neutralität Danzig in Aussicht gestellt.

Doch keine Macht schluckte die Köder. Die süddeutschen Staaten verharrten nicht in Neutralität, sondern traten auf die Seite Preußens. Österreich-Ungarn, Italien und Dänemark entschlossen sich, die weitere Entwicklung abzuwarten. Die deutschen Siege im August 1870 erstickten dann rasch jede Bereitschaft, gegen Preußen zu marschieren. Frankreich mußte den Krieg gegen den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten allein ausfechten.

Die Kräfteverhältnisse und der Beginn des Konflikts

Nach Kriegsausbruch löste sich auch die französische Illusion von der Überlegenheit seiner

Armee rasch in Luft auf. Dieser Glaube war allerdings nicht ganz unverständlich. Das Land verfügte über knapp 500.000 Berufssoldaten und ausgebildete Reservisten, von denen die meisten in den vergangenen zwei Jahrzehnten Erfahrung auf den Schlachtfeldern gesammelt hatten. Die 1868 aufgestellten, schlecht ausgebildeten 400.000 Mann an "Mobilgarden" waren zumindest als Truppen zweiter Linie brauchbar. Die numerische Überlegenheit der verbündeten deutschen Truppen - rund. 730.000 reguläre Soldaten und Reservisten sowie 210.000 Landwehrsoldaten für die zweite Linie - war auf den ersten Blick nicht sehr groß.

Auch waffentechnisch schien die französische Armee im Vorteil zu sein. Nach den preußischen Erfolgen von 1866, die man mit dem Einsatz des Zündnadelgewehrs erklärte, war sie mit einem neuen Hinterlader, dem Chassepotgewehr, ausgerüstet worden. Dieses besaß fast die doppelte Reichweite des Zündnadelgewehrs. Zudem verfügte die französische Armee über 190 Mitrailleusen, ein mit einer Kurbel bedientes frühes Maschinengewehr. Die Mitrailleuse sollte allerdings die in sie gesetzten Erwartungen aufgrund mangelnder Beweglichkeit, der Unfähigkeit zum Streuen der Salven und ihres taktisch falschen Einsatzes bei der Artillerie nicht erfüllen.

Ausgeglichen wurde die französische Überlegenheit auf dem Feld der Infanteriewaffen durch die preußische Artillerie. Diese hatte man nach 1866 komplett auf stählerne Hinterlader umgerüstet, während die französische Artillerie weiterhin nur bronzene Vorderlader besaß. Diese verschossen mit Zeitzünder versehene Granaten, die bloß auf zwei Distanzen einstellbar waren, während die preußischen Geschütze Sprenggranaten mit Aufschlagzünder gegen beliebige Ziele auf beliebige Distanz einsetzen konnten.

Zudem war die preußische Artillerie zweckmäßiger gegliedert und wurde taktisch weit besser eingesetzt. Sie konnte nicht nur über größere Distanzen ein lang andauerndes Schnellfeuer gewährleisten, sondern auch zu Feuerkonzentrationen zusammengefaßt werden, denen die französische Artillerie nichts entgegenzusetzen hatte.

Die Franzosen planten, vor der Vollendung der preußischen Mobilmachung durch den schnellen Vorstoß einer rasch mobilgemachten Kernarmee die süddeutschen Staaten vom Norddeutschen Bund zu trennen. Doch der chaotische Verlauf ihrer Mobilmachung zerstörte diese Hoffnung. Die französischen Einheiten wurden zwar rasch zur Grenze geschickt, ohne aber zuvor mit Reservisten und wichtigem Kriegsmaterial auf Kriegsstärke aufgefüllt worden zu sein. Diese sollten nachgeschickt werden, erreichten aber aufgrund der miserablen Organisation des Transportwesens ihr Ziel meist nicht rechtzeitig oder sogar gar nicht.

Auf deutscher Seite liefen aufgrund der engen Zusammenarbeit von preußischem Generalstab und Eisenbahnverwaltung Mobilmachung und Aufmarsch in den Grenzregionen schnell und nahezu reibungslos ab. Die Einheiten wurden noch an ihren Standorten personell und materiell auf Kriegsstärke gebracht und dann per Eisenbahn zu den Zielorten transportiert.

Bei Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen Anfang August 1870 standen so fast 450.000 Soldaten aus den deutschen Staaten an der Grenze bereit, während nur 250.000 Franzosen aufmarschiert waren. Im Raume Metz stand die französische Rheinarmee unter Marschall François-Achille Bazaine, im Elsaß eine detachierte Gruppe unter Marschall Patrice de MacMahon. Auf deutscher Seite waren die Truppen in drei Armeen aufmarschiert, von denen die südlichste 3. Armee unter dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm aus je zwei preußischen und bayerischen Armeekorps sowie einer württembergischen und einer badischen Divisionen bestand.

Die Franzosen eröffneten den Feldzug am 2. August mit einem Vorstoß nach Saarbrücken, zogen sich aber nach zwei Tagen wieder zurück. Die deutschen Truppen rückten ab dem 4. August vor und schlugen binnen zweier Tage drei Grenzschlachten, die allesamt nicht vom Oberkommando unter Generalstabschef Helmuth von Moltke geplant, sondern durch das selbständige Vorgehen der Armee- und zum Teil auch nachgeordneter Truppenführer eingeleitet

wurden.

Am 4. August drängten preußische und bayerische Verbände der 3. Armee bei dem kleinen Städtchen Weißenburg im Elsaß ein Korps Mac-Mahons zurück. Am 6. August schlug die 3. Armee die Truppen Mac-Mahons bei Wörth erneut, diesmal schwer. An demselben Tag gelang der 1. Armee bei Spichern ein Erfolg gegen die französische Rheinarmee, der diese nach Westen in Richtung Metz zurückwarf.

In diesen Schlachten ging die deutsche Infanterie oft noch in dichten Kolonnenformationen frontal gegen die gut verschanzten Franzosen vor und erlitt im Feuer der Chassepotgewehre schwere Verluste. Auf deutscher Seite war die Zahl der Toten und Verwundeten jedes Mal höher als auf französischer.

Nur durch die Gefangenen wurde das Verlustkonto in etwa wieder ausgeglichen. Es war der Initiative der deutschen Truppenführer, die aus eigenem Entschluß ihre Verbände in das Gefecht führten, sowie der überlegenen deutschen Artillerie zu verdanken, daß die Situation immer wieder gerettet wurde. Die französischen Offiziere ließen hingegen meist Eigeninitiative vermissen, kamen ihren bedrängten Nachbarn nicht zu Hilfe und verpaßten die vielen Gelegenheiten zu erfolversprechenden Gegenangriffen.

Dieses Schema, hohe deutsche Verluste im Gewehrfeuer der Franzosen, überlegene deutsche Artillerie und größere Initiative und taktische Beweglichkeit der deutschen Truppenführer, prägten auch die weiteren Schlachten im August.

Nach den drei Grenzschlachten lag die militärische Initiative auf deutscher Seite. Für Frankreich verwandelte sich hingegen der geplante Feldzug zum Rhein in einen Krieg zur Verteidigung des Landes. Die angeschlagenen Truppen Mac-Mahons wurden aus dem Elsaß abgezogen und per Eisenbahn in das im Hinterland liegende Chalons an der Marne transportiert, um dort mit einigen in Reserve gehaltenen und neu aufgestellten Verbänden zu einer neuen Armee formiert zu werden.

Bazaines noch intakte Rheinarmee zog sich zunächst auf die gut ausgebaute Festung Metz zurück, um sich danach möglichst bald mit der Chalons-Armee zu vereinigen.

Moltke hatte vor Kriegsbeginn zwar detaillierte Aufmarschpläne ausgearbeitet, aber keinen Feldzugsplan. Es gab nur die operative Grundidee, allgemein in Richtung Paris vorzugehen, "bis wir der Französischen Armee begegnen, um dann die Schlacht zu liefern". Die Teilung des kaiserlichen Heeres durch den Abzug Mac-Mahons nach Chalons gab Moltke die Chance, die Rheinarmee noch östlich von Paris zu überflügeln und zu stellen.

Die 1. Armee erhielt den Befehl, den Feind auf dem rechten Moselufer zu beobachten.

Die 2. und 3. Armee sollten südlich von Metz die Mosel überschreiten und nach Osten vorstoßen.

Bazaine sah die Gefahr durchaus. Von Metz aus gab es jedoch keine Bahnverbindung zum schnellen Ausweichen nach Westen, es blieben nur langsame konventionelle Fußmärsche.

Beim Rückzug wurden die französischen Nachhut am 14. August noch östlich von Metz bei Colombey-Nouilly von deutschen Vorhut angegriffen und ließen sich dazu verleiten, eine Schlacht zu liefern.

Taktisch gelang ihnen sogar ein Abwehrrfolg. Allerdings kostete dieser die Rheinarmee einen vollen Marschtag in Richtung Westen. Zur gleichen Zeit überquerte die deutsche 2. Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen südlich von Metz die Mosel, um Bazaine den Weg zu verlegen. Der Prinz überschätzte indes das Tempo der Franzosen und ließ die Masse seiner Truppen zu weit nach Westen in Richtung Maas vorstoßen.

Bazaines Armee hingegen machte einen Tagesmarsch westlich von Metz noch einmal einen Halt, um Nachzügler und Proviantkolonnen aufschließen zu lassen. Als Friedrich Karl feindliche Truppenansammlungen in diesem Gebiet gemeldet wurden, gab er - im Glauben, daß es sich nur um die Nachhut der abziehenden Rheinarmee handele - seinem zurückhängenden

rechten Flügel die Weisung, diesen für schwach gehaltenen Gegner anzugreifen. Tatsächlich aber stieß am 16. August das III. Korps unter General Constantin von Alvensleben auf fast die komplette Rheinarmee.

Die nun folgende Schlacht von Mars-la-Tour (beziehungsweise Vionville) wurde durch den Entschluß von Alvenslebens geprägt, trotz der Konfrontation mit einer mehrfachen Übermacht zum Angriff überzugehen. Erneut litten die Preußen im französischen Gewehrfeuer schwer. Einzelne Bataillone verloren alle ihre Offiziere und wurden nur noch von Feldwebeln geführt, setzten den Kampf aber fort. Erst am Nachmittag konnte das stark bedrängte III. Korps durch das aus Nordwesten herbeieilende X. Armeekorps unterstützt werden. Gemessen an den Kräfteverhältnissen hätten die Franzosen die Schlacht dennoch eigentlich für sich entscheiden und zumindest das III. Korps zerschlagen müssen.

Die wütenden Angriffe dieses einsamen Korps hatten nach Bazaines Meinung aber nur Sinn, wenn sie ihn in eine Falle locken oder den Auftakt zu einem baldigen Großangriff einer gesamten deutschen Armee bilden würden. Große Teile seiner Truppen ließ er deshalb untätig in der Reserve verharren. Ihm und seinen Unterführern fehlte die Entschlossenheit, die wiederholt sich bietenden Chancen zu nutzen, Alvensleben durch entschiedene Angriffe zu überwältigen. Am Abend räumte Bazaine das Schlachtfeld und zog sich in Richtung Osten zurück. Beide Seiten hatten Verluste von jeweils 15.000 bis 17.000 Mann erlitten.

Bazaines nach Osten zurückgeworfene Armee bezog westlich von Metz eine Auffangposition zwischen Saint-Privat im Norden und Rozérieulles im Süden. In der sehr starken Defensivstellung hoffte der Marschall, einen Abwehrsieg zu erringen und die Deutschen zurückzuwerfen. Danach sollte die Rheinarmee weiter nach Westen in Richtung Verdun marschieren und sich mit der Armee MacMahons zusammenschließen.

Zunächst schienen sich seine Hoffnungen zu erfüllen, denn Moltke hatte die Ausdehnung der gegnerischen Stellungen unterschätzt. Das zur Flankierung angesetzte preußische Gardekorps stieß am 18. August in der Schlacht von Gravelotte frontal auf die gut ausgebauten Stellungen bei St. Privat. Erneut erlitten die Deutschen hohe Verluste und konnten lange Zeit keine Vorteile erzielen.

Erst bei anbrechender Nacht gelang den Sachsen des XII. Armeekorps der Einbruch in den französischen Nordflügel. Bazaine sah nun seine gesamte Stellung in Gefahr, räumte in der Nacht das Feld und ließ seine Armee in die Festung Metz zurückgehen. Auch bei Gravelotte hätten die Franzosen die Schlacht an sich gewinnen müssen, doch zeigten sowohl Bazaine als auch seine Offiziere erneut wenig Initiative und Entschlußkraft und verpaßten ihre Chancen.

Sedan und die Folgen

Die Schlachten von Mars-la-Tour und Gravelotte waren die ersten großen militärischen Vorentscheidungen des Krieges. Sie stehen in ihrer Bedeutung der wenig später geschlagenen Schlacht von Sedan nicht nach. Wären der Rheinarmee der Durchbruch nach Westen und die Vereinigung mit der Chalons-Armee gelungen, unter Umständen sogar unter Zerschlagung von ein oder zwei deutschen Armeekorps, hätte Napoleon III. eine ansehnliche Streitmacht zu einer beweglichen Kampfführung ostwärts von Paris gegen geschwächte deutsche Truppen mit langen Nachschubwegen zur Verfügung gehabt.

Auch andere militärische Optionen der Franzosen lösten sich nach den verlorenen August-Schlachten in Luft auf. Schon nach den Grenzschlachten hatte Wien seine ohnehin nur halbherzig betriebene Rüstung eingestellt und die von Anfang an nicht großen Hoffnungen auf militärische Hilfe für Paris zunichte gemacht. Auch die Hoffnung auf Dänemarks Kriegseintritt mußte Paris begraben.

Um Kopenhagen dazu zu ermuntern, hatte die der Flotte des Norddeutschen Bundes weit überlegene französische Flotte geplant, 40.000 Mann an der norddeutschen Küste anzulanden, die zusammen mit den Dänen gegen die dort verbliebenen schwachen deutschen Truppen vor-

gehen sollten.

Am 23. August wurde das Unternehmen jedoch abgeblasen, da man die dafür vorgesehenen Soldaten dringend in Frankreich brauchte. Ende September wurden auch die zur Blockade der deutschen Küsten in Nord- und Ostsee stationierten französischen Kriegsschiffe abgezogen, weil man deren Besatzungen an der Landfront verwenden wollte.

Besorgnis erregten auf deutscher Seite allerdings die hohen Verluste, mit denen die bisherigen Siege erkaufte worden waren. In den zwei Wochen vom 4. bis zum 19. August 1870 waren rund 58.000 Tote, Verwundete und Vermißte zu verzeichnen gewesen. Das entsprach 40 Prozent der gesamten Kriegsverluste in Höhe von 144.000 Mann. Insbesondere die Verluste an Offizieren, die noch mit gezogenem Säbel ihren Truppen vorauseilten, waren überproportional hoch. Der König zeigte sich "ganz geknickt durch unsere Verluste".

Otto von Bismarck, dessen Sohn Herbert auf dem Schlachtfeld von Mars-la-Tour schwer verwundet worden war, beklagte in einem Brief an seine Frau die "Verschwendung der besten Soldaten Europas" und bezweifelte, daß man angesichts solcher Verluste jemals Paris erreichen werde. Am 21. August erließ Wilhelm einen Befehl, der seinen Truppenführern vorschrieb, durch bessere Ausnutzung des Terrains, geeignete Formationen und gründlichere Vorbereitung der Angriffe mit geringeren Opfern zu siegen.

Das blieb nicht ohne Wirkung. Die Infanterie ging im Angriff zu einem sprungweisen Vorgehen in aufgelockerter Ordnung und unter Anpassung an das Gelände über, was die beim bislang üblichen Vorgehen in engen Formationen auftretenden hohen Verluste vermied. Auch die verbesserte Zusammenarbeit mit der Artillerie, insbesondere das Abwarten der eigenen Artillerieunterstützung statt eines kopflosen Ran-an-den-Feind, verringerten in der Folgezeit die deutschen Verluste erheblich.

Die Hälfte des französischen Feldheeres war zwar nun in Metz eingeschlossen, allerdings konnte es unter Deckung der Geschütze dieser modern ausgebauten und mit vielen Vorwerken ausgestatteten Festung nicht in einem Zuge vernichtet werden. Es blieb nur das Aushungern durch Belagerung. Bazaines angeschlagene, aber noch kampffähige Armee band so immerhin zwei deutsche Feldarmeen, gut 200.000 Mann.

Bereits am 29. August unternahm sie bei Noisseville einen Ausbruchversuch, um die Verbindung mit der Chalons-Armee herzustellen, über deren Anmarsch Bazaine vage Informationen erhalten hatte. Doch scheiterte dieser wie auch alle späteren Ausfälle, die zuletzt nur noch zur Beschaffung von Lebensmitteln unternommen wurden. Ausgehungert und von einer Ruhrepidemie heimgesucht, kapitulierte Bazaine schließlich am 27. Oktober mit immerhin noch 150.000 waffenfähigen Männern.

Zuvor waren bereits bei den Ausfällen rund 45.000 Soldaten gefallen, verwundet worden oder in Gefangenschaft geraten.

Moltke formierte aus Abgaben der Armeen, die er zur Bewachung von Metz zurückließ, eine neue, die Maasarmee unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen. Daneben stand noch die 3. Armee zu Verfügung. Moltke setzte beiden Armeen, zusammen knapp 190.000 Mann, in der vierten Augustwoche in Richtung Westen in Marsch, weil er dort die Chalons-Armee als letzte französische Feldarmee fassen zu können glaubte, die nach seinem Dafürhalten zur Dekkung von Paris verwendet wurde.

Napoleon III. begab sich zur Chalons-Armee, überließ aber Mac-Mahon den Oberbefehl. Beide hatten ursprünglich die Absicht, ihre rund 130.000 Mann nach Paris zurückzuziehen, um die Stadt gegen einen deutschen Angriff zu verteidigen. In Paris waren indes die als Regentin für den abwesenden Napoleon fungierende Kaiserin Eugénie, der neue Regierungschef und Kriegsminister Graf Charles Palikao und andere hochrangige Bonapartisten nicht zu Unrecht der Überzeugung, daß der Kaiser seinen Thron verlieren würde, wenn er Bazaine im Stich ließe.

Unter diesem Druck änderte Mac-Mahon seine Strategie und stieß ab dem 23. August von Reims aus in Richtung Nordosten vor, um über Montmédy längs der belgischen Grenze ostwärts in Richtung Metz vorzugehen, in der vagen Hoffnung, sich so gleichsam in deren Rücken an den deutschen Armeen vorbeischnuggeln zu können.

Es wäre ihm vielleicht sogar gelungen, hätte nicht am 25. August das deutsche Hauptquartier durch eine Londoner Pressemeldung Kenntnis von den Operationsabsichten Mac-Mahons erhalten, die kurz darauf durch Aufklärungsergebnisse der Kavallerie ergänzt wurden. Moltke ließ seine zwei Armeen aus Richtung West in Richtung Nord abschnwenken, um ihn zu stellen. Am 30. August überraschten deutsche Truppen bei Beaumont, 25 Kilometer südöstlich von Sedan, das französische V. Korps im Biwak und zwangen es zum Rückzug.

Nach dieser Niederlage entschloß sich Mac-Mahon zum Abbruch des Marsches nach Metz und zum Rückzug auf Sedan, einer kleinen Festung nahe der belgischen Grenze. Dort wollte er seine Armee sammeln und sich danach über Mezières nach Westen zurückzuziehen. Doch erneut unterschätzten die Franzosen das Marschtempo der deutschen Truppen.

Am Abend des 31. August begannen die Maas- und die 3. Armee, die bei Sedan versammelte Chalons-Armee in die Zange zu nehmen. Am 1. September überschritten die Angriffsspitzen der Maasarmee westlich von Sedan die Maas nach Norden, schwenken nach Osten ab und stellten noch vor Mittag die Verbindung mit der von Osten kommenden 3. Armee her. Der Ring um die Franzosen war geschlossen.

Ein französischer Kommandeur kommentierte die Lage drastisch: "Wir sitzen in einem Nachttopf, und wir werden darin zugeschissen werden." Tatsächlich brachte die preußische Artillerie 456 Geschütze zusammen, damals eine Artilleriekonzentration von außerordentlicher Stärke, und belegte den gesamten Raum des engen Kessels mit ununterbrochenem Feuer.

Anders als in Metz waren Sedans Befestigungsanlagen veraltet und boten wenig Schutz. Die Deutschen konnten hier die feindliche Armee nicht nur einschließen, sondern auch in einem Zuge vernichten. Durch verzweifelte Attacken versuchte die französische Kavallerie noch, den Weg nach Westen freizukämpfen, was zwar die Bewunderung König Wilhelms für die Tapferkeit dieser "wackeren Kerle" hervorrief, aber ansonsten erfolglos blieb.

In dieser verzweifelten Lage ließ Napoleon III. die weiße Fahne hissen und übergab den überraschten Deutschen, die von seiner Anwesenheit in Sedan nichts wussten, seinen Degen. Die eigentlichen Kapitulationsverhandlungen dauerten bis zum Vormittag des 2. September. MacMahons Armee mußte kapitulieren. Alle Waffen, Geschütze und Truppenfahnen sowie die Festung wurden übergeben.

Die Zahl der Kriegsgefangenen betrug rund 85.000, darunter gut 2.800 Offiziere, 39 Generäle sowie ein Kaiser. Weitere 21.000 Franzosen waren schon während der Kämpfe gefangenegenommen, 17.000 gefallen oder verwundet worden. 3.000 Mann schafften es, nach Belgien in die Internierung zu entkommen. Nur ein kleiner Teil der Kavallerie hatte sich nach Westen absetzen können.

Die deutschen Verluste betragen knapp 9.000 Tote und Verwundete und waren damit deutlich niedriger als die französischen.

Auch nach der Schlacht bei Sedan wurde der Kampf mit großer Härte fortgesetzt: Szene aus der Schlacht bei Amiens, zeitgenössische Illustration.

Der Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs, die neue Republik und das Volksaufgebot

Doch so groß der militärische Erfolg auch war, als entschieden konnte der Krieg noch nicht gelten. Nachdem Paris die Nachricht von der Niederlage und der Gefangennahme Napoleons erreicht hatte, wurde in einem unblutigen Putsch am 4. September das Kaiserreich abgeschafft und die (3.) Republik proklamiert. Man bildete eine "Provisorische Regierung" der nationalen Verteidigung unter dem Militärkommandanten von Paris, General Louis Trochu, in der der

neue Innen- und Kriegsminister Léon Gambetta den Ton angab.

Die deutschen Armeen stießen derweil vor und schlossen Paris am 19. September ein. Am selben Tag traf sich der als neuer Außenminister berufene Jules Favre, der schon zuvor die Fortsetzung des Krieges à outrance (bis zum Äußersten) angekündigt hatte, mit Bismarck. Er bot fünf Milliarden Francs Kriegsentschädigung an, wollte jedoch auf keinen Fall einen Frieden mit irgendwelchen Gebietsabtretungen akzeptieren.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die deutsche Führung bereits darauf festgelegt, die Abtretung des Elsaß und von Teilen Lothringens zu fordern. Die Presse in Deutschland hatte schon seit Kriegsausbruch darauf gedrängt, weil Ludwig XIV. durch den Raub dieser deutschen Provinzen im 17. Jahrhundert Unrecht begangen habe. Für Bismarck war dies eine reine "Professorenidee".

Das Argument der Generale, daß zur besseren militärischen Sicherung des Rheingebiets und Süddeutschlands das deutsche Vorfeld in Richtung Westen erweitert werden müsse, leuchtete ihm hingegen ein. Er ging zudem davon aus, daß, egal wer auch Frankreich regieren würde, das Land sich eine spätere Gelegenheit zu einer kriegerischen Revanche für die jetzige, als tiefe Demütigung empfundene Niederlage nicht entgehen lassen würde.

Wiederholt betonte er, daß die "Bitterkeit (der Franzosen) ganz in demselben Maße stattfinden wird, wenn sie ohne Landabtretung aus dem Kriege herauskommen ... Schon unser Sieg bei Sadowa (1866 gegen Österreich) hat Bitterkeit in den Franzosen geweckt; wie viel mehr wird es unser Sieg über sie selbst tun!". Die Verhandlungen mit Favre am 19. September, der zuvor allen europäischen Regierungen verkündet hatte, daß Frankreich "keinen Zollbreit unseres Gebietes, keinen Stein unserer Festungen abtreten werde", scheiterten an der Frage des Schicksals von Elsaß und Lothringen.

Die Fortsetzung des Krieges durch die Provisorische Regierung war kein völlig hoffnungsloses Unterfangen. General Trochu verfügte zur Verteidigung von Paris über 350.000 Mann und 2.600 Geschütze, zum großen Teil zwar nur mangelhaft ausgebildete und ausgerüstete Mobil- und Nationalgarden, aber auch noch 80.000 Mann reguläre Truppen.

Die Paris in einem weiträumigen Einschließungsring belagernden Deutschen standen ähnlich wie bei Metz vor dem Problem, daß direkte Angriffe zur Eroberung der durch viele Außenforts gut geschützten Stadt schwere Verluste gekostet hätten. Es blieb nur das Aushungern der Stadt. Damit waren aber für den Moment nahezu alle deutschen Truppen durch die Belagerung französischer Festungen gebunden - neben Paris und Metz auch eine Reihe kleinerer wie Toul und Straßburg. Für Operationen in die Tiefe Frankreichs oder gar dessen komplette Besetzung waren keine Truppen mehr verfügbar.

Unter der energischen Leitung Gambettas, der in einem Heißluftballon aus dem eingeschlossenen Paris entkommen war, begann die "Delegation der provisorischen Regierung" in Tours mit der Aufstellung neuer Truppen in den unbesetzten Provinzen des Landes. Personell konnte sie auf ein Potential von zwei Millionen wehrfähigen Männern zurückgreifen.

Auch die Ausrüstung der neuen Massenheere machte wenig Probleme. Wichtige Produktionsstätten der Rüstung waren in französischer Hand geblieben. Da zudem die überlegene französische Flotte die Seewege sicherte, konnten umfangreiche Waffen- und Munitionsimporte aus den USA und Großbritannien die Häfen des Landes erreichen.

Was fehlte, waren erfahrene Offiziere und Unteroffiziere. Die meisten waren gefallen, gefangen genommen oder in Metz, Paris und anderswo eingeschlossen. An der Spitze der neu aufgestellten Armeen standen zwar oft noch professionelle, teilweise aus dem Ruhestand geholte Führer, doch waren die meisten der neu rekrutierten französischen Unterführer und Offiziere nicht fähig, die von Gambetta in großer Zahl ausgehobenen Männer zu guten Soldaten auszubilden und im Gefecht taktisch effektiv zu führen. Zudem wurden die frisch rekrutierten Armeen auf Druck Gambettas zu früh und ohne festen inneren Zusammenhalt in die Schlacht

geworfen.

Im deutschen Artilleriefeuer erwiesen sie sich als wenig standfest. Die disziplinierten und kriegserfahrenen deutschen Truppen blieben so in den Gefechten nach dem September 1870 trotz ihrer fast immer gegebenen numerischer Unterlegenheit meist siegreich und fügten den Franzosen deutlich höhere blutige Verluste zu als sie selbst erlitten.

Daran änderten auch die Francs-tireurs (Freischützen) nichts. Bereits Napoleon III. hatte zur Bildung von Freiwilligenverbänden aufgefordert, die hinter den deutschen Linien operieren, ihren Nachschub bedrohen und das Hinterland beunruhigen sollten. Die Provisorische Regierung rief nun zum allgemeinen Volkskrieg auf. Rund 60.000 Mann schlossen sich den Franc-tireurs an, darunter auch ausländische Abenteurer und Sympathisanten wie der italienische Freischarführer Giuseppe Garibaldi. Die selbstorganisierten kleinen Trupps griffen deutsche Nachschubtransporte, Requisitionskommandos und kleinere Einheiten der Besatzungstruppen an.

Den Franc-tireurs gelangen zwar einige wenige spektakuläre Erfolge, doch hielt sich die von ihnen ausgehende militärische Bedrohung in Grenzen. Die Zahl ihrer deutschen Opfer wird auf kaum mehr als 1.000 geschätzt.

Dennoch reagierte die deutsche Seite außerordentlich empfindlich. Da die Freischärler selten uniformiert waren, Sabotageakte verübten und oft aus Hinterhalten heraus kämpften, waren sie bei den deutschen Soldaten gefürchtet und verhaßt. Moltke legte fest, daß die Franc-tireurs nicht zu den legitimen Kombattanten zählten und bei Ergreifen standrechtlich zu erschießen seien.

Zum Schutz der Eisenbahnen ordnete er zudem Geiselnahmen und gegebenenfalls Repressalien gegen Orte an, von denen Freischärler-Aktivitäten ausgingen. Anfang November 1870 empfahl er "als wirksames Mittel die Zerstörung des betreffenden Gehöfts und bei größerer Beteiligung die der gesamten Ortschaft".

In Einzelfällen kam es auch zur Erschießung aller männlichen Einwohner im wehrfähigen Alter. Der als Beobachter im deutschen Hauptquartier weilende US-General Philip Sheridan riet Bismarck im Oktober 1870 sogar: "Sie verstehen es, einen Feind zu schlagen wie keine andere Armee, aber ihn zu vernichten, das haben Sie nicht weg. Man muß mehr Rauch von brennenden Dörfern sehen, sonst werden sie mit den Franzosen nicht fertig."

Sheridan hatte einige Jahre zuvor, während des amerikanischen Bürgerkrieges, bei seinem Feldzug durch das Shenandoah-Tal reichlich Erfahrung mit der von ihm empfohlenen Vernichtungskriegführung gemacht. Doch auch wenn sich mancher ihrer Militärs für ein härteres Vorgehen erwärmen konnte, zu einer systematischen Verwüstung ganzer Landstriche ließen sich die Deutschen nicht hinreißen.

Noch im September 1870 eroberten die Deutschen jene französischen Festungen, die die wichtigsten Eisenbahnlinien von Deutschland nach Paris blockierten: Toul und Straßburg. Der Fall dieser und später weiterer Festungen ließ dringend benötigte Truppen frei werden. Im Falle Straßburgs waren das die badischen sowie zwei Landwehrdivisionen, die man zu einem neuen Armeekorps mit über 40.000 Mann zusammenfaßte, das die Burgundische Pforte sicherte. Durch die Kapitulation von Metz am 27. Oktober wurden zwei ganze Armeen, 200.000 Mann, frei, gerade noch rechtzeitig, um den in der Provinz neu aufgestellten französischen Armeen entgegentreten zu können.

Die Franzosen versammelten ihre neuen Truppen im Herbst 1870 in drei Gebieten: Im Norden zwischen Somme und Seine-Mündung (Rouen, Amiens, St. Quentin), im Südwesten im Tal der Loire bei Orléans und im Südosten an der Saone südlich von Belfort.

Aus dem Südwesten und dem Norden versuchten die französischen Ersatzheere wiederholt, in Richtung Paris vorzustoßen und den deutschen Belagerungsring aufzubrechen. Zeitlich koordiniert mit den Vorstößen aus den Provinzen - über Heißluftballons und Brieftauben gelangten

Nachrichten in und aus der Stadt hinein und hinaus - unternahm die Pariser Garnison mehrfach Ausbruchversuche. Die Gefahr für die deutschen Truppen in Frankreich war real. Ein Durchbrechen des Belagerungsringes von innen und außen hätte sie in ernsthafte Schwierigkeiten bringen können. Noch war der Krieg nicht entschieden.

Die größte Gefahr wuchs zunächst an der Loire. Bereits Ende September wurde dort ein erstes neues französisches Armeekorps mit 60.000 Mann aufgestellt. Moltke zog das I. bayerische Korps unter General Ludwig von der Tann von der Belagerung von Paris ab und schickte es, verstärkt durch eine preußische Infanteriedivision, an die Loire. Zunächst konnte von der Tann die Franzosen zurückschlagen und am 11. Oktober Orléans besetzen.

Auf die Nachricht eines Ausfalls der Pariser hin griffen aber am 9. November 70.000 Mann der nunmehrigen Loirearmee das 20.000 Mann zählende bayrische Korps bei Coulmiers an und zwangen es zum Rückzug sowie zur Räumung von Orléans. Noch bevor die Masse der bei Metz freigewordenen 2. Armee eintraf, griff die Loirearmee mit nunmehr 90.000 Mann die auf 35.000 Mann verstärkten preußischen und bayerischen Truppen erneut an.

Doch diesmal erlitt sie in der Schlacht von Loigny und Poupry am 2. Dezember eine schwere Niederlage mit 18.000 Mann Verlusten. Am 5. Dezember eroberten deutsche Truppen Orléans zurück, fügten der Loirearmee weitere 20.000 Mann Verluste zu und spalteten sie in zwei Teile.

Auch an den anderen Fronten gelang den Franzosen kein entscheidender Erfolg. Die bei Metz freigewordene 1. Armee unter der nunmehrigen Führung des Generals Edwin von Manteuffel besiegte die französische Nordarmee am 27. November 1870 bei Amiens und eroberte die Stadt. Ein neuer Befehlshaber, General Louis Faidherbe, konnte allerdings weitere deutsche Erfolge verhindern und am 23./24. Dezember 1870 in der taktisch unentschiedenen Schlacht am Fluß Hallue, einem Nebenfluß der Somme, den deutschen Vormarsch an die untere Seine (Le Havre) aufhalten.

Im Südosten schlug das nach dem Fall von Straßburg gebildete XIV. Armeekorps unter der Führung des Generals August von Werder Truppen der französischen Vogesenarmee mehrfach, besetzte am 30. Oktober Dijon und schloß die Festung Belfort ein.

Die Belagerung von Paris und letzte Kämpfe

Neben dem militärischen Restrisiko wuchsen durch die Verlängerung des Krieges auch die politischen Risiken für die Deutschen. Zwar war die Gefahr gering, daß andere Mächte doch noch militärisch auf Seiten Frankreichs eingriffen.

Was Bismarck jedoch ernsthaft fürchtete, war die Einberufung einer Konferenz der europäischen Mächte, die einen Frieden "vermittelt" und den Deutschen Elsaß-Lothringen und manches Andere verwehrt hätte. Doch nutzten viele Mächte lieber die Gelegenheit, ihre jeweils eigenen Ziele zu verfolgen. Italien hatte genug damit zu tun, im September 1870 den von französischen Schutztruppen geräumten Kirchenstaat zu erobern und seinem Staatsgebiet einzuverleiben.

Rußland zog es vor, von Bismarck dazu ermuntert, seine im Krimkrieg erfolgte Demütigung durch London und Paris zu revidieren. Es erklärte am 31. Oktober 1870 einseitig die Aufhebung der sogenannten Pontus-Klauseln des Pariser Friedens von 1856, die die Neutralisierung des Schwarzen Meeres vorschrieben und Rußland dort die Stationierung nennenswerter Seestreitkräfte untersagten. Zur Regelung dieser Frage trat tatsächlich Anfang 1871 in London eine europäische Konferenz zusammen, auf der Rußland mit Unterstützung Bismarcks seine Ziele zum großen Teil durchsetzen konnte.

Bismarck wünschte zudem einen Verhandlungsfrieden mit Frankreich. Ihm war wichtig, daß das besiegte Land zwar Kriegsentschädigung leistete und zwei Grenzprovinzen abtrat, aber ansonsten in seiner Souveränität nicht eingeschränkt wurde und als ein, wenn auch etwas zu rechtgestutzter Mitspieler, im Konzert der europäischen Großmächte erhalten blieb - in der

Hoffnung, daß die anderen Großmächte eine solche Verschiebung im europäischen Gleichgewicht noch würden tolerieren können.

Für einen Verhandlungsfrieden brauchte Bismarck allerdings einen Partner auf französischer Seite, der im eigenen Land die Friedensbedingungen durchzusetzen willens und in der Lage war. Er verhandelte deshalb seit Anfang September 1870 bis zuletzt nicht nur mit den Vertretern der Provisorischen Regierung, sondern auch mit der im Londoner Exil befindlichen Kaiserin Eugénie, da er eine Restitution des kaiserlichen Regimes nicht für ausgeschlossen und in mancher Hinsicht auch für wünschenswert hielt.

Um den Druck auf die Provisorische Regierung zu erhöhen, plante Bismarck zudem die Beschließung des belagerten Paris durch schwere Artillerie, nachdem die Stadt der Strategie des Aushungerns viel länger standhielt, als es die Militärs anfangs vermutet hatten. Doch erst, als im Dezember genüg Kanonen und Munition bereitstanden, konnte Moltke Bismarcks Absicht umsetzen.

Am 27. Dezember eröffneten deutsche Ferngeschütze das Feuer zunächst auf die Befestigungswerke der Stadt. Ab Anfang Januar 1871 wurde auch das eigentliche Stadtgebiet beschossen, um die Zivilbevölkerung unter Druck zu setzen. Die 107 toten und rund 300 verletzten zivilen Opfer nutzten allerdings nur der französischen Propaganda gegen die preußischen "Barbaren".

Die Entscheidung fiel im Januar 1871 auf den Schlachtfeldern. Gambetta wollte durch eine koordinierte Aktion doch noch eine Wende erzwingen. Durch gleichzeitige Angriffe aus dem Norden und Südwesten und einen großen Ausbruch der Pariser Garnison sollte zum einen der deutsche Belagerungsring um die Stadt gesprengt werden. Zugleich sollte im Südosten eine neu aufgestellte Armee das belagerte Belfort befreien, weiter nach Norden vorstoßen und die Nachschublinie der Deutschen in Ostfrankreich durchtrennen.

An der Loire wurde eine neue 2. Loirearmee mit einer Gesamtstärke von 150.000 Mann aufgestellt. Gegen sie rückte Prinz Friedrich Karl mit 58.000 Mann vor, um sie zu zerschlagen, bevor sie ihre Reorganisation abgeschlossen hatte. Dies gelang ihm in der Schlacht von Le Mans vom 10. bis 12. Januar.

Bei 3.400 eigenen Verlusten wurden 7.000 Franzosen getötet oder verwundet und 22.000 gefangengenommen. Rund 50.000 desertierten. Im Norden rückte die Armee Faidherbes mit 40.000 Soldaten in Richtung St. Quentin vor und schlug sich dort am 19. Januar mit Truppen der nunmehr von General August von Goeben geführten deutschen 1. Armee in Stärke von 33.000 Mann. Faidherbes gelang es zwar, sich der drohenden Einkesselung durch Rückzug zu entziehen, mit 3.500 Mann Verlusten und über 9.000 Gefangenen büßte er jedoch fast ein Drittel seiner Truppen ein.

Am 19. Januar 1871, einen Tag nach der deutschen Kaiserproklamation in Versailles, unternahmen die Pariser mit 90.000 Mann einen letzten großen Ausfall. Er scheiterte unter hohen Verlusten. Die Wiederholung des Angriffs am Folgetag unterblieb, als in Paris die katastrophale Niederlage von Le Mans bekannt wurde.

Auch im Südosten kam es wenig später zu einer militärischen Katastrophe für die Franzosen. Die dort gebildete neue Ostarmee unter General Charles Bourbaki setzte sich in einer Stärke von 150.000 Mann Ende Dezember nach Norden in Marsch und konnte die Deutschen zunächst aus Dijon verdrängen.

Das auf rund 43.000 Mann verstärkte deutsche XIV. Armeekorps fing indes den weiteren Vorstoß auf Belfort an der Lisaine, einem Fluß südwestlich der Stadt, auf und ließ alle Angriffe blutig scheitern. Die Ostarmee mußte sich zurückziehen. Inzwischen stieß eine neugebildete deutsche Südarkmee mit 60.000 Mann auf Besançon vor und verlegte den Franzosen den weiteren Rückweg. Die Deutschen schlossen Bourbaki am 26. Januar bei Pontarlier mit dem Rücken zur Schweizer Grenze ein. Seine Armee löste sich daraufhin auf. 87.000 Soldaten tra-

ten Anfang Februar über die Grenze und wurden interniert, der Rest desertierte. Innerhalb weniger Tage im Januar 1871 mußten die Franzosen vier schwere Niederlagen hinnehmen. Sie hatten nun keine Armee mehr, die noch zu einer Offensive fähig gewesen wäre. Zudem zeigte die hohe Zahl an Gefangenen und Deserteuren, daß die Kampfmoral mehr und mehr zusammenbrach.

Das galt auch in Paris, wo die Enttäuschung über das Ende aller militärischen Ersatzchancen von der Erschöpfung aller Nahrungsvorräte begleitet wurde. Am 20. Januar erklärte General Trochu, jeder weitere Befreiungsversuch sei sinnlos. Er übergab sein Amt als Militärgouverneur von Paris an General Joseph Vinoy. Zu einer förmlichen Kapitulation der Stadt konnte sich das in Paris verbliebene Rumpfkabinett indes nicht entschließen.

Am 23. Januar nahm deshalb Außenminister Jules Favre auf eigene Initiative Verhandlungen mit Bismarck auf. Er bat um einen dreiwöchigen Waffenstillstand, um die Stadt zu versorgen und die landesweite Wahl einer neuen Gesetzgebenden Versammlung zu ermöglichen. Dafür bot er die Kapitulation von Paris samt der Übergabe aller Forts und die Abrüstung des Hauptwalls an. Paris selbst sollte allerdings keine deutsche Besetzung erdulden müssen.

Waffenstillstand und Friedensschluß

Bismarck war mit diesem Angebot an sich zufrieden, nur sollte der Waffenstillstand auf alle französischen Armeen außer der Ostarmee Bourbakis, wo die Einschließungsoperationen noch nicht beendet waren, ausgedehnt werden. Die Regierung in Paris akzeptierte am 26. Januar die deutschen Bedingungen.

Das formale Abkommen zwischen Favre und Bismarck, das einen zunächst auf 21 Tage befristeten Waffenstillstand vorsah, der am 31. Januar begann, wurde erst am 28. abgeschlossen.

Doch schon am Morgen des 27. Januar endeten die Feindseligkeiten und begannen die Lieferungen von Lebensmitteln nach Paris. Der in Bordeaux weilende Gambetta lehnte das Waffenstillstandsabkommen ab.

Doch sein Stern sank schnell, als an der Atlantikküste die Nachricht von der Auflösung von Bourbakis Ostarmee eintraf. Gambetta trat am 6. Februar zurück. Eine neue Nationalversammlung wurde am 8. Februar landesweit, also auch in den besetzten Gebieten, gewählt und trat am 15. in Bordeaux zusammen. Wie von Bismarck erwartet, stellten konservative, friedenswillige Kräfte darin die überwältigende Mehrheit.

Die Nationalversammlung wählte am 17. Februar Adolphe Thiers zum neuen Chef der Exekutive, der Favre als Außenminister übernahm.

Thiers und Favre verhandelten ab dem 21. Februar in Versailles mit Bismarck. Dieser bestand auf der Abtretung des Elsaß und von Teilen Lothringens samt Metz, reduzierte aber die ursprünglichen Entschädigungsforderungen von sechs auf fünf Milliarden Francs, die in mehreren Raten bis zum März 1874 zu bezahlen waren. Auch den Verbleib der historisch zum Elsaß gehörenden Stadt Belfort bei Frankreich gestand er zu.

Dafür mußten die Pariser für drei Tage die Besetzung zweier Stadtteile und eine Siegesparade deutscher Truppen am Arc de Triomphe erdulden. Favre gestand später ein, daß es grausamer hätte kommen können, und hob hervor, daß keine Forderungen erhoben worden seien, die die französischen Hoheitsrechte dauerhaft eingeschränkt hätten. Am 26. Februar wurden die "Friedenspräliminarien" unterzeichnet und wenige Tage später von der Nationalversammlung in Bordeaux ratifiziert.

Während der Waffenstillstand mehrmals verlängert wurde, fanden in Brüssel auf Kommissionsebene Verhandlungen über die Einzelfragen des endgültigen Friedensvertrages statt. Bismarck befürchtete, daß die Franzosen die Verhandlungen bewußt schleppend führten, um doch noch eine Intervention der neutralen Mächte zu ihren Gunsten herbeizuführen. Er drohte schließlich mit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

Die Regierung Thiers, deren politische und militärische Position durch den Aufstand der Pari-

ser Commune von März bis Mai zusätzlich geschwächt wurde, gab nun jede Hinhaltetaktik auf. Der nach Deutschland geschickte Favre wurde mit Bismarck schnell einig. Am 10. Mai 1871 unterzeichnete man in Frankfurt am Main den endgültigen Friedensvertrag. Dieser enthielt einige weitere kleinere deutsche Konzessionen.

Nach dem Friedensschluß blieben zunächst viele Departements in Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt. Sie sollten vertragsgemäß Zug um Zug mit der Bezahlung der Raten der Kriegsentschädigung geräumt werden.

Bismarck wollte aber die Besatzungsdauer möglichst kurz halten. Gegen französische Zollvergünstigungen wurden bereits im Herbst 1871 sowohl die Zahl der besetzten Departements als auch die der Besatzungssoldaten drastisch verkleinert. Nach der vorzeitigen Bezahlung der Kriegsentschädigung räumten die Deutschen 1873 die letzten vier besetzten Departements und die Festung Verdun. Frankreich war wieder eine in vollem Umfang souveräne europäische Großmacht.<<

Der deutsche Schriftsteller Gerhart Hauptmann schreibt später über die Stimmung der Deutschen nach dem Sieg gegen Frankreich (x233/100): >>Bismarck und Moltke, Moltke und Bismarck waren in aller Munde. In der Schule sangen wir "Die Wacht am Rhein", der alte Brendel selbst war festlich erregt. ... Er holte sogar in jeder Gesangstunde seine Schulmeistergeige hervor, was er früher nie getan hatte. Sozusagen mit Ächzen und Krächzen verjüngte er sich.

Zwar noch immer fielen die Worte: Ihr Bösewichter! Du Bösewicht!, aber dann hörte man ihn auch wohl hinausuffen: Kinder, es ist eine große gewaltige Zeit! - ...

Die Bismarckverehrung meines Vaters ... war rückhaltlos, hatte er doch seine eigenen, vielfach zurückgestellten und verborgen gehaltenen Ideale von 1848 verwirklicht. ... In Bismarcks Größe und Erfolg lag meines Vaters Erfolg, Sieg und Rechtfertigung. ...

Für Deutschland hatte die Kaiserkrönung in Versailles den Wert eines Schöpfungsakts. Es kam über unser Volk ein Bewußtsein von sich selbst.

Es hatte eine Reihe großer Männer, mit Bismarck an der Spitze, hervorgerufen, auf denen die Augen der Welt mit Staunen und Grauen, vor allem jedoch mit Bewunderung ruhten. Der Stolz auf sie, auf ihre Siege, die Siege des Volkes, teilte sich jedem, auch mir kleinem Jungen mit und ich stand nicht an, meinem Blute einen Anteil, ein Mitverdienst an solchen Erfolgen zuzuschreiben. ...<<

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen. Elsaß-Lothringen verfügte damals über eine gut ausgebaute, moderne Bergbau- und Textilindustrie.

Bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Obleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Johann Jacoby (1805-1877, Arzt und Politiker, von 1863-70 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, gründet 1867 die Tageszeitung "Die Zukunft" und unterstützt ab 1868 die Arbeiterbewegung, seit 1872 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, später wegen seiner politischen Schriften des Hochverrats angeklagt, aber schließlich freigesprochen) lehnt damals die Annexion Elsaß-Lothringens entschieden ab (x239/145): >>Kaum ist von Berlin die Parole ausgegangen, und schon sehen wir, wie aller Orten – in der Presse, in Versammlungen, in Adressen – ein tausendstimmiger Chor sich erhebt, die Annexion von Elsaß und Lothringen zu verlangen.

Vor wenigen Tagen war es noch ein Verteidigungskrieg, den wir führten, ... und heute ... ist es ein Eroberungskrieg, ein Kampf für die Oberherrschaft der germanischen Rasse in Europa! ... Elsaß und Lothringen - sagt man – waren deutsches "Eigentum" und müssen wieder deutsch werden!

Wie, - fragen wir - ... sind etwa die Bewohner dieser Länder ... durch den Krieg rechtlos – sind sie Sklaven geworden? ...

... Halten wir fest an den Grundsätzen des Rechts! ... Sprechen wir es aus, ... daß jede Einverleibung fremden Ländergebiets wider den Willen seiner Bewohner eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker – und daher ebenso verwerflich wie verderblich ist. ...

Nur wer die Freiheit anderer achtet, ist selber der Freiheit wert. ...<<

Der deutsche Dichter Theodor Fontane berichtet im Jahre 1871 über ein Gespräch mit einem Lothringer (x233/101): >>Wir stießen nun an "auf gute Zeiten". ...

Ich sprach dann, halb scherzhaft von den Zeiten, wo ... sein ältester Sohn in der Berliner Garde dienen würde. Im ganzen Land werde man sich bald davon überzeugen, daß man gar keinen so üblen Tausch gemacht habe und daß die deutschen Regierungen im Gegensatz zu den französischen ... ein Gewissen besäßen.

Er hörte mir aufmerksam zu und sagte dann: "Wir wissen wohl, eure Regierung ist gerecht, das ist viel; aber wir sind Franzosen, alle unsere Gefühle gehören Frankreich, und – deutsch werden, niemals!" ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Elsaß-Lothringens von 1871-1879 (x805/582-583): >>(Elsaß-Lothringen) ... Die Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit Deutschland war durch die eigentümliche Stellung, in die es zu dem neuen Deutschen Reiche gebracht wurde, nicht wenig erschwert.

Der Bundesrat beschloß nämlich, Elsaß-Lothringen für ein Reichsland zu erklären, über welches das Reich selbst der Träger der Souveränität war, und dessen Landesgesetzgebung dem Bundesrat und dem Reichstag zufiel.

Doch verlangte der Bundesrat für einige Jahre die Diktatur, welche ihm auch am 3. Juni 1871 vom Reichstag bis zum 1. Januar 1874 bewilligt wurde.

Hierauf wurde das Reichsland nach Abberufung des Generalgouverneurs Graf Bismarck-Bohlen und des Zivilkommissars Kühlwetter nach dem Muster einer preußischen Provinz organisiert. ... Die drei alten Departements wurden in Regierungsbezirke verwandelt, diese wieder in 22 Kreise eingeteilt und am 24. Januar 1873 die Bildung von Kreis- und Bezirkstagen angeordnet.

Die Bevölkerung verhielt sich der deutschen Verwaltung gegenüber teils gleichgültig, teils feindlich. Die Gebildeten sehnten die Rückkehr der französischen Herrschaft herbei, besonders die katholische Geistlichkeit wurde die heftigste Gegnerin Deutschlands, seitdem durch Einführung der allgemeinen Schulpflicht (18. April 1871), durch Beseitigung der Schulbrüder und Schulschwesterinnen aus den Elementarschulen und durch den Erlaß eines Unterrichtsgesetzes (3. Februar 1873) die Macht des Klerus über die Schule auch in Elsaß-Lothringen gebrochen worden war, gleichzeitig in Frankreich aber die Klerikalen zur Herrschaft zu gelangen Aussicht hatten.

Unter dem Terrorismus des Klerus und der Gebildeten, der durch öffentliche und geheime Mittel (so durch die Flugblätter der Elsässer Liga) ausgeübt wurde, wurde bewirkt, daß die Wohltaten der neuen Verwaltung, die bedeutenden Entschädigungen für Kriegsverluste, die Verringerung der Steuerlast, die Verbesserung des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesens, die Abschaffung des Tabakmonopols und dergleichen, gar nicht gewürdigt wurden, dagegen manche notwendige Belästigungen die heftigsten Klagen hervorriefen, so besonders die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Ausführung der Optionsangelegenheit.

Auf Grund des Frankfurter Friedensvertrages forderte die Regierung 1872 die Bevölkerung auf, sich bis zum 1. Oktober zu erklären, ob sie Franzosen sein wollten. Dies erklärten nun 160.000, aber nur 50.000 wanderten nach Frankreich aus; die übrigen, darunter viele Unerwachsene, beanspruchten die Vorrechte der Fremden, also Befreiung von der Dienstpflicht, ohne ihren Wohnsitz verlassen zu müssen.

Dies wollte natürlich die Regierung nicht gelten lassen; sie behandelte die trotz der Option Zurückbleibenden als Deutsche und verfolgte mit Strenge alle, die ohne Option sich der Militärflicht entzogen und dann ohne Erlaubnis nach Elsaß-Lothringen zurückkehrten.

Die großen Verdienste, die sich die Regierung durch die Organisation der höheren Schulen und die Errichtung einer Universität in Straßburg 1. Mai 1872 erwarb, fanden selbst bei den Liberalen keinen Beifall, weil die französische Sprache in den Schulen teils abgeschafft, teils beschränkt wurde.

Ja, in den größeren Städten machte sich die Opposition am schärfsten bemerkbar: in Straßburg mußte der Bürgermeister Lauth am 7. April 1873 abgesetzt und acht Tage später der Gemeinderat suspendiert werden, weil sie ... (offen gegen die) Regierung opponierten. Ähnliches geschah später in Metz und Kolmar. Von den im August 1873 gewählten Kreis- und Bezirksräten verweigerten so viele den Eid der Treue, den sie dem Kaiser leisten sollten, daß von 22 Kreistagen nur 14, von den 3 Bezirkstagen nur einer beschlußfähig war und eröffnet werden konnte.

So kam es, daß bei den ersten Reichstagswahlen am 1. Februar 1874: 10 Ultramontane und 5 liberale Protestler gewählt wurden. Die 15 elsässischen Deputierten erhoben bei ihrem Eintritt in den Reichstag am 16. Februar 1874 feierlichen Protest gegen die Annexion, und die Protestler nahmen an den Verhandlungen nicht mehr teil. Eine gemäßigtere Haltung zeigten die Kreis- und die Bezirksräte, welche im Sommer 1874 gewählt waren und ruhig und sachgemäß die Geschäfte erledigten. ...

Der Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung zeigte sich bei den beiden Besuchen des Kaisers im September 1876 in Weißenburg und Wörth und im Mai 1877 in Straßburg und Metz, ferner aber in der Bildung einer neuen Partei, der sog. Autonomsten, deren Organ das von Schneegans redigierte "Elsässer Journal" war, und die als letztes Ziel die Regierung des Landes durch das Land selbst im Auge hatten. Bei den zweiten Reichstagswahlen am 10. Januar 1877 eroberten die Autonomsten schon sämtliche unterelsässischen Wahlkreise; die Ultramontanen behielten 6, die Protestler 4.

... Bei den Neuwahlen für den Landesausschuß im Herbst 1879 erlangten die Autonomsten wieder die Majorität, blieben aber an Einfluß weit hinter den Ultramontanen zurück, denen der Statthalter durch Wiedereröffnung des Zillisheimer Seminars entgegenkam.

... Einen Fortschritt in der Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit dem Reich hatte das seit 1879 herrschende Regiment ... nicht aufzuweisen; die Beamten und die eingewanderten Deutschen aber waren verbittert und entmutigt. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schreibt später über die Annexion Elsaß-Lothringens (x239/144-145): >>Der Gedanke, ... welcher, zuerst leise anklopfend wie ein verschämter Wunsch, in vier raschen Wochen zum Feldgeschrei der Nation wurde, lautet kurzab: heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen! ...

Wir schulden dem Weltteil eine dauerhafte Sicherung des Völkerfriedens, und wir werden sie, soweit Menschenkräfte reichen, nur dann erlangen, wenn von den befestigten Pässen der Vogesen deutscher Feuerschlünde in das welsche Land herniederschauen und unsere Heere in wenigen Märschen in die Ebene der Champagne herabsteigen können, wenn ... das geschwächte Frankreich nicht mehr wagen darf, uns anzugreifen. ...

Vor der heiligen Notwendigkeit dieser großen Tage wird die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, die lockende Losung vaterlandsloser Demagogen, jämmerlich zuschanden.

Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes, und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechtes, kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem Deutschen Reiche zu entfremden. ...<<

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges (1870/71), der konsequenten Industrialisierung (ab 1872 wurden u.a. die Kohleförderung sowie Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert) und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatlichen Marktes (1875), begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.

In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe (wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und Daimler Werke). Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige (Arzneimittel, Farbstoffe etc.). Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn (nach 1897) verbesserten das deutsche Transportwesen nachhaltig.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nimmt das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfertigung im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.

Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Im Jahre 1871 beginnt in Deutschland das Zeitalter der Großbanken (x176/207-208): >>Meist schon vor 1870 gegründet, werden sie zu Großbanken erst jetzt; zu Organisationen mit Tausenden von Angestellten, mit Marmorpalästen in der Berliner Friedrichstadt, Tempeln des neuen Gottes: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft.

Sie wachsen an der Industrie, deren Wachstum sie fördern; finanzieren ihre Expansion, beteiligen sich an Neugründungen, gründen selber. Ihre Direktoren sitzen, mitkontrollierend, in den Aufsichtsräten der industriellen Unternehmungen.

In keinem anderen Land, sagen uns die Fachleute, besitzen einige wenige Großbanken einen

so entscheidenden Einfluß auf die Steuerung der Wirtschaft wie in Deutschland; dergestalt, daß schließlich beide Machtbereiche, Industrie und Finanzen, wie zu einem einzigen werden.<<

Der deutsche Historiker Hermann Graml schreibt später über die Emanzipation der Juden nach Gründung des Deutschen Reiches (x244/389-390): >>... Obwohl die Juden stets starke Kontingente für die Auswanderung nach Nordamerika stellten, nahm ihre Zahl bis 1871 auf 512.000 zu (1,25 % der Bevölkerung), die der österreichischen Juden mit noch stärkerer Wachstumsrate auf 200.000 (1,5 % der Bevölkerung). Dies ging einher mit einer nicht weniger bemerkenswerten Veränderung der Sozialstruktur, namentlich seit den vierziger Jahren des Jahrhunderts.

Noch 1848 mußten in Preußen rund 65 % und im übrigen Deutschland gar 90 % der Juden ein Dasein am Rande des Existenzminimums fristen, etwa als Kleinsthändler. Bereits 1874 hatten etwa 60 % der in Deutschland lebenden Juden den Aufstieg in die mittleren und oberen Steuerklassen geschafft.

Natürlich hat auch die nichtjüdische Bevölkerung den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Anfänge der Industrialisierung Deutschlands in ähnlicher Weise gespürt. Doch ist unverkennbar, daß die Juden – von der christlichen Umwelt seit vielen Jahrhunderten auf Geldgeschäfte und diverse Formen des Handels beschränkt und eben deshalb mobiler – besonders präpariert waren von der Industrialisierung zu profitieren, von der Vergrößerung und der zunehmenden Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Märkte, von der Intensivierung des Handels, vom Anwachsen des Geldverkehrs und des Kapitalbedarfs, von der Ausbreitung kapitalistischen Wirtschaftens, kurzum von der Modernisierung Deutschlands.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches nahmen Industrialisierung und modernisierende Veränderungen ein geradezu dramatisches und – trotz diverser Krisen und Rezessionen - über Jahrzehnte ungebremstes Tempo an. Auch jetzt waren die Juden, als Gruppe, dem Prozeß am besten gewachsen. In Massen strömten sie nun vom Land in die rasch größer werdenden Städte, um die Chancen in neuen Industrien und Dienstleistungszweigen am Schopf zu packen, um Geschäfte aller Art zu gründen und die Möglichkeiten in den expandierenden Banken zu nutzen.

Proletarische jüdische Existenzen sind zwar nicht verschwunden, waren aber nun das Ergebnis jüdischer Einwanderung aus Osteuropa. Die einheimische Judenheit verwandelte sich in Mittelstand, vielfach in wohlhabendes Bürgertum, ja Großbürgertum, und mancher, der bis zur Vollendung der Emanzipation bereits wohlhabend geworden war, konnte in den stürmischen Wachstumswahren nach der Reichsgründung ein riesiges Vermögen anhäufen. Eine ständig steigende Zahl von Juden machte überdies den Schritt von der Emanzipation zur Assimilation. ...<<

Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 ist Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen muß. Vor allem in Preußen entwickelt sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpft Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedroht z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Das preußische Staatsministerium fordert am 30. Juni 1871 die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium (x056/267): >>Die ultramontane Partei (Zentrum) hat in der jetzt beendeten Session des ersten Deutschen Reichstages zu einer Zeit des höchsten patriotischen Aufschwunges der Nation deutlich gezeigt, daß die Herrschaft des unfehlbaren Papstes und des blind gehorchenden Klerus ihr entschiedenes Ziel ist, daß sie die Regierung bekämpft, wenn sie sich nicht jener Herrschaft beugt, daß sie das Deutsche Reich unter einem evangeli-

schen Kaiser als eine Institution ansieht, zu deren Bekämpfung das Bündnis mit den revolutionären Elementen nicht zu verschmähen ist.

Alle Wohltaten ... hindern jene Partei nicht, sich mit Feinden der Regierung aus den verschiedensten Lagern zu verbinden.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des preußischen Staates von 1871-1888 (x813/377-379): >>(Preußen) ... Das vom vatikanischen Konzil gebilligte Unfehlbarkeitsdogma gab zu Differenzen zwischen dem römischen Klerus und der preußischen Regierung Anlaß, da diese das Verlangen der Bischöfe, gegen Lehrer, die das Dogma nicht anerkannten, einschreiten, ablehnte und die vom Bischof von Ermland über einen ... Religionslehrer ... in Braunsberg, verhängte Suspension für ungültig erklärte.

Gleichzeitig forderten die Ultramontanen im ersten deutschen Reichstag, daß derselbe sich für Wiederherstellung des Kirchenstaates ausspreche und die Artikel der preußischen Verfassung über die Freiheit der Kirche in die Reichsverfassung aufnehmen.

Die Ablehnung dieses Verlangens durch Bismarck veranlaßte die Ultramontanen zu drohenden Äußerungen, die bewiesen, daß die bisherige Rücksicht gegen die Kirche nur die Herrschsucht und die Anmaßung derselben gesteigert habe, und daß es Zeit sei, ihr entgegenzutreten.

Daher wurde am 8. Juli 1871 die katholische Abteilung des Kultusministeriums, welche seit ihrem Bestehen 1841 die Staatsgesetze den Interessen der römischen Kurie bereitwilligst geopfert hatte, aufgehoben und am 22. Januar 1872 Falk an Stelle Mühlens zum Unterrichtsminister ernannt.

Derselbe begann seine gesetzgeberische Tätigkeit mit dem Schulaufsichtsgesetz von 1872, welches alle Schulen der Aufsicht des Staates unterwarf, schloß die Mitglieder geistlicher Orden vom öffentlichen Lehramt aus, beschränkte den polnischen Unterricht und ernannte in den katholischen Provinzen weltliche Schulinspektoren, während zahlreichen katholischen Geistlichen die Schulaufsicht entzogen wurde.

Durch Reichsgesetz wurden die Jesuiten ausgewiesen und 1873 die ersten organischen Gesetze, die sogenannten Maigesetze, über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über den Austritt aus der Kirche, die kirchliche Disziplinargewalt, die Errichtung eines Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten und über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel erlassen.

1874 folgten die Einführung der Zivilehe und der Zivilstandsregister sowie ein Gesetz über die Verwaltung erledigter Bistümer.

Die Bischöfe protestierten auf wiederholten Versammlungen in Fulda gegen diese vom Staat einseitig erlassenen Kirchengesetze und erklärten, sie nicht befolgen zu können. Die ultramontanen Parteiführer nahmen den "Kulturkampf" mit Energie auf, und in Vereinen und in zahlreichen Kaplansblättern, von der Kanzel und im Beichtstuhl wurde das katholische Volk gegen die Regierung, welche ihm den Glauben rauben wolle, aufgehetzt.

Die Geistlichen, welche den Staatsgesetzen zu gehorchen geneigt waren, wurden durch die Presse terrorisiert. Aber auch die Regierung ging energisch vor, ließ den Erzbischof Ledochowski von Posen 1873 wegen Widerstandes gegen die Staatsgesetze verhaften und ihn sowie die meisten anderen Bischöfe absetzen.

Als auch Papst Pius IX. sich einmischte und am 7. August 1873 einen anmaßenden Brief an Kaiser Wilhelm richtete, den dieser am 3. September würdevoll beantwortete, ja sogar am 5. Februar 1875 in einer Enzyklika an die preußischen Bischöfe die preußischen Kirchengesetze für ungültig und den Gehorsam gegen dieselben als ungerechtfertigt erklärte, wurde am 22. April das Gesetz über Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen (das sog. Sperr- oder Brotkorbgesetz) erlassen, Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung aufgehoben, welche über die Freiheit der Kirche handelten, und durch weitere Maigesetze die Orden ausgewiesen sowie die Vermögensverwal-

tung in den katholischen Kirchengemeinden einer zu wählenden Vertretung übertragen; das letzte Gesetz wurde von den Bischöfen anerkannt.

Die Bildung altkatholischer Gemeinden wurde gestattet und ihnen ein Anteil am katholischen Kirchenvermögen eingeräumt, wie denn auch der altkatholische Bischof Reinkens 1873 eine staatliche Dotation erhielt. ...

Obwohl die katholische Kirche durch die Maigesetze empfindlich litt, zahlreiche Pfarrstellen unbesetzt blieben, die Einbehaltung der Staatsleistungen (2.700.000 Mark jährlich) die Gläubigen zu großen Opfern nötigte und der Nachwuchs an jungen Priestern ausblieb, da die Kandidaten das vorgeschriebene Staatsexamen (Kulturexamen) nicht machen durften: so verstand sich der Klerus, von wenigen Ausnahmen abgesehen, doch nicht zum Gehorsam und wußte auch einen großen Teil des Volkes an sich zu fesseln; durch Wundergeschichten suchte man den Fanatismus der Menge zu schüren und die Hoffnung auf den endlichen Sieg der Kirche zu nähren.

Bei allen Neuwahlen behauptete die ultramontane Partei des Zentrums unter des Welfen Windthorst Führung ihren Besitzstand und rächte sich durch die heftigste Opposition im Reichstag und Landtag an der Regierung für die Maigesetzgebung.

Durch den heftigen Kampf mit der ultramontanen Partei sah sich die Regierung genötigt, ihre Stütze bei den die Mehrheit im Abgeordnetenhaus beherrschenden Liberalen zu suchen, zumal die Strengkonservativen von der Richtung der Kreuzzeitung den ersten Kirchengesetzen entschiedenen Widerstand entgegengesetzt hatten.

Daher erfüllte die Regierung einen schon früher ausgesprochenen Wunsch der Liberalen nach einer Verwaltungsreform und legte 1872 dem Landtag eine neue Kreisordnung für die östlichen Provinzen (Preußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg und Sachsen) vor, welche die gutsherrliche Polizei ... abschaffte und eine auf zweckmäßig geregelten Wahlen beruhende Selbstverwaltung einführte.

Dieser folgten 1875 eine Provinzialordnung für die fünf östlichen Provinzen, die Dotierung derselben und die Einsetzung von Verwaltungsgerichten, 1876 das Kompetenzgesetz, das Gesetz über die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache als staatlicher Geschäftssprache und die Teilung der Provinz Preußen in Ost- und Westpreußen. ...

Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus wurde 1879 auch die liberale Mehrheit beseitigt und der Regierung die Möglichkeit gewährt, sich bald auf eine konservativ-nationalliberale, bald auf eine konservativ-ultramontane Majorität zu stützen. Das wichtige Gesetz über die Erwerbung von vier großen Privateisenbahnen, ... wurde mit der Hilfe der Nationalliberalen durchgebracht; ihm folgten in den nächsten Jahren weitere Gesetze über den Ankauf fast aller noch vorhandenen Privatbahnen und den Bau neuer Staatsbahnen, durch welche das jetzt vorhandene Staatsbahnnetz in Preußen geschaffen wurde.

Da es jedoch Bismarck hauptsächlich darauf ankam, seine Steuerpläne, besonders das Tabakmonopol, im Reichstag durchzubringen, und ihm dies nur möglich schien, wenn es gelang, das Zentrum auf seine Seite zu bringen oder zu sprengen, so wollte er durchaus den Kulturkampf beenden und die ... Maigesetzgebung im Notfall preisgeben, zumal da sowohl die Konservative als die Fortschrittspartei sich vom Kulturkampf losgesagt hatten und selbst die Nationalliberalen eine systematische Revision der Maigesetze für zweckmäßig erklärten.

Eine Verständigung mit der römischen Kurie war nicht aussichtslos, da der neue Papst, Leo XIII., seinen Wunsch nach friedlicher Vereinbarung geäußert und bereits Verhandlungen mit Bismarck angeknüpft hatte.

Es wurde daher ein neuer preußischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl ernannt, 1880, 1882 und 1883 drei Kirchengesetznovellen im Landtag eingebracht und nach langen Verhandlungen auch genehmigt und auf Grund derselben das Sperrgesetz für die meisten Bistümer aufgehoben und die durch Tod erledigten neu besetzt, die abgesetzten Bischöfe von Limburg und

Münster begnadigt.

Zwei neue kirchliche Gesetze von 1886 und 1887 beseitigen den übrigen Teil der Maigesetzgebung, welcher von der Kirche nicht gebilligt wurde, wogegen der Papst die Anzeigepflicht und das staatliche Einspruchsrecht anerkannte; auch gab derselbe seine Zustimmung, daß die Erzbischöfe Melchers und Ledochowski, welche Preußen nicht wieder zuzulassen erklärte, abdankten, worauf in Posen und Kulm deutsche Bischöfe eingesetzt wurden. Der Friede mit der Kurie war so hergestellt; das Zentrum wurde aber nicht gesprengt, auch nicht geschwächt, sondern nur zu einer maßvolleren Haltung veranlaßt. ...

Die Verwaltungsreform wurde allmählich auf alle Provinzen außer Posen ausgedehnt. Für die teilweise polnischen Provinzen, wo durch den deutschfeindlichen Einfluß der katholischen Geistlichkeit und massenhafte Einwanderung aus Polen das Deutschtum gefährdet war, wurde 1886 der Beschluß gefaßt, deutsche Ansiedlungen auf bisher polnischen Grundbesitz anzulegen, und 100 Millionen dazu vom Landtag bewilligt. Viele Eingewanderte wurden ausgewiesen, der deutsche Unterricht durch besondere Gesetze in Posen, Westpreußen und Oberschlesien gefördert.

Für die materielle Entwicklung des Staates war es wichtig, daß der Landtag 1886 den Bau des Rhein-Emskanals genehmigte und den preußischen ... (Beitrag) zu den Kosten des Nordostseekanals bewilligte. 1888 wurden erhebliche Summen für die Regulierung der östlichen Ströme und für die Unterstützung der durch Überschwemmung geschädigten Landesteile ausgesetzt ...

Wilhelm I. starb am 9. März 1888, worauf der Kronprinz Friedrich Wilhelm als Friedrich III. den Thron bestieg. Derselbe konnte jedoch seine Regierungsgrundsätze, welche er in einem Erlaß an Bismarck kundgab, nicht durchführen, da er an einem Kehlkopfleiden schwer erkrankt war ...

Als Friedrich III. schon am 15. Juni seinen Leiden erlag, folgte ihm sein ältester Sohn als Wilhelm II. und leistete, die Fortführung der Regierung im Sinn seiner Vorfahren gelobend, am 27. Juni vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung. ...<<

1872

Deutsches Reich: Bismarck erklärt am 30. Januar 1872 während einer Rede vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (x239/152): >>... Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete. ...

Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat. ...<<

Reichskanzler Bismarck warnt Kaiser Wilhelm I. am 4. April 1872 vor der radikalen Sozialistenbewegung (x056/270): >>Die sogenannte Internationale (die von Karl Marx 1864 gegründete "internationale Arbeiterassoziation") ist ... augenblicklich die hervorragendste von den Formen, in welchen eine die ganze Welt durchziehende Krankheit zur Erscheinung kommt.

Diese Krankheit hat ihre Ursache darin, daß die besitzlosen Klassen in dem Maße als ihr Selbstgefühl und ihre Ansprüche am Lebensgenuß allmählich steigen, sich auf Kosten der besitzenden Klassen die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche zu verschaffen streben.

Auf eine Heilung dieser Krankheit durch repressive Mittel wird man verzichten müssen; dieselbe kann das nur langsam fortschreitende Werk ... der fortschreitenden Bildung und Erfahrung (und) und eine Reihe legislativer und administrativer Maßregeln ... zur Beseitigung der Hindernisse ... (sein), die der Erwerbstätigkeit der besitzlosen Klassen im Wege stehen.

(Bis dahin muß die Regierung) die Gesellschaft gegen den Versuch eines gewaltsamen Angriffs auf den Bestand des Besitzes schützen. Mit bloß polizeilichen Mitteln ist diese Aufgabe ... nicht zu lösen. ... (Man muß) jede Vorbereitung zu einem gewaltsamen Angriff ... bestrafen ... können. Zu diesem Zweck bedarf es geeigneter Gesetze. ...<<

Der deutsche Unternehmer Alfred Krupp erklärt im Jahre 1872 vor seinen Arbeitern in Essen (x239/96): >>... Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf ungerichtfertigte Forderungen ab, werde, wie bisher jedem gerechten Verlangen zuvorkommen; fordere daher alle diejenigen, welche damit sich nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher, desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorkommen. ...

Ich (will) in meinem Hause, wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben. ...<<

Der deutscher Schriftsteller Gerhart Hauptmann schreibt später über die Stimmung der Landarbeiter auf dem schlesischen Gut seines Onkels im Jahre 1872 (x233/111): >>Ich brachte diesmal ... die Freude am neuen Deutschen Reich ... in das ärmliche Gutsleben mit. Das Echo im besten Fall war Gleichgültigkeit. Wenn ich mit übernommenem Enthusiasmus von Bismarck, Moltke und anderen sprach, war entweder ein tückisches Schweigen die Antwort, oder Moltke wurde ein Feigling genannt, der sich immer wohlweislich hinterm Berge gehalten und andere ins höllische Feuer geschickt habe.

Die Siegesfreude, die deutsche Einheit, ... der Taumel des Erfolges, kurz, alles, was die Lehrer in den Schulen, das Bürgertum und einen Teil des Adels begeisterte, hatte hier nur stille Wut und dumpf entschlossenen Haß ausgelöst. ...

Diese Landsleute, denen man vielfach scharfen Verstand und durchdringenden Blick nicht absprechen konnte, waren auch religionsfeindlich, steckten im Heidentum. Man hätte ihnen ... mit Jesus Christus nicht kommen dürfen. ...

Bismarck, Moltke, der Kaiser, hieß es, täten für die armen Leute nichts. Den Eltern würden die Kinder ... genommen, und diese müßten sich drei Jahre lang um nichts und wieder nichts beim Militär schinden lassen. ...

Der Reichstag bestand aus einem Haufen von Betrügern und Nichtstuern. In dieser Art, die Welt zu betrachten, die vaterländischen Dinge zu beurteilen, herrschte völlige Einigkeit, und niemand war davon abzubringen. ...

Beiläufig sei gesagt, daß unter diesen Leuten, die täglich 11 Stunden mit gekrümmten Rücken Rüben hackten oder eine andere Arbeit taten, die Weiber 50 Pfennige, die Männer eine Mark Tagelohn erhielten. ...<<

Da die katholische Kirche, die im Deutschen Reich nur noch in der Minderheit ist, verstärkt gegen einige Gesetze des Deutschen Reichstages protestiert, schränkt Bismarck ab 1872 die bisherigen großen "weltlichen" Kirchenrechte erheblich ein.

Danach beginnt ein erbitterter "Kulturkampf" um die umstrittenen Abgrenzungsfragen der Staats- und Kirchenrechte. Bismarck läßt die kirchliche Schulaufsicht (1871/72), die kirchlichen Standesämter (1874/75) und die kirchlichen Ausbildungsprüfungen der Geistlichen an staatliche Einrichtungen übertragen. Der Jesuitenorden wird per Reichsgesetz verboten. Sämtliche Jesuiten müssen ab Juli 1872 das Deutsche Reich verlassen. Außerdem untersagt Bismarck, der selbst ein frommer Christ ist, per Gesetz alle politischen Kanzelreden.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagert sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und verändert die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewinnt überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernimmt das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Ein nordamerikanischer Studienfreund Bismarcks berichtet von einem Gespräch über die Unzulänglichkeit allen menschlichen Handelns, das er im Jahre 1872 mit dem Reichskanzler führt (x259/287-288): >>Er sagt, als er noch jünger war, habe er sich für einen ganz klugen Burschen gehalten, aber sich allmählich überzeugt, daß niemand wirklich mächtig und groß sei, und er müsse darüber lachen, wenn er sich preisen höre als weise, vorherrschend und als übe er große Macht aus in der Welt.

Ein Mann in seiner Stellung sei genötigt, während Unbeteiligte erwägen, ob es morgen Regen oder Sonnenschein geben würde, prompt zu entscheiden: es wird regnen oder es wird schön Wetter sein, und demgemäß zu handeln mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.

Hatte er recht geraten, so rufe alle Welt: welche Weisheit, welche Prophetengabe! Hatte er unrecht, so möchten alle alten Weiber mit Besenstielen nach ihm schlagen. - Wenn er weiter nichts gelernt hätte, so hätte er Bescheidenheit gelernt.<<

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden können, befürchtet Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland.

Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, muß das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkt deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wird von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versucht Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schließt gleichzeitig zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigen sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbricht (x089/121).

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sichern damals den Frieden in Europa, denn sie verhindern in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Bismarck plant langfristig einen europäischen Festlandblock (Deutsches Reich, Frankreich und Rußland) und die Aufteilung der zersplitterten Habsburger Monarchie (Lösung der Balkanwirren).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Bismarcks Außenpolitik (x057/-167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik (Hinterindien, Nordafrika) sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein (1885). Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm ihren Anfang (1887) und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freund-

schaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte ein Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen (Dreikaiserabkommen 1872). ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1872-1878 (x804/905-907): >>(Deutschland) ... Nachdem das Deutsche Reich begründet war, galt es, dasselbe weiter auszugestalten. Dieser Aufgabe unterzog sich der Reichskanzler mit gewohnter Tatkraft, und der Reichstag unterstützte ihn bereitwilligst. ...

Über die Verteilung der französischen Kriegsentschädigung, welche wider Erwarten rasch abgezahlt wurde, insgesamt 4.219 Millionen Mark, wurde 1872 und 1873 Beschluß gefaßt. ... Die Münzreform wurde durch das Gesetz vom 24. Januar 1873 zum Abschluß gebracht.

Der Antrag auf Erweiterung der Reichskompetenz auf das gesamte bürgerliche und Strafrecht sowie das gerichtliche Verfahren, welchen Lasker schon 1871 eingebracht hatte, gegen den aber die süddeutschen Königreiche Widerstand leisteten, wurde 1873 auch von der Reichsregierung angenommen. Ferner wurde ein Reichseisenbahnamt eingerichtet und die deutsche Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen eingeführt, das nun 15 Abgeordnete in den Reichstag sandte.

Die auswärtige Politik entsprach durchaus den wiederholten Versicherungen der Thronreden, daß Deutschland als höchstes Ziel die Aufrechterhaltung des Friedens erstrebe. Die vielfachen Herausforderungen der revanchelustigen Franzosen blieben unbeachtet. Das Reich bemühte sich dagegen, seine Stellung durch freundschaftliche Beziehungen zu den benachbarten Kaiserreichen zu befestigen.

Dies gelang durch die Dreikaiserzusammenkunft, welche vom 5.-12. September 1872 in Berlin stattfand. Alexander II. von Rußland und Franz Joseph von Österreich waren von ihren Ministern Gortschakow und Andrassy begleitet, und wenn auch förmliche Verträge nicht abgeschlossen wurden, so einigten sich doch die drei Kaisermächte über eine gemeinsame Politik zur Erhaltung des Friedens und der bestehenden Verhältnisse. Ihnen schloß sich 1873 der König Viktor Emanuel von Italien an, der im September, von zwei Ministern begleitet, Kaiser Wilhelm in Berlin einen Besuch abstattete.

Dagegen machten sich die Wirkungen des in Preußen ausgebrochenen kirchenpolitischen Kampfes auch in den Reichsverhältnissen mehr und mehr bemerkbar. Die Partei des Zentrums ... verwandelte sich allmählich in eine schroffe Oppositionspartei, um welche sich alle partikularistischen und reichsfeindlichen Elemente im Reichstag gruppierten.

Während im preußischen Landtag der Streit über die Maigesetze immer heftiger entbrannte, forderten auch im Reichstag mehrere Gesetzanträge den Widerstand der Ultramontanen heraus, zunächst der vom bayerischen Minister Lutz beantragte "Kanzelparagraph", wonach Geistliche, welche öffentlich oder in der Kirche für den öffentlichen Frieden gefährliche politische Agitation trieben, strafbar sein sollten.

Derselbe wurde am 28. November 1871 vom Reichstag angenommen. Ihm folgte 1872 das Jesuitengesetz vom 4. Juli 1872, durch welches die Niederlassungen der Jesuiten und der ihnen verwandten Orden aufgelöst und ihre ausländischen Mitglieder ausgewiesen wurden.

... Papst Pius IX. verschärfte den Konflikt, indem er 1872 den gemäßigten Kardinal Hohenlohe als deutschen Gesandten bei der Kurie zurückwies, ... 1873 heftige Drohungen gegen das neue Deutsche Reich ausstieß und sich am 7. August mit einem sehr anmaßenden Schreiben an den Kaiser selbst wandte.

Unterstützt von der gesamten Geistlichkeit, riefen nun die Ultramontanen das ganze katholische Volk zum Kampf für die Freiheit der Kirche auf und erzielten hierdurch bei den Wahlen zum zweiten deutschen Reichstag, welche am 10. Januar 1874 stattfanden, beträchtliche Erfolge, besonders in Süddeutschland, wo sie sich mit den Partikularisten verbanden.

Sie zählten 101 Mitglieder; dazu kamen die Elsaß-Lothringer, die Polen und die Sozialdemokraten (9), so daß die grundsätzliche Opposition auf 140 Stimmen stieg. Die Nationalliberalen zählten 155 Mitglieder und bildeten, je nachdem sie sich mit den Konservativen oder mit der Fortschrittspartei vereinigten, die Majorität. Immerhin gestalteten sich infolge des Anwachsens der Opposition die Verhandlungen des Reichstages lebhafter, ja stürmisch.

Am 16. Februar 1874 traten die elsaß-lothringischen Abgeordneten in den Reichstag ein und beantragten nach einem Protest gegen die Annexion die nachträgliche Abstimmung über dieselbe oder wenigstens die Aufhebung der diktatorischen Vollmachten des Oberpräsidenten. Des letzteren Antrages nahmen sich die Ultramontanen an, so daß er am 3. März nur mit 195 gegen 138 Stimmen abgelehnt wurde.

Aufs heftigste bekämpfte das Zentrum den Antrag ... auf Einführung der obligatorischen Zivilehe und der Zivilstandsregister, der am 28. März angenommen wurde, und das Gesetz über Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern (Expatriierungsgesetz), welches Internierung oder Ausweisung als Strafen festsetzte; dasselbe war für die Ausführung der preußischen Maigesetze notwendig und wurde am 25. April genehmigt.

Die wichtigste Vorlage der Session war das Reichsmilitärgesetz, welches bestimmte, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung auf 401.659 Mann (1 Prozent der Bevölkerung) normiert sein sollte. Hiergegen erhoben nicht nur die Ultramontanen und Sozialdemokraten, sondern auch die Fortschrittspartei und ein Teil der Nationalliberalen Einspruch. ...

Der Kaiser und seine höchsten militärischen Ratgeber, besonders Moltke, betonten entschieden die Notwendigkeit einer dauernden Festsetzung der Heeresstärke. Der Reichskanzler, der überdies krank war, erklärte, für den Fall der Ablehnung des Gesetzes seine Entlassung nehmen zu wollen. ...

Aus der Mitte der nationalliberalen Partei ging darauf der Antrag auf ein Kompromiß hervor, wonach die geforderte Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre festgesetzt werden sollte. Nachdem sich der Reichstag und die Militärverwaltung mit diesem Antrag einverstanden erklärt hatten, wurde derselbe am 20. April mit 214 gegen 123 Stimmen vom Reichstag angenommen. Selbst einige Mitglieder der Fortschrittspartei (Berger, Löwe und andere) stimmten für denselben, wurden freilich deshalb zum Austritt aus der Fraktion gezwungen. Nur das Zentrum bewahrte seine unversöhnlich oppositionelle Haltung.

Der Streit zwischen Deutschland-Preußen und der Kurie übte nicht bloß auf die inneren Verhältnisse seinen Einfluß, sondern machte sich auch in der äußeren Politik bemerkbar.

In Frankreich, Belgien und Spanien traten die Klerikalen besonders feindselig gegen Deutschland auf; die Bischöfe erließen aufhetzende Hirtenbriefe, und der von der Kurie begünstigte klerikale Thronprätendent Don Carlos ließ einen deutschen Hauptmann und Kriegskorrespondenten, Schmidt, als Spion erschießen. Bismarck erwirkte von der französischen und belgischen Regierung ein Einschreiten gegen die Bischöfe und gegen die klerikale Presse und erkannte nicht nur selbst die liberale Herrschaft Serranos in Spanien an, sondern bewog auch die meisten anderen Mächte zu dem gleichen Schritt.

Als der Botschafter in Paris, Graf Arnim, sich mit der legitimistischen Partei einließ und Bismarcks Ansicht, daß die republikanische Staatsform Frankreichs für Deutschland am vorteilhaftesten sei, bekämpfte, wurde er abberufen und später sogar in einen Prozeß verwickelt.

Der ultramontane Abgeordnete Jörg unternahm daher im Reichstag am 4. Dezember 1874 einen Angriff auf Bismarcks auswärtige Politik und entfesselte durch die Erwähnung des Kullmannschen Attentats auf Bismarck (13. Juli in Kissingen) einen heftigen Sturm, der mit einer Niederlage der Klerikalen endete.

In der Wintersession des Reichstages vom 29. Oktober 1874 bis (zum) 30. Januar 1875 wurde der Etat, zum erstenmal auch der Militäretat, beraten und eine Reihe wichtiger Gesetze ver-

einbart, so: das Landsturmgesetz, das Gesetz über die Naturalleistungen für das Heer, das Reichsbankgesetz und das Zivilehegesetz.

Die Justizreformgesetze, welche die Gerichtsorganisation, die Zivil- und die Strafprozeßordnung betrafen, wurden am 24. November 1874 eingebracht und einer Kommission überwiesen, welche über die Session hinaus ihre Tätigkeit fortzusetzen ermächtigt wurde. Auch in dieser Session kam es übrigens zu einem Zerwürfnis zwischen dem Reichskanzler und dem von Lasker geführten Teil der Nationalliberalen, der einen klerikalen Antrag unterstützte. Bennigsen versöhnte den Kanzler durch ein am 18. Dezember von ihm veranlaßtes Vertrauensvotum.

Noch deutlicher wurde der Zwiespalt zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen in der Reichstagsession im Winter 1875 auf 1876. ... Pläne Bismarcks, durch ein Eisenbahngesetz das zersplitterte Eisenbahnwesen in Deutschland einheitlich zu regeln oder die bedeutendsten deutschen Bahnen für das Reich zu erwerben, scheiterten an dem Widerstand der Mittelstaaten im Bundesrat.

Der Reichskanzler gab seine Absichten keineswegs auf, beschloß vielmehr, sie teils in anderer Form zu verwirklichen, indem er die preußischen Eisenbahnen für den Staat erwarb ...

Denn er erkannte, daß man, getäuscht durch den enormen Aufschwung im Handel und Gewerbe nach dem Krieg, welcher sich seit 1874 als ungesund, zum Teil als schwindelhaft herausstellte und mit einem bedenklichen Zusammenbruch vieler Geschäfte endete, in der Begünstigung des Freihandels zu weit gegangen war, die deutsche Industrie und Landwirtschaft in vielen Beziehungen dem Ausland gegenüber wehrlos gemacht und dadurch die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten empfindlich geschädigt hatte.

Für sein neues Wirtschaftssystem brauchte der Reichskanzler neue Organe, und so erhielt Delbrück am 1. Juli 1876 seine Entlassung und wurde durch Hofmann ersetzt. ...

Der Reichskanzler, der Ende März seiner erschütterten Gesundheit wegen ein Entlassungsgesuch eingereicht und nach dessen Ablehnung durch den Kaiser einen unbestimmten Urlaub erhalten hatte, blieb das ganze Jahr 1877 von Berlin entfernt in Friedrichsruh oder Varzin (Schloß Bismarcks in Ostpommern).

Doch beschäftigte er sich eifrig mit der Steuerreform und faßte den Plan ... mit den Nationalliberalen ein Bündnis zu schließen, das ihm eine feste Majorität im Reichstag sichern sollte. Er hatte zu diesem Zweck Weihnachten 1877 in Varzin mit Bennigsen längere Besprechungen, die aber nicht zu dem gewünschten Ergebnis führten. ...

Als nun der Reichstag am 6. Februar 1878 wieder eröffnet wurde, legte die Reichsregierung statt einer umfassenden Steuerreform nur zwei Gesetzentwürfe über die Übertragung des Spielkartenstempels und anderer Stempelabgaben auf das Reich sowie über eine Erhöhung der Tabaksteuer vor. ... Anstatt der gewünschten Tabaksteuererhöhung beschloß der Reichstag eine Tabaksteuerenquete und knüpfte die Bewilligung der hierfür geforderten Mittel an die Bedingung, daß ein Tabakmonopol nicht beabsichtigt und ein umfassender Steuerreformplan ausgearbeitet werde.

Da seine Krankheit noch nicht beseitigt war, so zog sich Bismarck im März auf das Land zurück, nachdem seine Stellvertretung durch ein besonderes Gesetz geordnet und dieselbe im allgemeinen dem Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Grafen Stolberg-Wernigerode, übertragen worden war.

Da unternahm am 11. Mai 1878 der Leipziger Klempnergeselle Max Hödel einen glücklicherweise erfolglosen Mordversuch auf den Kaiser, als derselbe die Berliner Linden entlang fuhr. Derselbe warf ein erschreckendes Licht auf die sittliche Verwilderung eines Teiles der Nation und auf die Gefahren der sozialdemokratischen Wühlerei, deren furchtbares Anschwellen schon die Reichstagswahlen von 1877 gezeigt hatten.

Die Regierung hielt es für ihre Pflicht, weiteren Ausschreitungen durch ein Gesetz (Soziali-

stengesetz) vorzubeugen, welches auf drei Jahre die Verfolgung sozialdemokratischer Ziele gewissen Ausnahmemaßregeln unterwarf. Sie legte den Entwurf am 21. Mai dem Reichstag vor, aber schon am 24. Mai lehnte die liberale und ultramontane Mehrheit denselben ab, indem sie die Regierung darauf hinwies, erst die ihr zu Gebote stehenden Mittel der Repression besser auszunutzen.

Indes die Ereignisse gaben der Mehrheit unrecht: am 2. Juni erfolgte das zweite Attentat Karl Nobilings auf den Kaiser, durch welches derselbe schwer verwundet wurde, so daß er am 4. Juni dem Kronprinzen seine Stellvertretung übertragen mußte.

Unter dem Eindruck des schrecklichen Ereignisses setzte Bismarck am 12. Juni im Bundesrat die Auflösung des Reichstages und die Anberaumung der Neuwahlen auf den 30. Juli durch. Er war besonders zornig auf die liberalen Parteien, sowohl auf die Fortschrittspartei, welcher er den Namen einer Ordnungspartei geradezu absprach, und die er fast der Sozialdemokratie gleichstellte, als auf die Nationalliberalen, die er beschuldigte, ihn im Stich gelassen zu haben, und ließ durch die Beamten wie durch die Regierungspresse beide Parteien aufs heftigste bekämpfen, während Ultramontane und Partikularisten unbehelligt blieben.

Das Ergebnis der Wahlen vom 30. Juli war daher zwar, daß die Liberalen fast 40 Sitze verloren und die Fortschrittspartei auf 24, die Nationalliberalen auf 101 Mitglieder sich verringerten, während die Konservativen und die Reichspartei auf je 57 Mitglieder stiegen. Dagegen wuchs das Zentrum auf 93 Mitglieder nebst 9 welfischen Hospitanten, und die Sozialdemokraten behaupteten 9 Wahlkreise.

Eine konservative Mehrheit hatte also der Reichskanzler nicht erlangt, und da die Ultramontanen sich im Wahlkampf, um Stimmen zu erobern, unbedingt gegen alle Ausnahmegesetze verpflichtet hatten, so mußte er sich, um das von neuem vorgelegte Sozialistengesetz genehmigt zu erhalten, in der am 9. September eröffneten außerordentlichen Reichstagssession mit den Nationalliberalen verständigen und manche Änderungen derselben an dem Gesetz zulassen. Dasselbe wurde am 19. Oktober mit 221 gegen 149 Stimmen auf 2½ Jahre (bis 31. März 1881) genehmigt, sofort veröffentlicht und zur Unterdrückung sozialdemokratischer Vereine und Zeitungen energisch angewendet.

Der inzwischen genesene Kaiser kehrte am 5. Dezember nach Berlin zurück und übernahm wieder die Regierungsgeschäfte.

Ein erfreulicheres Bild als die inneren Zustände Deutschlands bot seine äußere Lage dar. Ja, während der Kaiser an seinen Wunden schwer daniederlag, während die Wahlkämpfe tobten, war die Reichshauptstadt Berlin zum erstenmal der Sitz eines Kongresses der bedeutendsten europäischen Staatsmänner. Dieser Berliner Kongreß war zur Regelung der orientalischen Frage berufen worden.

Die Hetzereien panslawistischer Agitatoren hatten auf der Balkanhalbinsel von neuem Aufstände und kriegerische Verwickelungen hervorgerufen, welche Rußland zum Anlaß genommen hatte, als Protektor der slawischen Christen der Türkei 1877 den Krieg zu erklären. Der Reichskanzler hatte sich vergeblich bemüht, den Ausbruch desselben zu verhindern. Nachdem er ausgebrochen, strebte er vor allem danach, ihn auf die Balkanhalbinsel zu beschränken und ihn nicht zu einem europäischen Krieg werden zu lassen. Er setzte allen seinen Einfluß daran, Österreich von einer Einmischung abzuhalten, und beobachtete selbst die strengste Neutralität. ...<<

1873

Deutsches Reich: Der preußische Staat kontrolliert ab 1873 die Priesterausbildung und kirchliche Anstellungen.

Am 10. März 1873 begründet Bismarck den preußischen Kulturkampf (x056/267, x239/152):
>>Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, ... wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich

nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, ... nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, ... sondern um den uralten Machtstreit ... zwischen Königtum und Priestertum ...<<

>>... Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen. ...

Das Programm ist bekannt. ... Das Programm ... ist die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche. ...

Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, ... ist zu beurteilen, wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. ...

Also dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, ... wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte.

Es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Bismarcks "Kulturkampf" (x057/166): >>Schon gleich nach der Reichsgründung war die Zentrumspartei in offenen Gegensatz zu Bismarck getreten. Als eine Anzahl geistlicher Lehrer an Schulen und Universitäten sich dem Unfehlbarkeitsdogma des Papstes, das vom Vatikanischen Konzil in Rom verkündet war (1869/70), nicht unterwerfen wollte ("Altkatholiken"), forderte die katholische Kirche deren Absetzung durch den Staat. Die Regierungen der Bundesstaaten weigerten sich, und der alte Streit zwischen Staat und Kirche war wieder ausgebrochen ("Kulturkampf").

In Preußen ergingen die "Maigesetze" (1873), wonach dem Staat ein wesentlicher Einfluß auf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen eingeräumt worden war. Ferner wurden die Jesuiten und Mitglieder verwandter Orden ausgewiesen, die staatliche Aufsicht über die Volksschulen eingerichtet und die standesamtliche Zivilehe an Stelle der kirchlichen eingeführt.

Zahlreiche Bischöfe und Pfarrer, die sich nicht fügten, wurden mit Gefängnis bestraft. Die Gegensätze verschärften sich immer mehr, so daß Bismarck sich zur Aussöhnung und Rücknahme der Maigesetze bereit finden mußte, als Leo XIII. den päpstlichen Thron bestieg (1878). Nur die Ausweisung der Jesuiten, die staatliche Schulaufsicht und die Zivilehe blieben bestehen.<<

Während des preußischen "Kulturkampfes" bekämpft die Regierung die katholische Kirche auch in den "neuen Provinzen" und versucht die polnische Bevölkerung mit allen Mitteln zu germanisieren. In den polnischen Schulen wird ab 1873 die polnische Unterrichtssprache verboten und seit 1876 gilt nur noch die deutsche Amtssprache.

Im Oktober 1873 ereignet sich an der Berliner Börse ein Kurssturz, da zahlreiche Aktiengesellschaften in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Hauptursachen für die Börsenkrise sind jedoch vor allem Firmenzusammenbrüche in Ungarn, Österreich und in den USA aufgrund von Spekulationsgeschäften (x092/603).

Italien: Papst Pius IX. kritisiert am 7. August 1873 in einem Brief an Kaiser Wilhelm I. die preußischen Kulturkampfgesetze gegen die katholische Kirche (x092/602): >>Majestät!

Sämtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von Eurer Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab.

Wenn ich mit mir selber darüber zu Rate gehe, welche Ursachen diese sehr harten Maßnahmen veranlaßt haben mögen, so bekenne ich, daß ich keine Gründe auffinden kann.

Andererseits wird mir mitgeteilt, daß Eure Majestät das Verfahren Eurer Regierung nicht bil-

ligen. ...

Ich rede mit Freimut, denn mein Panier (Wahlspruch) ist Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. ...<<

1874

Deutsches Reich: Im Jahre 1874 verstärkt sich die große Wirtschaftskrise (1873-74). Viele Unternehmen, die zu wenig Eigenkapital besitzen, gehen Bankrott. Ungezählte Groß- und Kleinaktionäre verlieren ihr Geld. Aufgrund der starken ausländischen Konkurrenz, die ihre Produkte vielfach unter den Herstellungskosten anbietet, fordern Großindustrielle und adlige Gutsbesitzer staatliche Schutzzölle auf die Einfuhr von ausländischen Waren.

Kaiser Wilhelm I. schreibt am 2. Mai 1874 über das Offizierskorps (x092/604): >>Je mehr anderwärts Luxus und Wohlleben um sich greifen, um so ernster tritt an den Offiziersstand die Pflicht heran, nie zu vergessen, daß es nicht materielle Güter sind, welche ihm seine hochgeehrte Stellung im Staate und in der Gesellschaft erworben haben und erhalten werden.

Nicht nur, daß die kriegerische Tüchtigkeit des Offiziers durch eine verweichlichende Lebensführung beeinträchtigt werden könnte, sondern völlige Erschütterung des Grundes und Bodens, worauf der Offiziersstand steht, ist die Gefahr, welches das Streben nach Gewinn und Wohlleben mit sich bringen würde.

Je eifriger das Offizierskorps treue Kameraden- und richtigen Korpsgeist pflegt, um so leichter wird es Ausschreitungen vorbeugen, auf Abwege geratene Kameraden auf die richtigen Bahnen zurückleiten, unnütze Händel und unwürdige Zänkereien vermeiden.<<

Das Reichsgesetzblatt verkündet am 4. Mai 1874 (x056/268): >>§ 1 Einem Geistlichen, ... welcher durch gerichtliches Urteil aus seinem Amt entlassen worden ist und hierauf eine kirchliche Handlung vornimmt, ... kann durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten ... Orten versagt oder angewiesen werden. Besteht die Handlung in der ... Anmaßung des Amtes, oder in der tatsächlichen Ausübung, ... oder handelt er der gegen ihn ergangenen Verfügung der Landespolizeibehörde zuwider, so kann er seiner Staatsangehörigkeit ... verlustig erklärt und aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden ...<<

Der deutsche Arbeiterführer August Bebel schreibt im Jahre 1874 in einer Wahlkampfbrochure der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (x239/148): >>Als am 3. März 1871 unter dem Glockengeläute und Kanonendonner für den Versailler Frieden dieser Reichstag gewählt wurde, gab es wohl viele, die hoffnungsselig ihm entgegensahen. ...

Aber das durch "Blut und Eisen" mühsam zusammengeschweißte "Reich" ist kein Boden für bürgerliche Freiheit, geschweige für die soziale Gleichheit.

Staaten werden mit den Mitteln erhalten, durch die sie gegründet wurden. Der Säbel stand als Geburtshelfer dem "Reich" zur Seite, der Säbel wird es ins Grab begleiten. ...

Wir geben uns keinen Illusionen hin: wir glauben nicht, daß das allgemeine Wahlrecht ein Heilmittel oder eine Wünschelrute ist, durch welche das arbeitende Volk das Glück sich herbeiführen kann. Wir glauben auch nicht, daß es ihm unter den heutigen Verhältnissen gelingen wird, die Machtverhältnisse umzugestalten. Und dennoch muß das arbeitende Volk das angeführte Mittel als das einzige benutzen, welches ihm augenblicklich gegeben ist, um seine Stimme zu erheben, für seine vorenthaltenen Rechte einzutreten. ...<<

1875

Deutsches Reich: Gemäß Reichspersonenstandsgesetz wird am 6. Februar 1875 die Zivilehe (durch Eheschließung vor dem Standesbeamten begründete Ehe) im gesamten Deutschen Reich gesetzlich vorgeschrieben. Die kirchliche Eheschließung darf erst nach der standesamtlichen erfolgen. Die Ehescheidung wird ebenfalls zivilrechtlich geregelt.

Reichskanzler Bismarck läßt ferner alle kirchlichen Orden (außer Krankenpflegeorden) verbieten. Pfarrer, die sich den neuen Gesetzen nicht unterordnen, erhalten kein Gehalt mehr und

illoyalen Geistlichen wird die Staatsbürgerschaft entzogen.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründen im Jahre 1875 durch Zusammenschluß von ADAV und SDAP in Gotha die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands".

Wilhelm Liebknecht fordert im Programm dieser neuen Partei (x145/126): >>... Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen, nur eine reaktionäre Masse sind.

Von diesen Grundsätzen ausgehend erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896, ab 1866 Professor für Geschichte, 1871-84 Mitglied des Reichstages) schreibt im Jahre 1875 über die Eroberung neuer Gebiete in Afrika und Asien (x261/171): >>... So ist jene Kolonisation ... für die Zukunft der Welt ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden. Von ihr wird abhängen, in welchem Maße jedes Volk an der Beherrschung der Welt durch die weiße Rasse teilhaben wird; es ist sehr gut denkbar, daß einmal ein Land, das keine Kolonien hat, gar nicht mehr zu den europäischen Großmächten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag.

Darum dürfen wir nicht in jenen Zustand der Erstarrung kommen, der die Folge einer rein festländischen Politik ist, und das Ergebnis unseres nächsten glücklichen Krieges muß wozumöglich die Erwerbung irgendeiner Kolonie sein. ...<<

1876

Deutsches Reich: Um 1876 gibt es in den preußischen Provinzen fast keine katholischen Pfarrer mehr und die meisten katholischen Bischöfe Preußens sind in Haft oder geflohen.

Ein Zeitzeuge berichtet damals über die Auswirkungen des "Kulturkampfes" (x239/154): >>Wie eine vergiftete Atmosphäre, wie eine Art Krankheit lag es in jenen Tagen über unserem Vaterlande. Katholik und Reichsfeind, katholisch und vaterlandslos ... waren gleichwertige Begriffe. ...

Die konfessionellen und politischen Gegensätze waren so groß, daß ein klaffender Riß durch die Gesellschaft ging, der Spaltung und Zwietracht bis in den Schoß der Familie hinein trug.

Namentlich in den kleinen und mittleren Städten waren die Katholiken aus den gesellschaftlichen Kreisen und vom freundschaftlichen Verkehr mit Nichtkatholiken nahezu ausgeschaltet.

... In einzelnen Städten, so in Mönchengladbach und Düsseldorf, wurden sogenannte "schwarze Listen" gedruckt und in den Kreisen der liberalen Parteigenossen verbreitet, in der Absicht, dadurch auf die "ultramontanen" (päpstliche gesinnten) Geschäftsinhaber einen Druck auszuüben oder sie seitens der liberalen Kundschaft boykottieren zu lassen.

Wenn gar politische oder kommunale Wahlen die Leidenschaften noch mehr aufgewühlt hatten, war die Entlassung von Arbeitern und Privatbeamten, die ihrer Überzeugung nach für Zentrums-kandidaten ihre Stimme abgegeben hatten, durchaus keine Seltenheit. ...

Die ... (Prozesse) gegen die "ultramontane" Presse mehrten sich in auffälliger Weise, und die untergeordneten Organe der Justiz und der Polizei ließen sich in vielen Fällen offenbare Gesetzesverletzungen bei Beschlagnahme und Haussuchungen zuschulden kommen. ...<<

Die deutsche Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1833-1919, publiziert seit 1872 Schriften über die Frauenemanzipation) fordert im Jahre 1876 in ihrem Buch "Der Frauen Natur und Recht" die Gleichberechtigung der Frauen (x056/223): >>... Es gilt euch zu retten, Ihr Frauen, aus dem traurigen, dumpfen Einerlei ... eures vegetierenden Daseins. ...

Fordert das Stimmrecht, denn nur über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und

Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau!

Ohne politische Rechte seid ihr, eure Seelen mögen vor ... Güte und Edelsinn überfließen, ... machtlos. ...

Organisiert euch! ...

Verlaßt euch nicht auf die Hilfe der ... Männer! ...

(Bald werden) die Frauen nicht den Männern, sondern sich selbst gehören. ...

Die Menschenrechte haben kein Geschlecht!<<

Im damaligen öffentlichen Leben sind politische Mitwirkungsrechte der Frauen noch völlig undenkbar. Im Deutschen Reich erhalten die Frauen erst im November 1918 das Wahlrecht (Finnland: 1906, Dänemark: 1915, USA: 1920, England: 1928, Spanien: 1931, Frankreich: 1944, Griechenland: 1952, Schweiz: 1971).

Der deutsche Liedersammler, Dichter und Sänger Franz Wilhelm Freiherr von Dittfurth (1801-1880) veröffentlicht im Jahre 1876 das sozialkritische Lied "Wer jetzig Zeiten leben will" (x846/...):

>>Wer jetzig Zeiten leben will,
Muß hab'n ein tapfer's Herze,
Es sein der argen Feind so viel,
Bereiten ihm groß Schmerze.
Da heißt es steh'n ganz unverzagt
In seiner blanken Wehre,
Daß sich der Feind nicht an uns wagt,
Es geht um Gut und Ehre.

Geld nur regiert die ganze Welt,
Dazu verhilft betrügen;
Wer sich sonst noch so redlich hält,
Muß doch bald unterliegen,
Rechtschaffen hin, rechtschaffen her,
Das sind nur alte Geigen:
Betrug, Gewalt und List vielmehr,
Klag du, man wird dir's zeigen.

Doch wie's auch kommt, das arge Spiel,
Behalt ein tapfer's Herze,
Und sind der Feind auch noch so viel,
Verzage nicht im Schmerze.
Steh gottgetreulich, unverzagt,
In deiner blanken Wehre:
Wenn sich der Feind auch an uns wagt,
Es geht um Gut und Ehre!<<

1877

Deutsches Reich: Der deutsche Unternehmer Alfred Krupp erklärt im Jahre 1877 während einer Versammlung der Betriebsangehörigen (x176/183): >>... Genießet, was Euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit verbleibt im Kreis der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern, und sinnt über Haushalt und Erziehung. Das sei Eure Politik, dabei werdet ihr frohe Stunden erleben.

Aber für die große Landespolitik erspart Euch die Aufregung. Höhere Politik treiben erfordert mehr freie Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter verliehen ist.

Ihr tut Eure Schuldigkeit, wenn Ihr durch Vertrauenspersonen empfohlene Leute wählt. Ihr

erreicht aber nichts als Schaden, wenn Ihr eingreifen wollt in das Ruder der gesetzlichen Ordnung. Das Politisieren in der Kneipe ist nebenbei sehr teuer, dafür kann man im Hause Besseres haben. ...<<

In der Fabrikordnung einer mechanischen Baumwollspinnerei heißt es damals (x058/257-259): >>... § 6. Jeder Arbeiter ist für die ihm anvertrauten Gegenstände persönlich verantwortlich. Wenn er dieselben bei Nachfragen nicht gleich vorweisen kann, werden sie auf seine Kosten durch neue ersetzt.

§ 7. Wenn in einem Arbeitssaal, wo alle Arbeiter zugegen sind, ein Gegenstand beschädigt wird, und der Täter wegen Verhehlung nicht auszumitteln ist, so sind die Arbeiter des ganzen Saales bis zur Nachweisung des Täters für den Schaden haftbar.

§ 8. Ein friedliches Betragen wird den Arbeitern zur strengen Pflicht gemacht. Wer sich Streitigkeiten, Beschimpfungen und Tätlichkeiten zu Schulden kommen läßt, unterwirft sich der Strafe, welche der Fabrikaufseher oder der Inhaber gegen ihn erkennen wird.

§ 9. Ferner werden bestraft:

- 1) Unerbietiges Betragen gegen die Aufseher.
- 2) Verhehlung von Untreue.
- 3) Eigenmächtige Abänderung an den Maschinen, der Beleuchtung, Heizung und Werkzeugen.
- 4) Verspätung und Versäumnisse, besonders der Unfug des blauen Montags und das Herbeiholen von Speise und Trank.
- 6) Unvorsichtigkeit mit Feuer und Licht.
- 7) Das Tabakrauchen.
- 8) Lärm machen auf dem Weg zu und von der Fabrik.
- 9) Beschädigung an Häusern, Gärten, Bäumen, Zäunen, Brunnen und dergleichen. ...

§ 15. Jedem Arbeiter wird gleich von Anfang sechs Tage oder ein vollständiger Wochenlohn als Decompte (Verrechnung bzw. Abzug vom Lohn) zurückbehalten und bei Lohnerhöhung vervollständigt. ...

§ 17. Der Arbeiter, welcher seinen Dienst in der Fabrik aufgeben will, ist verpflichtet, seinen Austritt sechs Wochen vorher, und zwar an einem je nach zwei Wochen eintretenden Zahltag, den Fabrikinhavern oder Aufseher anzuzeigen; bei Kindern wird die Aufkündigung nur von den Eltern oder Versorgern angenommen.

§ 18. Diese sechswöchige Aufkündigung wird auch von den Fabrikinhavern gegen jeden Arbeiter beachtet werden, wo keine besonderen Klagen vorhanden sind. ...

§ 22. Die Fabrikbesitzer sind jedoch zur augenblicklichen Entlassung des Arbeiters ohne Vergütung von Lohn und Decompte berechtigt, wenn dieser das eine oder andere der nachstehenden Vergehen sich zu schulden kommen läßt.

- 1) Diebstahl oder Untreue.
- 2) Prügelei, Unzucht oder Betrunktheit im Fabrikgebäude.
- 3) Komplote oder Auflehnung gegen die Fabrikordnung,
- 4) Beschimpfung der Aufseher.
- 5) Tätliche Widersetzlichkeit.
- 6) Weigerung der Übernahme einer ordentlichen Arbeit in der Fabrik.
- 7) Eigenmächtiges Verlassen der Arbeit.
- 8) Wiederholte Nachlässigkeit in Erfüllung seines Geschäftes.
- 9) Beharrlicher Ungehorsam.
- 10) Absichtliche oder bedeutende Verletzung des anvertrauten Arbeitsgerätes oder Arbeitsstoffes.<<

1878

Deutsches Reich: Der Berliner Kongreß vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 wendet einen

drohenden Krieg zwischen den westeuropäischen Großmächten und Rußland ab.

Nach harten Auseinandersetzungen scheidet Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der Zentrumsparlei (politische Vertretung der Katholiken, 1870 gegründet) sowie der katholischen Bevölkerung und bricht den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigt sich zwar mit dem neuen Papst Leo XIII. (Papst von 1878-1903, ein bedeutender katholischer Kirchenführer, der für die soziale Gerechtigkeit kämpft und für ungeklärte Arbeiterfragen eintritt), den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) bleiben unverändert bestehen (x089/294).

Als im Mai und im Juni 1878 Mordanschläge auf den deutschen Kaiser verübt werden, die der Monarch nur durch glückliche Umstände schwerverletzt überlebt, vermutet Bismarck die Täter sofort unter den Kommunisten bzw. Sozialisten.

Am 5. Juni 1878 prüft der Kronrat, welche Entscheidungen zu fällen sind, um einen drohenden Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung zu verhindern (x056/269): >>... (Der Kronprinz fragte), worin die allseitig anerkannte Gefahr ... zu erblicken sei.

(Der Innenminister: er sehe) diese Gefahr in der abnehmenden Achtung vor der Autorität; in der Familie, in der Gemeinde, im Staate, überall trete Opposition nicht als berechtigte Kritik, sondern als Auflehnung gegen menschliches und göttliches Gesetz, unter der Verhöhnung der Religion auf.

(Der Kronprinz:) ... ob eine Verschwörung anzunehmen sei, der man ... entgegentreten könne.

(Der Minister:) ... eine Verschwörung der durch Verhängung des Kriegszustandes ... entgegentreten sei, bestehe nicht, wohl aber ein Komplott ... bei den ... Attentaten ... (Er) glaube, daß es an Mitwissern hierbei nicht fehle.

(Der Kronprinz:) ... eine Gefahr für den Staat (sei also) vorhanden, die Verhängung des Kriegszustands jedoch nicht zu empfehlen. ... (Was sei zu tun?)

(Der Ministerpräsident:) es sei gegen die Sozialdemokratie, ohne die übrigen Parteien sich zu verfeinden, ein Vernichtungskrieg zu führen durch Gesetzesvorlagen, welche die sozialdemokratischen Vereine, Versammlungen, die Presse, die Freizügigkeit (durch die Möglichkeit von Ausweisung und Internierung), vielleicht den Waffenbesitz und das Waffentragen träfen. (Es sei die Frage), ob diese Entwürfe noch dem jetzigen Reichstage vorzulegen, oder ob unter dem Eindruck der neuesten Ereignisse derselbe aufzulösen und zu Neuwahlen zu schreiten sei. ... Der letztere Weg (sei) der allein richtige. ... (Von) einer neugewählten Versammlung sei ... (der Beschluß eines "Sozialistengesetzes" eher zu erwarten).<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schreibt im Jahre 1878 in seinem Buch "Der Sozialismus und der Meuchelmord" (x239/96): >>... Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im Staate. Es wird höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Sozialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbewegung ausweist.

Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste, und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Theodor Fontane schreibt am 5. Juni 1878 an seine Frau (x233/111): >>Du fragst, wie man früher solcher Bewegungen (wie die der Arbeiter) Herr geworden ist? Darauf ist nicht direkt zu antworten; denn solche Bewegungen hat es früher nicht gegeben.

Wie war es früher? Ein Tunichtgut verführte entweder große, harmlose Volksmassen, oder er stellte sich an die Spitze bereits vorhandener Unzufriedener.

Im ersten Falle fing man den Anführer, hängte ihn und alles war vorbei. Im letzteren Fall geschah zunächst dasselbe, aber kleine berechnete Forderungen (Bier- und Brotsteuern herun-

tergesetzt, und ähnliche Lappalien) mußten erfüllt werden. Das alles war Kinderspiel; man befand sich einer stupiden Menge gegenüber.

Das ist jetzt anders. Millionen von Arbeitern sind gerade so gescheit, so gebildet, so ehrenhaft wie Adel und Bürgerstand; vielfach sind sie ihnen überlegen, ... und deshalb ist ihnen weder der Beweis zu führen, "daß es mit ihnen nichts sei", noch ist ihnen mit der Waffe in der Hand beizukommen.

Sie vertreten nicht bloß Unordnung und Aufstand, sie vertreten auch Ideen, ... die zum Teil ihre Berechtigung haben und die man nicht totschiessen oder durch Einkerkierung aus der Welt schaffen kann. – Vorläufig ist übrigens noch keine Gefahr. ...<<

Reichskanzler Bismarck schreibt am 12. August 1878 an den bayerischen König Ludwig II. (x272/82-83): >>... Das Anwachsen der demokratischen Partei, die jährliche Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsere größeren Städte bewohnen, die Versagung der Unterstützung gegen diese Gefahr von Seiten der Mehrheit des Reichstages drängt schließlich den deutschen Fürsten, ihren Regierungen und allen Anhängern der staatlichen Ordnung eine Solidarität der Notwehr auf, welche die Demagogie der Redner und der Presse nicht gewachsen sein wird.

Der Zweck des Deutschen Reiches ist der Rechtsschutz; die parlamentarische Tätigkeit ist bei Stiftung des bestehenden Bundes der Fürsten und Städte als ein Mittel zur Erreichung des Bundeszweckes, aber nicht als Selbstzweck aufgefaßt worden. ...<<

Der Abgeordnete August Bebel erklärt während seiner Reichstagsrede am 17. September 1878 zu den umstrittenen "Sozialistengesetzen" (x239/156): >>Wenn es nicht mehr gestattet wird, unsere eigene gesamte Literatur zu verbreiten, so werden wir selbstverständlich wissen, uns die einschlägige nicht verbotene in- und ausländische Literatur in passender Weise zugänglich zu machen. Sie mögen da machen, was Sie wollen. ...

Dabei haben wir ... die Gewißheit, daß die Neugierde schon allein bewirken wird, daß diese sogenannten staatsgefährlichen Broschüren und Schriften massenhaft gelesen werden. ...

Meine Herren ... Sie können uns gar nicht besser nützen als durch Annahme des Gesetzes, denn Tausende und aber Tausende, die heute noch keine Sozialdemokraten sind, werden es dann sicher werden. Wir sind in wenigen Jahren stärker als je zuvor. ...<<

Reichskanzler Bismarck beantwortet während seiner Reichstagsrede am 17. September 1878 eine Frage des Arbeiterführers Bebel (x259/278): >>... Ich komme zu der Frage zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgeben habe.

Es stammt dies von dem Augenblick her, wo im versammelten Reichstag der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt. ...<<

Bismarck begründet während einer Reichstagsrede vom 9. Oktober 1878 die Notwendigkeit des umstrittenen "Sozialistengesetzes" (x056/269-270, x237/195): >>... Die (sozialdemokratischen Organisationen haben) den Charakter einer feindlichen Armee ... in unserer Mitte, ... die ... über den Eigentümer, den Kapitalisten, der ... etwas anlegen will, Gericht halten (möchte), um ihm das wohlverworbene Eigentum zu entziehen oder zu beschränken. ...

Solange die sozialistischen Bestrebungen diese bedrohliche (Form) haben wie jetzt, wird aus Furcht vor der weiteren Entwicklung das Vertrauen und der Glaube im Innern nicht wiederkehren, und deshalb wird die Arbeitslosigkeit auch so lange, wie die Sozialdemokratie uns bedroht, ... anhalten. ...<<

>>... Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat. ... Ich gehe mit dem, der mit den Staats- und Landesinteressen nach meiner Überzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, ist mir

vollständig gleichgültig. ...<<

Am 21. Oktober 1878 wird das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (sogenanntes "Sozialistengesetz") erlassen (x263/154-155):

>>§ 1 Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. ...

§ 11 Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in ... gefährdende Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. ...<<

Der sozialdemokratische Führer August Bebel berichtet später über die Folgen des Sozialistengesetzes (x056/270): >>Sobald das Gesetz verkündet und in Kraft getreten war, fielen die Schläge hageldicht. Binnen weniger Tage war die gesamte Parteipresse mit Ausnahme des "Offenbacher Tageblatts" und der "Fränkischen Tagespost" in Nürnberg unterdrückt.

Das gleiche Schicksal teilte die Gewerkschaftspresse mit Ausnahme des Organs des Buchdruckerverbandes, des "Korrespondenten". ... Ebenso verfielen der Auflösung die zahlreichen lokalen sozialdemokratischen Arbeitervereine, nicht minder die Bildungs-, Gesangs- und Turnvereine, an deren Spitze Sozialdemokraten standen.

Da die gleichen Maßnahmen wie in Berlin und Leipzig fast überall gegen uns getroffen wurden, hatten wir im Lauf von wenigen Monaten für Hunderte von Existenzen und deren Familien zu sorgen. ...

Die Unterbringung der Ausgewiesenen in eine Arbeitsstellung wurde uns sehr schwer gemacht. Die wirtschaftliche Krise befand sich noch auf voller Höhe. ... War es einem Ausgewiesenen geglückt, eine Stelle zu erhalten, flugs erschien die Polizei und denunzierte den armen Teufel seinem Arbeitgeber, der ... den eben erst angenommenen Arbeiter entließ. Der mußte jetzt ... aufs neue ... zum Wanderstab greifen. Für Männer in fortgeschrittenen Jahren ein hartes Los.

... Durch die Verfolgung aufs äußerste verbittert, zogen sie von Stadt zu Stadt, suchten überall die Parteigenossen auf, die sie mit offenen Armen aufnahmen, und übertrugen jetzt ihren Zorn und ihre Verbitterung auf ihre Gastgeber, die sie zum Zusammenschluß und zum Handeln anfeuerten. Dadurch wurde eine Menge ... geheimer Verbindungen geschaffen, die ohne Agitation der Ausgewiesenen kaum entstanden wären.<<

Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1878 über Bismarcks Einstellung zum Parlament (x176/204):

>>... Im übrigen, das sagte er wohl dreimal, sei ihm das Fraktionswesen, konservativ oder liberal, völlig gleichgültig, heute mehr denn je; er gehe seinen Weg; wer mit ihm gehe, sei sein Freund, wer wider ihn gehe, sein Feind – bis zur Vernichtung.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über den "Sozialismus" (x815/55,58-59): >>Sozialismus, nach dem in der Wissenschaft noch heute üblichsten, auch in der deutschen Gesetzgebung und im großen Publikum herrschenden Sprachgebrauch die Bezeichnung für eine bestimmte Richtung, ein bestimmtes System zur Lösung der Arbeiterfrage.

Dieser Sozialismus unterscheidet sich scharf von dem Kommunismus, obschon er mit demselben manche Grundanschauungen teilt, namentlich den Glauben an die unbedingte Lösung dieser Frage, die ausschließliche Zurückführung der für sie in Betracht kommenden Übelstände auf verkehrte menschliche Einrichtungen und die Forderung einer gänzlichen Umgestaltung des Wirtschaftsorganismus, der Rechtsordnung und des Staatswesens der Kulturvölker, nach welcher unter Beseitigung der individuellen wirtschaftlichen Freiheit die Gesamtheit die Verantwortlichkeit und Sorge für die ökonomische und soziale Lage der Einzelnen zu übernehmen habe.

Die ihm eigentümlichen, von allen anderen sozialpolitischen Richtungen verschiedenen An-

schauungen und praktischen Forderungen haben sich erst allmählich in der Geschichte des Sozialismus klarer und schärfer herausgebildet. Dieselben sind heute folgende: der Kernpunkt der sozialen Frage ist ihm die ungerechte Verteilung der Güter, und diese führt er vorzugsweise auf die Einrichtung des privaten Grundeigentums und Erbrechts und auf die freie individualistische und kapitalistische Produktionsweise mit der Trennung von Unternehmern und Lohnarbeitern, mit dem Eigentum der ersteren an den Produktionsmitteln und der Herrschaft des "ehernen Lohngesetzes" über die letzteren zurück.

Er vertritt die falsche Ansicht der älteren englischen Nationalökonomien, daß allein die Arbeit Werte erzeuge, und behauptet, daß infolge jener Ursachen die bisherige Vermögensbildung und die heutige Verteilung der neu produzierten Güter auf einer Ausbeutung der Lohnarbeiter durch Unternehmer, Grundeigentümer und Kapitalisten, mit anderen Worten der Nichtbesitzenden durch die besitzende Klasse beruhe.

Diese ungerechte Verteilung ist ihm die wesentliche Ursache des Proletariats und aller anderen Übelstände in den unteren Volksklassen. Beseitigung dieser Übelstände erwartet er nicht wie der Kommunismus von der völligen Gleichheit aller, aber doch von einer sehr starken Ausgleichung der ökonomischen und sozialen Unterschiede und von einer gesellschaftlichen Verfassung, in welcher allein die Arbeit einen Anspruch auf Einkommen und Vermögen gibt. Das Einkommen soll nur noch Arbeitsertrag sein.

Bekämpft wird deshalb das private Grundeigentum, das Erbrecht und die Kapitalrente (Kapitalzins und Kapitalgewinn). Jene beiden Rechtsinstitutionen sollen durch Gesetz, diese Einkommensart soll durch eine neue Organisation der Produktion: die sozialistisch-genossenschaftliche ("kollektivistische") Produktionsweise, abgeschafft werden.

Das Wesen dieser besteht darin, daß nur noch in genossenschaftlichen Kollektivunternehmungen in planmäßiger Regelung (Beseitigung der Lohnarbeit und soziale Organisation der Arbeit) produziert wird, in welchen das Eigentum an den Produktionsmitteln (Grundstücken und Kapitalien) Kollektiveigentum der Gesellschaft ist und der Ertrag nur an die Arbeiter und gerecht verteilt wird (Beseitigung des Einkommens aus Kapital und Grundstücken und des "ehernen Lohngesetzes").

Diese Umwandlung der bisherigen Produktionsweise in die sozialistische und die planmäßige Regelung der letzteren soll durch den Staat geschehen. ...<<

>>... In der Geschichte der sozialistischen Agitation ist die Phase des friedlichen, doktrinären Sozialismus und die des gewaltsamen, praktischen Sozialismus zu unterscheiden. ...

Neue sozialistische Systeme und Forderungen werden aufgestellt nicht mehr als wissenschaftliche Theorien, sondern als Programme praktischer Agitationsparteien.

Die Vertreter derselben wenden sich nun mit ihren Lehren direkt an die unteren Volksklassen, um sie zum Sozialismus zu bekehren und für dessen Durchführung zu gewinnen; sie werden Arbeiteragitatoren.

Ein Hauptmittel ihrer Agitation wird es, bei den unteren Klassen die Gefühle der Erbitterung und des Hasses nicht bloß gegen die bestehenden Zustände des öffentlichen Lebens, sondern auch gegen die Träger der Staatsgewalt und gegen die besitzenden Klassen zu erzeugen.

Das ökonomische sozialistische Programm wurde hiermit ein radikaleres, und da es durch den Staat verwirklicht werden sollte, wurde die Bewegung eine politische.

Da man sich sagen mußte, daß die bestehenden Staaten die sozialistischen Wünsche nicht erfüllen würden, wurde die Erlangung der Herrschaft im Staat für die Lohnarbeiterklasse in das Programm aufgenommen und das praktische Ziel. Die sozialistische Partei wurde eine sozialdemokratische.

Naturgemäß gesellten sich nun weitere politische Forderungen (betreffend die Verfassung des Staates, das Wahlrecht, das Gerichts-, Schul- und Militärwesen etc.) hinzu, und wie das ökonomische wurde auch das politische Programm, namentlich seit der Gründung der Internatio-

nalen Arbeiterassoziation, immer radikaler.

Man machte auch kein Hehl daraus, daß allein die Revolution der Sozialdemokratie zum Sieg verhelfen könne, und sprach es offen aus, daß man nicht zaudern würde, zu diesem Mittel zu greifen, wenn man nur die Möglichkeit des Gelingens sähe. Daher entstand nun eine Art der Agitation, die nur die Vorbereitung zur Revolution war. Und deshalb ist diese Partei auch die Gegnerin einer starken, mächtigen Staatsgewalt in den bestehenden Staaten, deshalb bekämpft sie vor allem das stehende Heer, deshalb ihre ausgesprochene Feindschaft gegen die Religion, nicht bloß gegen die Kirche.

Der ganze Charakter, den die Bewegung angenommen, zwang und zwingt die Staaten zu einem entschiedenen Vorgehen gegen dieselbe, wie es das Deutsche Reich in dem Gesetz vom 21. Oktober 1878 und andere Staaten in anderer Weise getan haben.

In neuester Zeit ist in der Sozialdemokratie eine noch radikalere Richtung in den Anarchisten hervorgetreten, die, ohne ein neues sozialistisches Programm aufzustellen, den sofortigen Umsturz alles Bestehenden mit allen nur möglichen Mitteln will, inzwischen aber die Beseitigung der Gegner durch Mord empfiehlt ...<<

Der "eiserne Reichskanzler" verliert später trotz des Sozialistengesetzes (Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc.) zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt, aber Bismarck kann mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Der evangelische Theologe Adolf Stoecker (1835-1909, 1874-89 Domprediger in Berlin, 1881-93 und 1898-1908 Mitglied des Reichstages) gründet im Jahre 1878 die "Christlichsoziale Partei", die sich vor allem gegen die Sozialdemokraten und das Judentum richtet (x199/-211): >>... Was mich trieb, war die Verzweiflung um mein armes Volk, daß ich in den Abgrund rollen sah, und die Liebe zu den Seelen, die ich retten wollte. ...

In Berlin ergriff mich das Bewußtsein der Notwendigkeit, daß etwas geschehen müsse, um das Volk vom Abgrund zurückzureißen. Ich fand, daß Leute, die zur Kirche hielten, mit denen ich in freundschaftlichen Beziehungen stand, dennoch mit der Sozialdemokratie stimmten, weil sie in dieser Partei die Vertretung der Arbeiterinteressen erblickten.

Da habe ich dann unter Gebet und Flehen den Entschluß gefaßt, mitten hinein in die Sozialdemokratie zu gehen, den wilden Stier bei den Hörnern zu fassen und mit demselben zu ringen. ...

Seit 15 Jahren ist das sozialistische Element der Köder, mit welchem die Arbeiter um ihren Glauben wie um ihren Patriotismus betrogen worden sind. Will man an ihre Herzen heran, so muß man die sozialen Dinge mit besprechen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1878-1886 (x804/907-910): >>(Deutschland) ... Als nun aber Rußland entgegen seinen Versprechungen durch den Frieden von San Stefano die englischen und die österreichischen Interessen im Orient auf das empfindlichste verletzte und besonders England dagegen den entschiedensten Einspruch erhob, fühlte sich Bismarck veranlaßt, die Vermittlung der streitenden Interessen zu übernehmen und zum 13. Juni 1878 den Berliner Kongreß zu berufen, welchem die auswärtigen Minister der Großmächte ... beiwohnten, und welchem Bismarck präsierte.

Es gelang, auf demselben eine gütliche Vereinbarung (im Berliner Frieden vom 13. Juli) herbeizuführen, indem Rußland wesentliche Änderungen am Vertrag von San Stefano zugab und Österreich die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina zugestanden wurde. Letzteres leistete Deutschland sofort einen Gegendienst, indem es am 11. Oktober auf den Art. 5 des Prager Friedens Verzicht leistete.

In Rußland freilich war die Entrüstung der Armee und der Panslawisten über die Zugeständnisse des Berliner Friedens um so größer ... Die Spannung zwischen Deutschland und dem östlichen Nachbar wurde 1879 immer bedenklicher; auch eine persönliche Zusammenkunft

des Kaisers Wilhelm mit dem russischen Kaiser in Alexandrowo vermochte ihre Ursachen nicht zu beseitigen, so daß Bismarck am 15. Oktober 1879, um für alle Fälle gerüstet zu sein, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich-Ungarn abschloß. ...

Nach der Erledigung des Sozialistengesetzes schritt Bismarck zur Verwirklichung der Steuer- und Wirtschaftsreform, für welche die Bildung der schutzzöllnerisch gesinnten "volkswirtschaftlichen Vereinigung" von 204 Mitgliedern des neuen Reichstages günstige Aussichten bot.

Auf Antrag Bismarcks ernannte der Bundesrat am 27. Dezember 1878 eine Tarifkommission, welche den Zolltarif nach dem Grundsatz allgemeiner Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände revidieren und durch besondere Erhöhung einiger indirekter Abgaben sowohl die Reichseinnahmen vermehren, als Landwirtschaft und Industrie schützen sollte. ... Nach heftigen, fast leidenschaftlichen Debatten wurde das Zolltarifgesetz am 12. Juli mit 217 gegen 117 Stimmen angenommen. Außerdem genehmigte der Reichstag die neue Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Die Schwenkung Bismarcks von den Nationalliberalen zum Zentrum hatte zur Folge, daß Hobrecht, Friedenthal und Falk aus dem preußischen Ministerium ausschieden und durch Konservative ersetzt wurden. Auch bei den Reichsbehörden traten Änderungen ein.

Das Reichskanzleramt wurde in ein Reichsamt des Inneren verwandelt und ein Reichsschatzamt neu errichtet. Der neue preußische Kultusminister, von Puttkamer, trat in Unterhandlungen mit der päpstlichen Kurie über die Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche und bereitete einige Milderungen der Maigesetze vor. Gleichwohl gab das Zentrum seine oppositionelle Haltung keineswegs auf.

Die Militärnovelle, welche dem Reichstag am 12. Februar 1880 vorgelegt wurde, und durch welche die Friedenspräsenzstärke für weitere sieben Jahre (1881-88) auf 427.000 Mann erhöht wurde, was eine jährliche Mehrausgabe von 17 Millionen, eine einmalige von 27 Millionen beanspruchte, wurde von den Ultramontanen bekämpft und nur mit Hilfe der Nationalliberalen am 16. April mit 186 gegen 128 Stimmen durchgesetzt.

Auch die Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zum 30. September 1884 lehnte das Zentrum mit Ausnahme von zwölf Mitgliedern ab; dieselbe wurde nur durch die Vereinigung der Nationalliberalen mit den Konservativen genehmigt.

Ebenso verweigerten die Ultramontanen der Samoavorlage ihre Zustimmung, und da der freihändlerische Teil der Nationalliberalen sich ihnen anschloß, fiel die Vorlage am 27. April, infolgedessen Bismarck weitere Kolonialprojekte vorläufig aufgab.

Der Bund des Zentrums mit den Konservativen betätigte sich nur in der Annahme eines Wuchergesetzes und einer Novelle zum Gewerbegesetz, welche die Gewerbefreiheit in manchen Punkten beschränkte. Der Reichskanzler sagte daher in einer merkwürdigen Rede am 8. Mai 1880 dem Zentrum die Freundschaft wieder auf.

Die Reichstagssession von 1881, welche am 15. Februar begann, erledigte hauptsächlich nur das Budget. Weitere Gesetzentwürfe über die Einführung von zweijährigen Etatperioden und vierjährigen Legislaturperioden über die Erhöhung der Brausteuer und eine Wehrsteuer wurden abgelehnt; nur eine Börsensteuer wurde genehmigt. Das Unfallversicherungsgesetz wurde am 15. Juni in einer Fassung angenommen, welche der Bundesrat ablehnte.

Angesichts der verworrenen Verhältnisse zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstag war es kein Wunder, wenn bei den Neuwahlen zum Reichstag am 27. Oktober 1881 die regierungsfreundlichen Mittelparteien Verluste erlitten und die Opposition, welche auf das vom Reichskanzler angekündigte Tabakmonopol als ein drohendes Gespenst hinweisen konnte, sich verstärkte.

Die Nationalliberalen, von denen sich 1880 die Freihändler als liberale Vereinigung (Sezessionisten) getrennt hatten, sanken auf 47, die Reichspartei auf 25 Mitglieder herab. Sezession-

nisten, Fortschrittler und Demokraten zählten 110, Ultramontane, Welfen, Polen und Elsässer 138 Stimmen. Der Reichskanzler konnte nun auf gar keine sichere Majorität mehr rechnen.

Um dennoch für seine Pläne die Zustimmung des Reichstages zu gewinnen, eröffnete er den neuen Reichstag am 17. November mit der Verlesung einer kaiserlichen Botschaft, welche demselben die Unterstützung der sozialen Reform durch Unfallversicherung, Krankenkassen, Alters- und Invalidenversorgung dringend ans Herz legte und zur Beschaffung der nötigen Mittel die Einführung des Tabakmonopols anempfahl.

In seiner ersten ordentlichen Session erledigte der Reichstag indes nur das Budget und genehmigte den Vertrag über den Zollanschluß Hamburgs. ... Die Frage des Tabakmonopols wurde erst in der außerordentlichen Session im Frühjahr 1882 verhandelt.

Die Abneigung gegen dasselbe war aber so allgemein und so stark, daß, obwohl die Reichsregierung den Ertrag desselben auf 165 Millionen (118 Millionen mehr, als die Tabaksteuer einbrachte) angab, selbst im Bundesrat 22 Stimmen gegen dasselbe waren, mehrere Landtage sich dagegen erklärten und sogar der von der preußischen Regierung berufene Volkswirtschaftsrat es ablehnte. Im Reichstag trat keine Partei geschlossen für dasselbe ein, und es wurde am 14. Juni mit der erdrückenden Majorität von 276 gegen 43 Stimmen verworfen.

Das Unfallversicherungs- und Krankenkassengesetz blieben in den Kommissionen unerledigt, und deren Arbeiten rückten auch in der Session von 1883 nicht vorwärts.

Eine kaiserliche Botschaft vom 14. April 1883 mahnte den Reichstag zur baldigsten Beschlußfassung über die beiden dringend notwendigen Gesetze, und um dieselbe wenigstens für die nächste Session sicher zu ermöglichen, wurde der Reichstag aufgefordert, schon jetzt den Etat für 1884/85 ... zu beraten. Diesen Wunsch erfüllte der Reichstag und brachte auch das Krankenkassengesetz zum Abschluß. Über die Grundsätze der Unfallversicherung konnten die Parteien sich aber 1883 noch nicht einigen. Erst in der Frühjahrsession 1884 wurde das Unfallversicherungsgesetz zustande gebracht, ebenso ein neues Aktiengesetz.

Beides gelang, weil das Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen dafür stimmte. Dagegen schien die Verlängerung des Sozialistengesetzes keine Aussicht auf Genehmigung zu haben, weil außer dem Zentrum und seinen Trabanten, den Polen, Elsässern und Welfen, auch die neue deutschfreisinnige Partei (104 Mitglieder) sich gegen alle Ausnahme Gesetze erklärt hatte.

Diese Partei war aus der Fusion der Sezessionisten mit der Fortschrittspartei (5. März 1884) hervorgegangen und hatte sich die Bildung einer großen liberalen Partei zum Ziel gesetzt; doch hatte von Anfang an die einseitig oppositionelle Richtung Eugen Richters das Übergewicht, und frühere Nationalliberale, wie Bamberger und Rickert, bekämpften die Regierung mit besonderer Schärfe.

Die Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde zwar doch bewilligt, weil ein Teil des Zentrums und der Deutschfreisinnigen aus Furcht vor einer Auflösung des Reichstages dafür stimmte. Beide Parteien hielten sich aber dann schadlos, indem sie die Annahme der Dampfervorlage in dieser Session vereitelten.

Der Reichskanzler glaubte nämlich 1884 den Zeitpunkt gekommen, um eine neue Bahn deutscher Machtentwicklung zu betreten. Das deutsch-österreichische Bündnis vom 15. Oktober 1879, 1883 erneuert, hatte sich als ein Hort der Interessen beider Mächte wie des europäischen Friedens bewährt. Italien und Rumänien hatten sich ihm angeschlossen, und auch Rußland hatte sich den beiden Kaisermächten wieder genähert.

Im September 1884 fand eine zweite Dreikaiserzusammenkunft ... statt, welche die Wiederherstellung der alten Allianz der Welt offen kundtat. Ja, trotz mancher Ausschreitungen der französischen Revanchepartei hatte sich auch Frankreich Deutschland genähert, da ihm wegen seiner kolonialen Unternehmungen die Aufrechthaltung des Friedens in Europa erwünscht war und es für seine Interessen in Ägypten in Deutschland eine Stütze fand.

England dagegen hatte sich unter Gladstones Ministerium durch seine Politik in Ägypten die Mächte entfremdet und sich so isoliert, daß Bismarck von da keinen wirksamen Widerspruch gegen seine Kolonialpläne befürchten zu müssen glaubte.

Wie er durch den neuen Zolltarif die Landwirtschaft und die Industrie in Deutschland geschützt und gefördert hatte, so wollte er auch die überseeischen Unternehmungen deutscher Kaufleute unter den Schutz des Reiches stellen und ihnen hierdurch eine selbständige Entwicklung ermöglichen. Eine erobernde Kolonialpolitik des Reiches selbst lag ihm durchaus fern, wie er am 26. Juni im Reichstag erklärte.

Den ersten Anlaß, eine überseeische Ansiedelung unter den Schutz der deutschen Reichsflagge zu stellen, bot die Handelsniederlassung des Bremer Hauses Lüderitz in Angra Pequena (Südwestafrika). Außerdem aber beabsichtigte der Reichskanzler, durch Subvention von Schnelldampferlinien den deutschen Handel in Asien und Australien zu begünstigen.

Die Vorlage hierüber wurde aber von den deutschfreisinnigen Freihändlern heftig bekämpft und in eine Kommission verwiesen, welche sie vor Schluß der Session nicht mehr erledigen konnte.

Im Oktober 1884 fanden die Neuwahlen für den Reichstag statt, bei welchen die Deutschfreisinnigen eine schwere Niederlage erlitten, weil ihr Verhalten gegen den Reichskanzler und seine neuen Pläne in weiten Kreisen mißbilligt wurde. Sie retteten beim ersten Wahlgang nur ein Drittel ihrer bisherigen Abgeordnetenzahl und stiegen erst bei den Stichwahlen durch die Hilfe der Ultramontanen und Sozialdemokraten, denen sie gegen die Nationalliberalen anderswo Gegendienste leisteten, auf 63 Stimmen.

Die Sozialdemokraten wuchsen von 10 auf 24, Zentrum, Polen und Elsässer behielten ihre Mitgliederzahl, so daß die Oppositionsparteien, die Demokraten eingeschlossen, 234 Stimmen zählten. Wenn ihre Zahl auch um etwa 30 verringert war, so hatten die der Regierung freundlichen Parteien (Deutschkonservative, Reichspartei und Nationalliberale) doch nur 160 Stimmen, also bei weitem nicht die Majorität.

Namentlich war es den Nationalliberalen trotz ihrer Reorganisation auf dem Heidelberger Parteitag (23. März 1884) nicht gelungen, mehr als 53 Mandate zu erringen, da sie überall auf die Koalition der Ultramontanen, Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten stießen.

Die oppositionelle Mehrheit ließ den Reichskanzler in der ersten Session des neuen Reichstages, welche am 20. November eröffnet wurde, ihre Macht sofort empfinden, indem sie am 15. Dezember 20.000 Mark für einen neuen Direktor im Auswärtigen Amt trotz Bismarcks persönlicher Befürwortung ablehnte.

Indes über diesen Beschluß erhob sich ein solcher Sturm der Entrüstung, daß die Deutschfreisinnigen und Ultramontanen, um einer Reichstagsauflösung vorzubeugen, ihre schroff negative Haltung nicht fortzusetzen wagten.

Dazu kam, daß der Reichskanzler, durch eine Kur ... gekräftigt, wiederholt mit seiner wirksamsten Beredsamkeit eintrat und durch die Veröffentlichung der "Weißbücher" bewies, daß er auch die Kolonialpolitik mit derselben Meisterschaft leitete wie die europäische, wie denn der Zusammentritt der Kongokonferenz in Berlin zeigte, daß Deutschlands Einfluß auch in den überseeischen Angelegenheiten von den Mächten anerkannt wurde.

England hatte seinen Versuch, den deutschen Ansiedelungen an der Westküste Afrikas entgegenzutreten, aufgeben müssen. Außer dem Küstenstrich vom Kap Frio bis zum Oranje wurden hier noch Kamerun und Togoland an der Guineaküste von Deutschland in Besitz genommen; in Kamerun kam es im Dezember 1884 zu einem blutigen Zusammenstoß deutscher Kriegsschiffe mit den von Engländern aufgehetzten Negern.

Die Mittel für die Verwaltungseinrichtungen in den afrikanischen Kolonien wurden vom Reichstag 1885 bewilligt, ebenso mit Streichung der westafrikanischen Linie das Dampferunterstützungsgesetz, der neue Direktorposten und einige neue Konsulate. Ein neuer Zolltarif,

welcher die industriellen und besonders die landwirtschaftlichen Zölle erheblich erhöhte, gelangte durch die Hilfe des Zentrums zur Annahme. Auch wurden ein Börsensteuergesetz und der Zollanschluß Bremens genehmigt, so daß trotz der ungünstigen Parteiverhältnisse die Reichsregierung mit den Ergebnissen der am 15. Mai 1885 geschlossenen Session zufrieden sein konnte.

Sie fühlte sich hierdurch ermutigt, auf der Bahn der Kolonialpolitik fortzuschreiten. Nachdem sie sich mit England über die Teilung des östlichen Neuguinea dahin verständigt hatte, daß der Norden nebst den Inselgruppen Neubritannien und Neuirland (Bismarck-Archipel) an Deutschland fallen sollte, nahm sie auch an der Ostseite Afrikas die Erwerbungen einer deutschen ostafrikanischen Gesellschaft in Usagara unter ihren Schutz und erlangte nicht nur die Zustimmung des Sultans von Sansibar zu diesen Erwerbungen, sondern schloß auch mit demselben einen neuen Handelsvertrag ab.

Als im August 1885 zum Schutz der deutschen Niederlassungen auf den Karolinen daselbst die deutsche Flagge gehißt wurde, reizte dies die Spanier, welche die Inselgruppe ... (zu) Unrecht als ihr Eigentum ansahen, zu einigen Exzessen gegen die deutsche Gesandtschaft in Madrid und zu einem Protest gegen die deutsche Okkupation. Bismarck rief die Vermittlung des Papstes Leo XIII. an, und dieser schlichtete den Streit dahin, daß das moralische Anrecht der Spanier anerkannt, Deutschland aber völlige Handelsfreiheit und die Befugnis, Stationen anzulegen, zugesprochen wurden.

Statt der Karolinen nahm Deutschland 1886 darauf die Marshallinseln in Besitz. Über die Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen wurden mit England und Frankreich Verträge abgeschlossen.

Die neue Session des Reichstages wurde am 19. November 1885 ... mit der Verlesung einer kaiserlichen Thronrede eröffnet. Gleich zu Anfang der Beratungen kam es aus Anlaß der unberechtigten Beschwerden der Ultramontanen über die Nichtzulassung französischer Jesuiten in den deutschen Kolonien zu einem heftigen Zusammenstoß des Fürsten Bismarck mit den Führern des Zentrums.

Die letzteren rächten sich für die entschiedene Absage die ihnen von seiten des Reichskanzlers zuteil wurde, dadurch, daß sie sich mit den Deutschfreisinnigen, Sozialisten, Welfen, Elsässern und Polen zu einem Angriff auf die gegen die polnische Einwanderung in den östlichen Provinzen Preußens ergriffenen Maßregeln vereinigten.

Die zuerst in der Polenfrage eingebrachte Interpellation (Anfrage im Parlament an die Regierung) wurde am 1. Dezember durch eine kaiserliche Botschaft als ein Eingriff in innere Angelegenheiten Preußens zurückgewiesen.

Darauf beschloß die oppositionelle Mehrheit im Januar 1886 nach dreitägigen Debatten ein Tadelsvotum über die Ausweisungen, dessen Wirkung indes durch die darauf folgenden Erklärungen und Beschlüsse im preußischen Landtag erheblich abgeschwächt wurde. Der Reichshaushaltsetat wurde mit einigen Abstrichen im Militär- und Marineetat genehmigt. Ebenso wurden die Mittel für die Anlegung eines Nord-Ostseekanals bewilligt.

Andere Vorschläge der Reichsregierung über die Rechtspflege in den überseeischen Gebieten, über eine Reform der Zuckersteuer, über die Ausdehnung der Unfallversicherung etc. wurden an Ausschüsse verwiesen.

Dasselbe geschah auch mit dem Gesetzentwurf über die Einführung eines Branntweinmonopols, den der Bundesrat auf Antrag Preußens genehmigt hatte, der aber im Reichstag schon bei der ersten Lesung am 4. März fast von allen Parteien so entschieden bekämpft wurde, daß die Ablehnung desselben wahrscheinlich war, wenn auch die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer höheren Branntweinbesteuerung von den meisten anerkannt wurde. ...<<

Rußland, Osmanisches Reich, Europa: Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegen und große Teile des Osmanischen Reiches besetzen sowie die übr-

gen Balkanstaaten bedrohen, schalten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollen den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestieren und drohen Rußland mit Krieg.

Bismarck hält sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<

Reichskanzler Bismarck versucht beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen kann schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.

Obleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelt, fühlt sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis ist nach dem Berliner Kongreß jedenfalls empfindlich gestört und es entwickelt sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.

Der türkische Staat wird zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken müssen große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosphorus" wird anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen ist niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges (1877/78) im Balkan vorzudringen, endet für Rußland enttäuschend. Rußland erhält lediglich Bessarabien und Teile Armeniens (Rumänien bekommt zum Ausgleich die Dobrudscha). Die russische Expansionspolitik richtet sich danach verstärkt gegen Asien (Persien und Afghanistan) und gegen den Fernen Osten (China und Japan). Rußland gibt seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlt sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.

Österreich-Ungarn übernimmt nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekommen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselt die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führt schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.

Großbritannien erhält Zypern.

Serbien (ab 1459 türkische Provinz, Königreich ab 1882) und Montenegro werden selbständig und erhalten ihre Unabhängigkeit.

Bulgarien muß Makedonien an das Osmanische Reich abtreten und verliert Ostrumelien (innere Autonomie).

Das Deutsche Reich, der sog. "ehrliche Makler", erhält nichts (außer der russischen Feindschaft).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den "Berliner Kongreß" (x802/-766): >>Berliner Kongreß, die Versammlung von Vertretern der Großmächte Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und Türkei, welche, von Österreich angeregt, auf Einladung der deutschen Reichsregierung am 13. Juni 1878 unter Vorsitz des Fürsten Bismarck in Berlin zusammentrat, um das im Frieden von San Stefano festgesetzte Ergebnis des russisch-türkischen Krieges zu prüfen und mit den Interessen Europas, besonders Englands und Österreichs, in Einklang zu bringen.

Das Ergebnis der Beratungen war der Berliner Friede vom 13. Juli 1878, der die Fürstentümer Rumänien, Serbien und Montenegro, letztere beiden erheblich vergrößert, für souverän erklärte, Bulgarien als ... (Vasallenstaat) und Ostrumelien als autonome Provinz von der Türkei abtrennte, Rußland Bessarabien und einen Teil Armeniens als neue Gebietserwerbungen zusprach, Österreich mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina beauftragte und Griechenland eine Erweiterung seiner Nordgrenze in Aussicht stellte.

Die Macht der Türkei in Europa und Asien wurde durch den Vertrag erheblich geschwächt,

aber der Einfluß Rußlands zu Gunsten Österreichs eingeschränkt. ...<<

1879

Deutsches Reich: Bayern stellt im Jahre 1879 erstmalig verbindliche Rechtschreibregeln für das Deutsche Reich auf. Die neuen preußisch-bayerischen Regeln werden 1880 durch Konrad Duden (1829-1911) veröffentlicht.

Eine rheinische Zeitung berichtet im Jahre 1879 über die Folgen des "preußischen Kulturkampfes" (x233/110): >>Was hat nun der Kulturkampf aus unserem Vaterlande gemacht? Er hat es in zwei Hälften zerrissen: "hier Reichsfreunde – hier Reichsfeinde", das ist das entsetzliche Wort, mit dem die wilde unsinnige Kirchenhetze den Frieden unseres Landes zerstört hat.

Auf der einen Seite steht der Staat mit seinem ganzen Machtapparat. Alle Nichtkatholiken, mit wenigen Ausnahmen, halten zu ihm. ...

Auf der anderen Seite stehen 8 Millionen Katholiken. ...

Was ist geschehen, daß wir plötzlich als Unterwühler der staatlichen Ordnung betrachtet werden? ... Haben wir irgendwie Revolution gemacht oder besondere Gesetzesübertretungen uns zuschulden kommen lassen?

Man kann uns nichts dergleichen nachweisen. ... Wir sind Katholiken: das ist unser Verbrechen; wir wollen Katholiken bleiben: das ist unsere mit dem Bestand des Staates unvereinbare Forderung. ...<<

Österreich-Ungarn: Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wird, schließen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft bleibt und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantiert (x090/228).

Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) fördert, wird damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlen sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort.

Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik gerät die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasten (x054/161).

1880

Deutsches Reich: In Anwesenheit Kaiser Wilhelms I. wird am 15. Oktober 1880 der Kölner Dom fertiggestellt (632 Jahre nach der Grundsteinlegung).

Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1880 Güter im Wert von 6,0 Milliarden Goldmark und belegt damit den vierten Platz hinter den führenden Exportnationen Großbritannien, Frankreich und USA (x256/1).

Eine Fürsorgerin berichtet über das schwere Leben von alleinerziehenden Müttern um 1880 (x176/210): >>So kam ich einmal zu einer armen Witwe, die sich und ihre 4 Kinder mit Wäschenähen zu ernähren bemühte und um Unterstützung nachgesucht hatte. Durch einen engen dunklen Hof mußte ich gehen, in dessen dumpfer Kellerluft eine Schar blasser, kleiner Buben und Mädchen sich herumtrieb. ...

(In der Wohnung) stellte ich die Frage: "Wie alt sind Sie?" – "Sechszwanzig".

Erschrocken sah ich auf: dies gelbe, faltige Gesicht, der krumme Rücken, die dünnen Haare, der erloschene Blick - sechszwanzig Jahre! Ich sah plötzlich meine Tante vor mir, die vierzigjährige – und ein dumpfer Zorn bemächtigte sich meiner.

"Wie lange arbeiten sie am Tage?" – "Ich stehe halt um fünf auf und lege mich um 12 nieder! – Und das alles nur, um das elende Leben am nächsten Tag weiter zu fristen!

"Was verdienen sie in der Woche?" Sechs Mark, wenn es arg gut geht acht Mark. In der stillen Zeit gibt es oft keine drei oder vier Mark". ...<<

Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1880 über die Schulen in einer deutschen Kleinstadt (x056/-260): >>Das Gymnasium war ein Gebäude aus festem Werkstein. ... Die erste Bürgerschule hatte ... hatte gerade ein neues prächtiges Gehäuse bekommen, das ... inmitten der Bürgerhäuser wie ein Palast aussah.

Unsere Schule (die sogenannte zweite Bürgerschule der armen Leute) ... war in einigen kleinen Fachwerkhäusern untergebracht, die in verschiedenen Straßen lagen. ...

Die Gymnasiasten verkörperten die Aristokratie und das große Bürgertum, wir Jungen der zweiten Bürgerschule das Proletariat, und zwischen uns beiden stand die Jugend der ersten Bürgerschule, die dem Mittelstand und dem Kleinbürgertum angehörte.<<

Ein ehemaliger Schüler einer zweiklassigen Volksschule in Ostfriesland berichtet über seine Schulzeit um 1880 (x261/163-164): >>(Im Religionsunterricht) wurde viel auswendig gelernt, oft recht mechanisch. Eines der größeren Mädchen las z.B. aus dem Gesangbuch eine Zeile des betreffenden Liedes laut vor, die ganze Klasse sprach im Chor nach. War ein Gesangvers zu Ende, fing man von vorne an. ...

Der Deutschunterricht war im wesentlichen auf Schreib- und Leseübungen beschränkt. Das Schönschreiben ins Schreibheft nahm einen recht weiten Raum ein. Der Unterricht war aber nicht Klassen- oder Abteilungsunterricht, sondern jeder übte für sich. ...

Dem Leseunterricht lag ein umfangreiches Lesebuch zu Grunde, das ... deutlich die Spuren der Einwirkung einer neuen Zeit trug. Unter den geschichtlichen Lesestoffen fand man z.B. die Reichsgründung und Darstellungen von den letzten Kriegen. Auch Beschreibungen von Landschaften wie der Lüneburger Heide und vom Harz, von seltsamen außereuropäischen Tieren hatten einen Platz gefunden. ...

Der Leseunterricht selbst verlief in mechanischen Bahnen. Oben wurde zu lesen angefangen; nach der Reihe las jedes Kind einen Satz. Die Schwächeren zählten an den Punkten ab, was für sie herankam und bereiteten ihren Satz vor, damit sie nicht unangenehm auffielen. Las aber einmal ein Kind bei einem ganz kurzen Satz über einen Punkt hinweg, war alle Überlegung und Vorbereitung durchkreuzt worden. ...

(Im Rechenunterricht rechnete jedes Kind) für sich aus dem Rechenbuch. Die Kontrolle, ob eine Aufgabe richtig gerechnet war, ergab sich aus den beigefügten Antworten, die auf den letzten Seiten des Buches zu finden waren. ...

In dem sogenannten Sachunterricht – Geschichte, Geographie, Naturgeschichte und Naturkunde – wurde so gut wie nichts gelehrt und gelernt. Aus der Geographie erinnere ich mich, daß der Lehrer die Namen der Länder Europas mit den Hauptstädten an die Wandtafel schrieb. Dies wurde von uns abgeschrieben und auswendig gelernt. ...<<

1881

Deutsches Reich: Bismarck erklärt während einer Reichstagsrede am 2. April 1881 (x063/-423-424): >>Seit 50 Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage. Seit dem Sozialistengesetz ist immer die Mahnung an mich herangetreten von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen. ...

Meine Herren, ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassung verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß ... "das reine Manchestertum in der Politik", "jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe", "wer nicht stark genug ist, zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten", "wer da hat, dem wird gegeben", "wer nicht hat, dem wird genommen" - daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz der Schwächeren perhorreszieren (verabscheuen), ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung

der anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen. ...

Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgültig. ...

Ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht, der sollte dem Armen, Schwachen und Alten auch in einem noch weiteren Maße, als es hier gefordert ist, in dem Maße, wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächsten Jahr von Ihnen fordern zu können, das sollte ein Staat, der praktisches Christentum betreiben will, sich nicht versagen und dem armen Manne nicht.<<

Otto von Bismarck erklärt am 16. November 1881 (x056/275): >>Ich bin als Junker geboren, aber meine Politik war keine Junkerpolitik. Ich bin (Königstreuer) in erster Linie, dann ein Preuße und ein Deutscher. Ich will meinen König, das Königtum verteidigen gegen die Revolution, die offene und die schleichende, und ich will ein gesundes, starkes Deutschland herstellen und hinterlassen. Die Parteien sind mir gleichgültig. Ich bin auch nicht konservativ im Sinne der konservativen Partei. Das beweist meine ganze Vergangenheit als Minister. ... Die Schwäche unserer Einrichtungen ist bewiesen, durch die Leichtgläubigkeit der Wähler.

Es kann aber dahin kommen, daß es einmal heißt von der deutschen Verfassung, nachdem alle Versuche, mit ihr zu regieren und reformieren, fehlgeschlagen sind, ... diese Einrichtung hat sich nicht bewährt. ...<<

Im Jahre 1881 lehnt Bismarck eine expansive deutsche Kolonialpolitik noch grundsätzlich ab (x056/306): >>So lange das Reich finanziell nicht (gefestigt) ist, dürfen wir an so teure Unternehmungen nicht denken. ... Direkte Kolonien können wir nicht verwalten, nur Kompanien unterstützen. Kolonialverwaltung wäre eine Vergrößerung des parlamentarischen Exerzierplatzes.<<

Während England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal schon seit Jahrhunderten ihre zahlreichen Kolonien ausplündern (menschenverachtender Sklavenhandel etc.), erwerben deutsche Kaufleute und Afrikaforscher (wie z.B. Gustav Nachtigal, Carl Peters und Hermann von Wissmann) erst in den Jahren 1883-85 einige Kolonien in Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und in Neuguinea, die später unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt werden.

Die Industrie- und Handelskammer Darmstadt berichtet im Jahre 1881 (x233/104): >>... Zu diesen Gewohnheiten der Exporthändler (im Ausland) und dortigen Verbraucher gehört auch der ... sehr bedauerliche Gebrauch, deutsche Waren nur unter fremder Flagge beziehen zu wollen. Es geht ... so weit, daß, wollten dieselben ihre Waren als deutsche bezeichnen, sie des bei weitem größten Teils des Exportes verlustig gehen würden. ...<<

Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph, ein Meister der Sprache und scharfsinniger Deuter der Kulturkrise des späten 19. Jahrhunderts) schreibt im Jahre 1881 über die "ehemalige deutsche Bildung" (x092/619): >>... Als die Deutschen den anderen Völkern anfangen interessant zu werden – es ist nicht zu lange her -, geschah es vermöge einer Bildung, die sie jetzt nicht mehr besitzen, ja die sie mit einem blinden Eifer abgeschüttelt haben, wie als ob sie eine Krankheit gewesen sei: und doch wußten sie nichts Besseres dagegen einzutauschen als den politischen und nationalen Wahnsinn! ...

Man sehe sich heute einmal nach Schiller, Wilhelm von Humboldt, Schleiermacher, Hegel, Schelling um, man lese ihre Briefwechsel und führe sich in den großen Kreis ihrer Anhänger ein: Was ist ihnen gemeinsam, was an ihnen wirkt auf uns, wie wir jetzt sind, bald so unausstehlich, bald so rührend und bemitleidenswert? ...<<

1882

Deutsches Reich: Am 20. Mai 1882 schließen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund (Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes), dem 1883 auch Rumänien indirekt beitrifft.

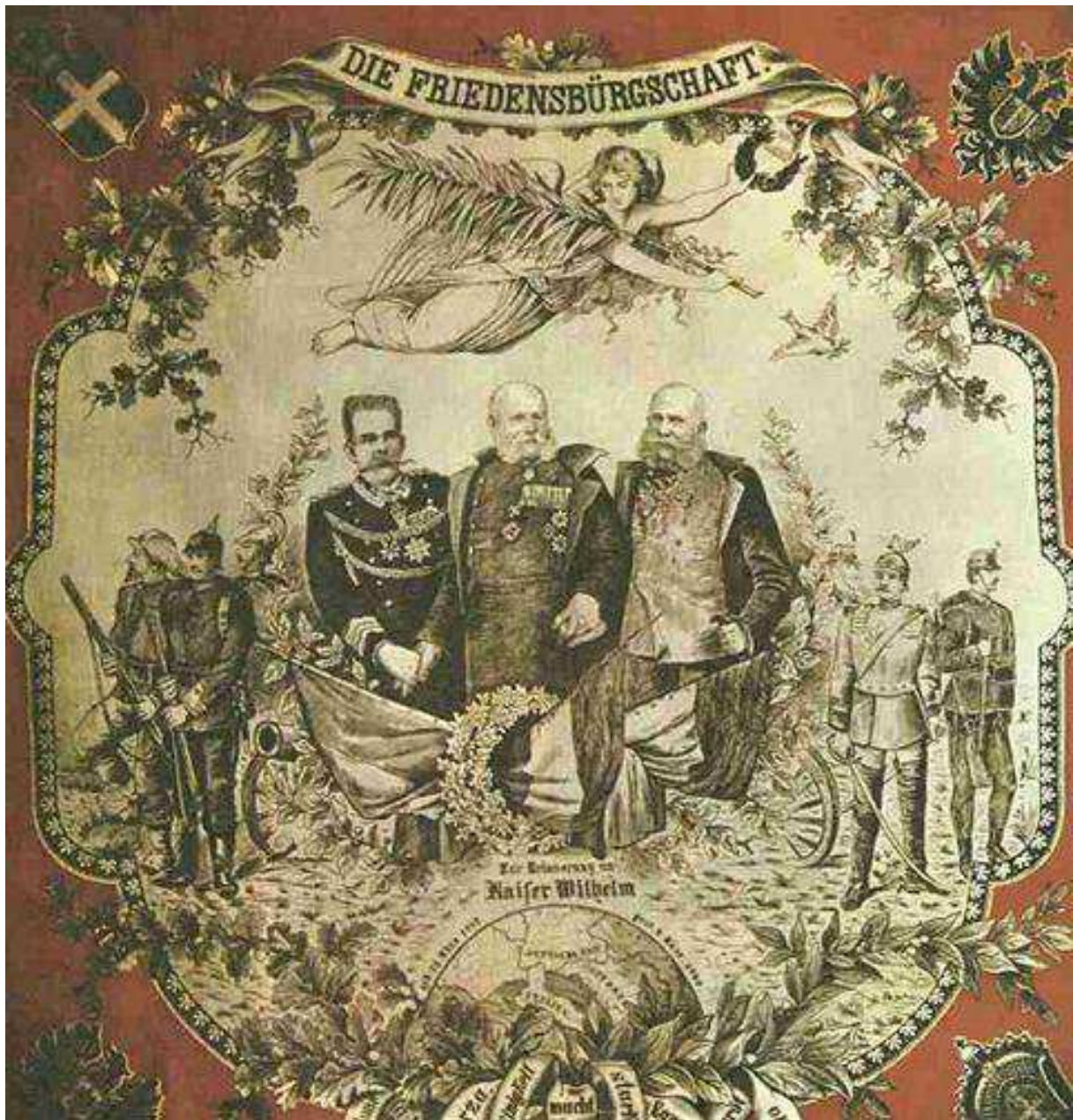


Abb. 42 (x065/324): Die "Friedensbürgerschaft" im Dreibund Italien-Deutschland-Österreich von 1882.

Der Dreibund ist ein geheimes Verteidigungsbündnis zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien. Die Bündnispartner verpflichten sich bei einem Angriff von Großmächten zur gegenseitigen Hilfe. Das Bündnis richtet sich in erster Linie gegen Frankreich und gegen Rußland. Der Dreibund verliert nach dem französisch-italienischen Neutralitätsvertrag (1902) an Bedeutung und wird 1914/15 von Italien gekündigt.

Bismarck erklärt im Jahre 1882 vor dem Reichstag (x056/306): >>... Wir (stehen) im Zentrum Europas und (sind) schon infolge unserer geographischen Lage den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt. ... Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgendein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kunst aber wäre dann vollständig gescheitert ohne die deutsche Militärorganisation ... und ohne den Respekt, den wir einflößen.<<

Bismarck berichtet am 12. Juni 1882 vor dem Reichstag über die staatliche Sozialpolitik (x239/98): >>... Den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, ... und etwas Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen.

Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiet des Sozialismus reformierend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergsche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat.

Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem andern zu geben. ...<<

Der deutsche Arzt und Bakterienforscher Robert Koch (1843-1910, Mitbegründer der Bakteriologie, erhält 1905 den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin) entdeckt im Jahre 1882 den Tuberkel-Bazillus (Erreger der Tuberkulose).

1883

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1883 die Krankenversicherung für Arbeiter (Beitragszahlung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eingeführt.

Bismarcks Sozialgesetze

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen angenommen hatte (Marxismus bzw. Sozialismus) und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen ("Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen").



Abb. 43 (x056/215): Ein sozialpolitischer Rechenschaftsbericht.

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze (Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Ren-

tenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein.") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Friedrich Nietzsche schreibt im Jahre 1883 in seinem Werk "Also sprach Zarathustra" und in seinem unvollendeten philosophischen Hauptwerk "Der Wille zur Macht" über den Staat (x092/623, x272/58): >>... Irgendwo gibt es noch Völker und Herden, doch nicht bei uns, meine Brüder, da gibt es Staaten.

Staat? Was ist das? Wohlan! Jetzt tut mir die Ohren auf, denn jetzt sage ich euch mein Wort zum Tode der Völker.

Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: "Ich, der Staat bin das Volk."

Lüge ist's! Schaffende waren es, die schufen die Völker und hängten einen Glauben und eine Liebe über sie hin: also dienten sie dem Leben.

Vernichter sind es, die stellen Fallen auf für viele und heißen sie Staat: sie hängen ein Schwert und hundert Begierden über sie hin.

Wo es noch Volk gibt, da versteht es den Staat nicht und haßt ihn als bösen Blick und Sünde an Sitten und Rechten.

Diese Zeichen gebe ich euch: jedes Volk spricht seine Zunge des Guten und Bösen: die versteht der Nachbar nicht. Seine Sprache erfand es sich in Sitten und Rechten.

Aber der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen; und was er auch redet, er lügt – und was er auch hat, gestohlen hat er's. ...<<

>>... Nr. 717: Der Wille oder die organisierte Unmoralität, - inwendig: als Polizei, Strafrecht, Stände, Handel, Familie;

auswendig: als Wille zur Macht, zum Kriege, zur Eroberung, zur Rache.

Wie wird es erreicht, daß er eine große Menge Dinge tut, zu denen, der einzelne sich nie verstehen würde? – Durch Zerteilung der Verantwortlichkeit, des Befehlens und der Ausführung. Durch Zwischenlegung der Tugenden des Gehorsams, der Pflicht, der Vaterlands- und Fürstenliebe. Durch Aufrechterhaltung des Stolzes, der Strenge, der Stärke, des Hasses, der Rache, – kurz aller typischen Züge, welche dem Herdentypus widersprechen. ...<<

Südwestafrika: Der deutsche Kaufmann Adolf Lüderitz (1834-1886) erwirbt im Jahre 1883 Kolonien in Südwestafrika (heute Namibia).

1884

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1884 die Unfallversicherung eingeführt. Bismarck erläutert während seiner Reichstagsrede vom 20. März 1884 die sozialen Probleme der Arbeiter und die Aufgaben des Staates (x237/198): >>... Der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters ist die Unsicherheit seiner Existenz; er ist nicht sicher, daß er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, daß er immer gesund ist, und er sieht voraus, daß er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird.

Verfällt er aber der Arbeit auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin nach seinen eigenen Kräften vollständig hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären Armenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat.

Die ordinäre Armenpflege läßt aber viel zu wünschen übrig. ...

Wenn wir in den Berliner Zeitungen lesen von Selbstmord aus Nahrungssorgen, von Leuten,

die direkt Hungers gestorben sind und sich aufgehängt haben, weil sie nichts zu essen gehabt haben, von Leuten, die in der Zeitung ankündigen, sie wären obdachlos hinausgeworfen und hätten kein Unterkommen, so sind das lauter Dinge, die wir vom Lande nicht kennen und nicht verstehen. ...

Für den Arbeiter ist das immer eine Tatsache, daß der Armut und der Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn feindlich und mißtrauisch gegen die Gesellschaft.

Das ist menschlich und nicht unnatürlich, und solange ihm der Staat da nicht entgegenkommt, oder solange er zu dem Entgegenkommen des Staates kein Vertrauen hat, solange ihm dies Vertrauen zur Ehrlichkeit des Staates durch die Verdächtigungen der Regierung genommen wird, da wird er, wo er es finden mag, immer wieder zum sozialistischen Wunderdoktor laufen. ...<<

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wird am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Anarchie" (x801/534):
>>Anarchie (griechisch "Herrschaftslosigkeit") bezeichnet einen Zustand der menschlichen Gesellschaft, namentlich des Staates, in welchem die zur Herrschaft berechnete Gewalt entweder ganz aufgehoben, oder in der Ausübung ihrer Machtbefugnisse teilweise oder vollständig gelähmt ist, wie dies z.B. wiederholt in Frankreich der Fall gewesen. Anarchisch, rechtlos, im Zustand der Gesetzes- und Herrschaftslosigkeit befindlich.

Anarchist, derjenige, welcher einen anarchistischen Zustand anstrebt, wie dies schon in früheren Zeiten mehrmals, in der neuesten Zeit aber durch die Nihilisten in Rußland, in der Schweiz, ferner in Österreich, Frankreich, Irland und England wie auch in Nordamerika durch Verbindungen bezweckt wird, die sich mitunter selbst den Namen Anarchisten beigelegt haben.

Viele Anhänger der Sozialdemokratie, der Internationale, des Kommunismus dürften richtiger als Anarchisten zu bezeichnen sein. Die deutsche Sozialdemokratie, welche das gesamte bürgerliche Leben durch den Staat und durch dessen Zwangsgewalt regeln will, betont jedoch den Gegensatz zwischen Anarchisten und Sozialisten mit großer Schärfe und lehnt den Zusammenhang mit den Anarchisten nachdrücklichst ab.

Wiederholte Dynamitattentate der Anarchisten ... veranlaßten den Erlaß eines Gesetzes für das Deutsche Reich vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (sogenanntes Dynamitgesetz).<<

Bismarck erklärt am 26. Juni 1884 während einer Rede im deutschen Reichstag (x239/181):
>>... Ich wiederhole, daß ich gegen ... Kolonien (bin), die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, daß ich meine frühe Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. ...

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig und zweitens ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich ... vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. ...

Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen ... zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen die Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. ...<<

Angesichts der gewaltigen Auswanderungswelle (1810-69 = 2,75 Millionen und 1870-89 = 1,90 Millionen deutsche Auswanderer) muß Bismarck seine Zurückhaltung schließlich allmählich aufgeben (x056/201). Die deutsche Kolonialpolitik wird später verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern.

Die deutschen Kolonien besitzen für das Deutsche Reich später jedoch keinen großen wirtschaftlichen Wert, denn sie sind größtenteils jahrelang nur Zuschußunternehmen. 1912 beträgt die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert 54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importiert (x074/1.006).

Der deutsche Schriftsteller Paul de Lagarde (1827-1891) schreibt im Programm für die Konservative Partei Preußens im Jahre 1884 über die Gleichberechtigung der Frauen (x056/223): >>Ältere Mädchen sind nur in ganz vereinzelt Fällen – etwa als Schwestern – imstande, jüngere Geschlechtsgenossinnen zu erziehen. Daß sie zu unterrichten stets außerstande sind, Unterricht in Handarbeit, im Lesen, Schreiben und Rechnen ... ausgenommen, versteht sich völlig von selbst. ...

Mädchen auch der höheren Stände (sollen) ... Lesen, Schreiben und etwas Heimatkunde, Stricken, Nähen und Kochen ... (lernen). Das Regelrechte ist, daß Mädchen heiraten und ihre Bildung in der Ehe gewinnen. ... Ein einziger Mann, der in seiner Pflichttreue und Begeisterung einem Mädchen bekannt wird, ... wirkt bildender als alle ... (Welt- und Literaturgeschichten, Monatshefte und Zeitschriften).<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Paul Anton de Lagarde (x051/340): >>Lagarde (bis 1854 Bötticher) Paul de, geboren in Berlin 2.11.1827, gestorben in Göttingen 22.12.1891, deutscher Orientalist und Kulturkritiker; Studium der evangelischen Theologie und der Sprachwissenschaft (Schüler u.a. von Jacob Grimm), Übertragung der textkritischen Methoden auf die biblischen Texte; zunächst Gymnasiallehrer, 1869 Professor für orientalische Sprachen in Göttingen.

Neben seiner wissenschaftlichen Bedeutung machten Lagarde kulturkritische Abhandlungen (u.a. "Deutsche Schriften", 1876-81) bekannt, in denen er sich polemisch mit den "Verfallserscheinungen" seiner Zeit auseinandersetzte: Er kritisierte die grassierende Verstaatlichung des Lebens, forderte strikte Trennung von Kirche und Staat, bekämpfte die Entsittlichung durch Industrialisierung und entfesseltes kapitalistisches Gewinnstreben, verwarf den Wertepluralismus und setzte auf eine Wiederbelebung der Nation als "ethische Macht". Dabei entwickelte er einen religiös-völkischen Antisemitismus, da die Juden als Fremdkörper die Einswerdung des deutschen Volkes verhinderten.

Hier und bei der massiven Zivilisationskritik setzte die nationalsozialistische Lagarde-Rezeption (v.a. Rosenberg) an, die in den Plänen etwa einer Aussiedlung der Juden (Madagaskarplan) eigene Ausstoßungsideen antizipiert sah. Durch diese verfälschende Uminterpretation wurden Lagardes Lehren zur Nahtstelle zwischen traditionellem und Rasseantisemitismus, er selbst zum "mächtigsten Wegbereiter der Gedanken, auf denen das nationalsozialistische Dritte Reich der Deutschen ruht" (Lagarde-Herausgeber K. A. Fischer 1934).<<

Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1884 über die Vorzüge und Nachteile des Großstadtlebens (x176/209): >>Nun hat jede Großstadt unverkennbar eine Reihe von allgemeinen Einrichtungen für das leibliche und geistige Wohl ihrer Einwohner, wie z.B. Wasserleitungen, Straßenbeleuchtung, Kanäle, Markthallen, Schlachthäuser, Schulen der verschiedensten Art, ... Krankenhäuser, Armenanstalten, Verkehrseinrichtungen etc., wie sie in kleinen Städten nicht oder doch lange nicht so vollkommen getroffen werden; ... doch gibt es eine Unmasse (von Menschen in der Stadt), die an diesen Vorteilen wenig oder gar nicht teilnehmen können, dagegen entweder in Elend und Entbehrung ein jammervolles Dasein führen, von Tag zu Tag vergeblich auf Besserung oder plötzliche Glücksfälle hoffend, oder gar in unredlicher Weise um ihre

Existenz ringend; die Großstadt tauscht dagegen das Elend, verdorbene Luft, verkommene Sitten, Unsicherheit, Krankheiten und Epidemien aller Art ein und kann den Zuzüglern doch nicht den Ersatz für den Erwerb verschaffen, den sie auf dem Lande, wenn auch in bescheidener Art gefunden hätten. ...<<

Afrika: Die deutschen Afrikaforscher und Kolonisten Carl Peters (1856-1918) sowie Gustav Nachtigal (1834-1885) erwerben im Jahre 1884 Kolonien in Ostafrika, Togo und in Kamerun für das Deutsche Reich.

1885

Deutsches Reich: In der sogenannten "Kongo-Akte" verbieten 13 europäische Staaten und die USA am 26. Februar 1885 in Berlin die Sklaverei.

In dieser "Kongo-Akte" erkennen die 14 Teilnehmerstaaten auch den neugebildeten Staat Kongo als persönlichen Besitz des belgischen Königs Leopold II. an.



Abb. 44 (x190/218): Karikatur über den belgischen König Leopold II. im Kongo: "Vom Kautschuk umschlungen".

Die "Kongo-Akte" enthält folgende Bestimmungen (x239/180): >>Art. 1: Der Handel aller Nationen soll vollständige Freiheit genießen. ...

Art. 6: Alle Mächte, welche in den gedachten Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß

ausüben, verpflichten sich, die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen und an der Unterdrückung der Sklaverei und insbesondere des Negerhandels mitzuwirken; sie werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohlthätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zweck geschaffen und organisiert sind, oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und wert zu machen. ..

Art. 13: Die Schifffahrt auf dem Kongo ... soll für die Kauffahrteischiffe aller Nationen ... vollkommen frei sein. ...

Art. 35: Die Signatarmächte der gegenwärtigen Akte anerkennen die Verpflichtung, in den von ihnen an den Küsten des afrikanischen Kontinents besetzten Gebieten das Vorhandensein einer Obrigkeit zu sichern, welche hinreicht, um erworbene Rechte und, gegebenenfalls, die Handel- und Durchgangsfreiheit unter den Bedingungen, welche für letztere vereinbart wurden, zu schützen. ...<<

Bismarck beklagt sich während einer Reichstagsrede am 28. November 1885 über den mangelhaften Nationalstolz der deutschen Auswanderer (x025/204): >>... Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen Überschuß: ich möchte sagen, wir sind in der Richtung einigermaßen blutarm; es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten und Westen sich von seiner Nationalität lossagt.<<

1886

Deutsches Reich: Der bayerische König Ludwig II. (1845-1886, seit 1864 König, läßt zahlreiche Schlösser errichten, 1886 für geisteskrank erklärt) ertrinkt im Juni 1886 im Starnberger See.

Von 1886-1913 erwirbt der preußische Staat zielstrebig polnischen Grundbesitz ("Preußisches Ansiedlungsgesetz zur Stärkung des Deutschtums von 1886") und siedelt östlich der Oder verstärkt Siedler an. Infolge der aggressiven Germanisierungspolitik müssen ab 1886 rd. 26.000 polnische "Unruhestifter" die Provinzen Posen und Westpreußen verlassen. In den deutschen Ostprovinzen arbeiten in jener Zeit ständig mehr als 800.000 osteuropäische Saisonarbeiter in der Landwirtschaft.

Während der deutschen Industrialisierung wandern über 300.000 polnische Arbeiter in das Ruhrgebiet und nach Oberschlesien, um sich dort niederzulassen.

1887

Deutsches Reich: Wegen der schwierigen "Balkanprobleme" vereinbaren das Deutsche Reich und Rußland im Jahre 1887 einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der aber 1890 (nach Bismarcks Entlassung) nicht mehr erneuert wird.

Otto Fürst von Bismarck erklärt am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...

Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnis, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<

>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser

Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet damals über die Merkmale der Deutschen (x825/96-98): >>(Deutsches Volk) ... Merkmale des deutschen Volkes und der deutschen Stämme.

Durchgehende körperliche Merkmale des deutschen Volkes gibt es nicht, sondern nur solche der Germanen überhaupt.

Der Norddeutsche ist im allgemeinen größer und kräftiger gebaut als der Mittel- und Süddeutsche. Der blonde Typus überwiegt in Norddeutschland, der Kurzschädel in Süddeutschland. Diese und andere Unterschiede beruhen in erster Reihe auf der Mischung der eingewanderten Deutschen mit der eingewanderten vordeutschen Bevölkerung. ...

Das Deutsche Reich ist ein Nationalstaat, wenn auch unter seinen Staatsangehörigen über 7 Prozent Nichtdeutsche sind, nämlich Polen, Sorben (Wenden), Tschechen, Litauer, Franzosen, Dänen. Auch Friesen und Nordfriesen sprechen nicht die deutsche Sprache als Muttersprache. Die Friesen und Nordfriesen, die Sorben und die Litauer sind meist zweisprachig und fühlen sich bereits oder sind im Begriff sich als Deutsche zu fühlen.

Auch unter den Polen und Tschechen ist ein großer Teil der deutschen Sprache mächtig. Im Deutschtum ist bereits ein großer Teil der über 600.000 Juden aufgegangen. Die Juden sind am stärksten in Posen, in Hessen, Baden und im Elsaß verbreitet. Die Nordfriesen bewohnen das Marschland der schleswigschen Westküste, die Halligen und die Inseln Sylt, Föhr, Amrum und Helgoland.

Die Nordfriesen von Eiderstedt, Nordstrand und Pellworm haben seit dem 17. Jahrhundert die deutsche Sprache angenommen. Das gleiche gilt ... (für die) Ostfriesen; nur noch 2.500 Saterländer bewahren ihre alte Sprache; auf Wangerooge ist dieselbe im Aussterben begriffen. Erst im 19. Jahrhundert lernten die Friesen sich als Deutsche zu fühlen. Noch 1828 konnte ein Emdener Dichter in plattdeutscher Sprache singen: "De dütsche Taal is wall wat finer, Dach Düütschers sünd wi naet".

Das dänische Sprachgebiet reichte früher südwärts bis Schleswig. Im 19. Jahrhundert ist die Landschaft Angeln (zwischen Schleswig und Flensburg) deutsch geworden und die Sprachgrenze beginnt jetzt westlich und nördlich von Flensburg. Das Deutschtum macht in Nordschleswig neuerdings rasche Fortschritte.

Französisch wird in 265 Gemeinden an der Südwestgrenze Deutsch-Lothringens gesprochen, nordwestlich von Metz bis gegen Saarburg hin, desgleichen in über 150 Gemeinden in den Vogesen nördlich und südlich von Markirch. Wallonische Mundart sprechen an der Westgrenze der Rheinprovinz Einwohner von Malmedy und Umgegend.

Von den Sorben der Lausitz, deren Sprachgebiet im 16. Jahrhundert noch westlich bis Ortland, Luckau und Buchholz, nördlich bis Storkow, Beeskow und Fürstenberg, östlich bis Guben, Triebel und Priebus reichte, ist ein großer Teil deutsch geworden.

Gute Preußen sind auch die wenigen Litauer an der Memel, die wie ihre südlichen Stammesgenossen (in den Kreisen Stallupönen, Goldap, Gumbinnen, Darkehmen und Insterburg) es getan haben, die deutsche Sprache immer mehr anzunehmen.

Dagegen beherbergt das Deutsche Reich in den Polen noch immer ein Element, das sich seines Volkstums kräftig bewußt ist. Das polnische Nationalbewußtsein ist eher in der Zunahme als in der Abnahme begriffen. Zwar sind die protestantischen Masuren am Südrand Ostpreußens im Begriff Deutsche zu werden, und auch die katholischen Kaschuben Westpreußens können sich diesem Prozeß schließlich nicht entziehen.

Aber in der Provinz Posen ist das Polentum noch sehr kräftig. Seine Kraft wird verstärkt durch den religiösen Gegensatz: die Polen sind katholisch und in Posen und Westpreußen deckt sich nahezu katholisch mit polnischer, protestantisch mit deutscher Sprache und Gesin-

nung. Hier die Polen zu germanisieren ist zur Zeit keine Aussicht vorhanden.

Seit der in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts beginnenden deutschen Kolonisation östlich der Elbe und Saale haben die dort einheimischen Slawen (Wenden) allmählich die deutsche Kultur und Sprache, Sitte und Anschauung, Denkweise und Empfindung angenommen, das dortige Deutschtum ist also nicht frei von slawischer Beimischung.

Weniger bekannt aber dürfte es sein, daß auch die Deutschen der Stammlande keine reine germanische Rasse sind; verhältnismäßig am unvermischtesten sind die Deutschen in der Provinz Hannover. Ganz Süd- und Westdeutschland bewohnten in vorchristlicher Zeit keltische Stämme und ihre romanisierten Reste lassen sich noch das ganze erste Jahrtausend n. Chr. in den Rheinlanden und nördlich der Alpen verfolgen.

Diese Kelten und Keltoromanen sind zwar den Deutschen gegenüber in der Minderzahl gewesen (sonst wären sie nicht germanisiert worden), haben aber doch den deutschen Typus stärker beeinflußt als im Osten die den Deutschen anthropologisch näher stehenden Slawen.

Die alemannischen und fränkischen Gräber aus der Zeit der Völkerwanderung zeigen alle den langköpfigen Schädel der germanischen Rasse. Später aber hat die Mischung mit den kurzschädelligen Kelten bewirkt, daß in Süddeutschland, zumal im südlichen Bayern und Tirol, die Bevölkerung zum weitaus größten Teile kurzköpfig ist.

Die Kurzköpfe überwiegen jetzt in ganz Deutschland. Selbst in Norddeutschland ist ein mittelköpfiger, freilich zur Langköpfigkeit neigender Typus der vorherrschende. In Tirol kommen auf 90 Kurzköpfe 10 Mittelköpfe und kein Langkopf, in Mitteldeutschland auf 66 Kurzköpfe und 22 Mittelköpfe nur 12 Langköpfe. Vergleicht man die anthropologisch reineren Dänen, so weisen diese neben 57 Langköpfen und 37 Mittelköpfen nur 6 Kurzköpfe unter 100 Schädeln auf.

Nicht ganz in demselben Maße zeigt sich der anthropologische Schlag der germanisierten südländischen Rasse bei der Haarfarbe. Der Urgermane war blond. Heute zählt man in Norddeutschland 33-43 Prozent Blonde und 7-12 Prozent Brünette, in Mitteldeutschland 25-32 Prozent Blonde und 13-18 Prozent Brünette, in Süddeutschland 18 ½-24 ½ Prozent Blonde und 19-25 Prozent Brünette, in der Schweiz gar nur 11 Prozent Blonde und 25 ¾ Prozent Brünette. Zu blondem Haar gehören blaue Augen, zu braunem Haar dunkle Augen.

Ob alle diese Veränderungen auf Mischung zweier Rassen zurückzuführen sind, ist fraglich, um so mehr, als die Urgermanen selbst aller Wahrscheinlichkeit nach keine völlig reine Rasse gewesen sind. Aber unter Umständen vermag der Ethnologe neben den Mischtypen noch jetzt den keltischen Typus herauszuerkennen.

Es ist schwerlich ein Zufall, daß gerade in den Gegenden, in denen man eine stärkere keltische Urbevölkerung nachweisen kann, der dunkle und kurzköpfige Typus entschieden vorherrscht. Wie man in Mecklenburg noch den blonden Deutschen von dem dunkeln, deutsch gewordenen Slawen scheidet, so findet man auch z.B. in Hessen oder in Schwaben strichweise in ganzen Dörfern fast nur dunkle Haare und dicht daneben wieder Gegenden mit lauter Flachsköpfen.

Es ist keine Frage, daß die Kelten und Keltoromanen im Westen und Süden, die Slawen im Osten nicht nur äußerlich den deutschen Typus, sondern auch die Individualität der einzelnen deutschen Stämme beeinflußt haben. Die Mischung der Deutschen mit anderen Völkern hat außerhalb des jetzigen deutschen Sprachgebietes größtenteils eine Entdeutschung auch der Sprache, des Geisteslebens, der Kultur zur Folge gehabt.

Schon im 1. Jahrhundert n. Chr. sind zahlreiche germanische Stämme am Rhein romanisiert worden. Als die Germanen die Erben der römischen Weltherrschaft wurden, beugten sie sich vor der weit überlegenen Macht der Bildung der Alten Welt und wurden, wo sie nicht in geschlossener Masse beisammen saßen, romanisiert. So sind die im nördlichen Frankreich sporadisch angesiedelten Franken Franzosen geworden, die Langobarden Italiener.

Kleinere Verluste haben in neuester Zeit die deutschen Sprachinseln östlich vom geschlossenen Sprachgebiete zu verzeichnen. Die größte, nach vielen Millionen zählende Einbuße hat das Deutschtum in Amerika erlitten. Schon die Kinder der meisten deutschen Einwanderer haben die englische Sprache angenommen. ...<<

1888

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm I. stirbt am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Bismarck berichtet später über die Fieberphantasien des sterbenden Monarchen (x063/449):

>>... Mit dem russischen Kaiser mußt du (gemeint ist sein Sohn Friedrich III.) immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig ...<<

Im Testament des deutschen Kaisers Wilhelm I. heißt es zum Schluß (x092/611): >>... Die Menschen haben meine Fehler und Schwächen übersehen wollen, aber der, welcher sie kennt, wolle mir dereinst ein barmherziger Richter sein, wo ich die Lehren und Weisungen des eingeborenen Sohnes des himmlischen Vaters mißachtete.

Herr, dein Wille geschehe, im Himmel, also auch auf Erden.<<

Friedrich III. (1831-1888, nimmt an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil, bereitet sich danach gründlich auf die Regierungsübernahme vor) wird Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I. Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit (Kehlkopfkrebs) stirbt, übernimmt Wilhelm II. (1859-1941, ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm I.) den Kaiserthron.

Danach sind die Tage des "eisernen Reichskanzlers" gezählt, denn Kaiser Wilhelm II. ist zwar ein gebildeter Mann (Studium der Rechts- und Staatswissenschaften), aber der 29jährige Kaiser ist damals noch ein unerfahrener und arroganter Herrscher.

Kaiser Wilhelm II. eröffnet am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (x980/...): >>Geehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. ...

Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen,

was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über den deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x816/636): >>Wilhelm II. Friedrich Viktor Albert, deutscher Kaiser und König von Preußen, geboren am 27. Januar 1859 zu Berlin, ältester Sohn des damaligen Prinzen Friedrich Wilhelm und der Prinzessin Viktoria von Großbritannien, erhielt im Hause seiner Eltern eine sorgfältige Erziehung, wurde am 27. Januar 1869 Leutnant im 1. Garderegiment und besuchte nach seiner Konfirmation (1. September 1874) das Gymnasium in Kassel, wo er am 20. Januar 1877 das Abiturientenexamen machte.

Hierauf lernte er den praktischen Militärdienst beim 1. Garderegiment in Potsdam, studierte 1877-79 in Bonn Staats- und Rechtswissenschaften und übernahm dann als Hauptmann die Führung einer Kompanie des 1. Garderegiments. 1882 wurde er als Major zum Gardehusarenregiment versetzt und wurde bald Oberst und Kommandeur desselben. Gleichzeitig lernte er unter der Leitung des Oberpräsidenten Achenbach den Verwaltungsdienst bei der Potsdamer Regierung kennen.

Der Prinz zeigte für alles großen Eifer und lebhaften Anteil und war trotz einer Schwäche im linken Arm, die durch eine Verletzung des Nervs bei seiner Geburt verursacht wurde, ein trefflicher Reiter und Jäger. 1888 zum Generalmajor und Kommandeur der 1. Gardeinfanteriebrigade befördert, wurde er durch den Tod seines Großvaters Wilhelm I., der ihm besonderes Vertrauen schenkte, und den er als sein Vorbild verehrte, am 9. März 1888 Kronprinz und nach dem frühen Hinscheiden seines Vaters am 15. Juni 1888 deutscher Kaiser und König von Preußen.

Er ergriff das Zepter mit kräftiger Hand, eröffnete den deutschen Reichstag am 25. Juni inmitten aller deutschen Fürsten mit einer schwungvollen Ansprache, in der er seine Friedensliebe betonte, und versprach bei der Eidesleistung im preußischen Landtag am 27. Juni, gleich Friedrich II. der erste Diener des Staates zu sein.

Indem er die von Bismarck bisher angeratene Politik zu der seinigen machte und durch Pflege des Bündnisses mit Österreich und Italien den Frieden zu sichern bemüht war, suchte er das Vertrauen der Mächte zu seiner Politik durch Besuche bei den bedeutendsten Höfen Europas zu befestigen. Zuerst besuchte er 1888 mit einer Kriegsflotte die Höfe von Petersburg, Stockholm und Kopenhagen, dann die süddeutschen Höfe, den Kaiser Franz Joseph und den König von Italien, wo er mit Enthusiasmus in Rom und Neapel aufgenommen wurde, 1889 nach einer Nordlandsreise England, Griechenland, dessen Kronprinz sich im Oktober 1889 mit seiner Schwester Sophie vermählte, und Konstantinopel.

Seinen festen Entschluß, das Gebiet des Deutschen Reiches unvermindert zu behaupten, sprach er mit Nachdruck aus und war eifrig bestrebt, Heer und Flotte in bestem Stand zu erhalten.

Wilhelm II. ist seit 27. Februar 1881 vermählt mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Schleswig-Holstein (geboren am 22. Oktober 1858), Tochter des Herzogs Friedrich von Augustenburg; fünf Söhne sind bereits dieser Ehe entsprossen ...<<

Wolfgang Müller und Roland Siegert berichten später über Kaiser Wilhelm II. (x1.035/...):

>>Vita Kaiser Wilhelms II. und Abriß der wilhelminischen Epoche

Kurzbiographie

Kindheit und Jugend

1859 Geburt

Wilhelm wird am 27. Januar 1859 im Kronprinzenpalais Unter den Linden in Berlin geboren. Er ist das erste Kind des damaligen preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm (später Kaiser Friedrich III.) und seiner Gattin Victoria ("Vicky"), der ältesten Tochter der englischen Queen Victoria.

Bei der komplizierten Geburt wird der linke Arm schwer verletzt und wird zeitlebens verkürzt und gelähmt bleiben. Die ehrgeizige Mutter verwindet diesen Makel nicht, wodurch die Beziehung zum Sohn schon früh gestört wird.

1859 - 1874 Freudlose Kindheit und strenge Erziehung

Unzählige Versuche werden unternommen, um den verküppelten linken Arm Wilhelms zu korrigieren. Unter größten Anstrengungen lernt Wilhelm das Reiten. 1866 übernimmt der strenge Calvinist Dr. Georg Hinzpeter die Erziehung des Prinzen.

Wilhelm II. selbst wird die Zeit später als "recht unglückliche Kindheit" beschreiben: "Ich hatte keine ausgleichende Mutterliebe. Ich gehöre zu den Naturen, die Lob brauchen, um angefeuert zu werden und Gutes zu leisten. Tadel lähmt mich. Niemals habe ich aus Hinzpeters Mund ein Wort der Anerkennung erfahren." (1897)

1874 - 1877 Besuch des Gymnasiums in Kassel

Auf Wunsch der liberalen Eltern besucht der Prinz ein bürgerliches Gymnasium. Georg Hinzpeter begleitet ihn nach Kassel. 1877 legt er dort das Abitur ab.

Der junge Prinz

1877 Beginn des aktiven Militärdienstes

Am 9. Februar 1877 tritt Wilhelm seinen aktiven Militärdienst in Potsdam an. 1880 wird er zum Hauptmann befördert. Bis 1888 ist er Kommandeur in wechselnden Regimentern. Die Dienstzeit wird immer wieder für zivile und außenpolitische Studien und Weiterbildungen unterbrochen.

1877 - 1879 Studium in Bonn

Parallel zum Militärdienst nimmt der Prinz ein viersemestriges Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn auf. Außerdem hört er Vorlesungen über Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte und Naturwissenschaften.

1881 Heirat

Wilhelm heiratet die fast gleichaltrige Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Er wird mit ihr eine glückliche Ehe bis zu ihrem Tod 1921 führen. Sechs Jungen und ein Mädchen werden geboren, als erster Thronfolger Wilhelm ("Der Kronprinz").

Regentschaft als Deutscher Kaiser und König von Preußen

1888 Übernahme der Regentschaft als Deutscher Kaiser und König von Preußen

Nachdem sein Vater, Kaiser Friedrich III., nach nur 99 Tagen an Kehlkopfkrebs stirbt, übernimmt am 15. Juni der 29jährige Wilhelm II. die Krone.

1888 - 1890 Soziales Volkskaisertum und Konflikt mit Reichskanzler Bismarck

Der junge Wilhelm II. will ein Kaiser "aller Deutschen" sein und Industrielle wie Arbeiter, Protestanten wie Katholiken unter seiner Krone einen. Im Bergarbeiterstreik von 1889 unterstützt Wilhelm II. die Forderungen der Arbeiter und erzwingt Lohnerhöhungen. Seine sozialen Bestrebungen führen zu zunehmenden Konflikten mit Reichskanzler Otto von Bismarck, der die Politik des Kaisers für zu sentimental hält.

Im März 1890 muß Bismarck zurücktreten.

1890 - 1914 Wirtschaftliche und wissenschaftliche Blüte, zunehmende innere Kritik am Kaiser und außenpolitische Spannungen

Deutschland entwickelt sich im Laufe der Regentschaft Wilhelms II. zur wirtschaftlichen Supermacht. Das industrielle Wachstum ist enorm, der gesamte Wirtschaftsaufschwung stabil und von Dauer. Breiteste Bevölkerungskreise profitieren vom Aufstieg. "Made in Germany" wird zum Gütesiegel.

Deutsche Wissenschaft ist weltweit führend. In der Physik und Chemie erzielen deutsche Forscher bahnbrechende Erfolge (z.B. Albert Einstein und Max Planck). Unzählige Entdeckungen und Erfindungen (z.B. die des weltweit ersten selbsttätigen Waschmittels, "Persil") gehen auf das Konto (der Deutschen). Innerhalb von 17 Jahren erhalten deutsche Preisträger nicht

weniger als 21 Nobelpreise.

Der wissenschaftsbegeisterte Kaiser, der die Bedeutung des technischen Fortschritts von Anfang an voll erkannt hat, fördert diesen nachhaltig.

Deutschland muß ein gewaltiges Bevölkerungswachstum verkraften. Durch Massenzug in die Städte und den Wandel vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt sich ein Industrieproletariat. Obwohl sich dessen Lage bis 1914 stetig verbessert, gelingt es nicht wirklich, die Arbeiterschaft zufriedenstellend in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.

1898: Deutschland beginnt mit dem Ausbau seiner Flotte, die in erster Linie dem Schutz des deutschen Welthandels dienen soll.

Der marinebegeisterte Kaiser greift die alte liberale Forderung nach einer Flotte (sie war schon 1848 ein Kernziel als Symbol der nationalen Einheit) bereitwillig auf. Im Volk ist die Euphorie für die Flotte grenzenlos. Die angestammte Seegroßmacht Großbritannien fühlt sich durch die deutschen Flottenpläne provoziert.

Wilhelm II. betrachtet sich zunächst als Regent von Gottes Gnaden (von Gott berufen und ihm streng verantwortlich), was zu zunehmendem Konflikt vor allem mit den Liberalen im Volk führt. Viele werfen ihm ein damit verbundenes "persönliches Regiment" vor, bei dem der Kaiser zu eigenmächtig regiere. Jedoch überschreitet der Kaiser seine Rechte, die ihm die Reichsverfassung gewähren, nicht.

Wilhelm II. gerät zunehmend in innenpolitischen Konflikt mit den vielen verschiedenen Richtungen im Reich: Liberalen ist er zu konservativ und zu reaktionär, dem aufstrebenden Bürgertum und Industriellen oft zu gemäßigt und vorsichtig, darunter auch Intellektuellen wie z.B. dem Soziologen Max Weber. Gleichwohl ist Wilhelm II. im größten Teil der deutschen Bevölkerung - auch unter der Arbeiterschaft - als Landesvater anerkannt und bei vielen beliebt (davon zeugen z.B. die vielen Kaiserportraits in Arbeiterwohnungen).

Die Zeit selbst ist voller Widersprüche und Umwälzungen: Pferdefuhrwerke werden durch Automobile verdrängt, der Reichstag wünscht mehr Mitspracherecht. Das Land ist in nervöser, fin de siècle-Stimmung. Pessimistische, erstmals postmodern gefärbte Denkweisen der Bohème prallen auf Optimismus versprühende und verbindlich formulierte Losungen des Kaisers ("Mein Kurs ist der richtige"), die historisch orientierte wilhelminische Architektur (z.B. Neobarock) auf den neuen Expressionismus.

Die nicht in allen Bereichen glückliche Verfassung des Reiches tut ein Übriges, um innere Konflikte zu begünstigen.

Den Höhepunkt erreicht die innere Spannung 1908 durch das Daily-Telegraph-Interview des Kaisers: Wilhelm II. ist danach nachhaltig beschädigt und muß geloben, sich in Zukunft öffentlich zurückzuhalten.

Zahlreiche außenpolitische Krisen isolieren Deutschland zusehends (z.B. 1896: Krüger-Depesche; 1905: Erste Marokkokrise; 1911: Panthersprung nach Agadir).

Das wirtschaftlich enorm erfolgreiche und ständig wachsende Deutsche Reich, das einen ruhelosen Eindruck hinterläßt, wird besonders von England als unberechenbar und bedrohlich empfunden.

Obwohl der Kaiser immer wieder seinen guten, friedliebenden Willen bekundet und in bester Absicht handelt, zerschlägt er durch undiplomatische Aussagen, Überschwang und wechselhaftes Vorgehen viel Porzellan. Zudem überschätzt er seinen dynastischen Einfluß (z.B. beim verwandten russischen Zaren), während oft intrigante Berufspolitiker (z.B. Friedrich von Holstein) die Fäden ziehen und falsche Berater (z.B. Generalfeldmarschall von Waldersee) den Kaiser unglücklich beeinflussen.

Das deutsche Gebaren liefert den Ententemächten, die sich durch das aufstrebende Deutschland in erster Linie wirtschaftlich bedroht sehen, den willkommenen Anlaß, sich zu wappnen (z.B. durch Bündnisse und Aufrüstung). Die gute, friedliebende Intention des Deutschen Kai-

sers, der einen Krieg nicht will und dies immer wieder ehrlich betont, findet dabei kein Gehör. Deutschland fühlt sich eingekreist, und es bleibt nur noch Österreich als letzter großer Verbündeter.

1913 25jähriges Thronjubiläum

Wilhelm II. feiert sein 25jähriges Thronjubiläum. Er regiert nun 25 Jahre in Frieden und wird in In- und Ausland glanzvoll gefeiert. Im Jahr zuvor hatte ihn Emanuel Nobel (Neffe des Stifters Alfred Nobel) sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Die Hochzeit seiner einzigen Tochter Viktoria Luise vereint noch einmal alle gekrönten Häupter Europas in Berlin. Ein Krieg scheint alles andere als naheliegend.

1914 - 1918 Julikrise und Erster Weltkrieg

Am 28. Juni 1914 werden in Sarajevo der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Ehefrau erschossen. Erst fast einen Monat später, am 24. Juli, spitzt sich die Situation durch ein österreichisches Ultimatum an Serbien zu. Die deutsche Führung hatte zuvor den Ernst der Lage verkannt und im Glauben, die Auseinandersetzung werde sich auf den Balkan begrenzen, am 6. Juli Österreich eine defensive Blankovollmacht erteilt (nur in dem unvermuteten Fall, daß Rußland Österreich attackiere, werde Deutschland eingreifen und Österreich zur Seite stehen).

Das österreichische Ultimatum löst jedoch genau diese Mobilmachung des mit Serbien verbündeten Rußland aus, worauf Deutschland die deutsche Beistandspflicht gegenüber Österreich gefordert sieht und Wilhelm II. am Tag darauf (1. August) mit Tränen in den Augen die deutsche Mobilmachung anordnet. Zuvor hatte er noch durch Telegramme an den russischen Zaren versucht, die Mobilmachungen zu stoppen und Friedensverhandlungen zu vermitteln.

Im Krieg selbst tritt der Kaiser zunehmend in den Hintergrund. Im Bewußtsein, daß er zum militärischen Führer nicht geeignet ist, überläßt er den Generälen Hindenburg und Ludendorff faktisch die Leitung.

Der jahrelange Krieg verschlechtert zusehends die Versorgungslage in Deutschland, und große Teile des kriegsmüden Volkes machen inzwischen den Kaiser für die Misere verantwortlich.

Nachdem die militärische Situation ausweglos geworden ist, streben Hindenburg und Ludendorff am 29.09.1918 Friedensverhandlungen an. US-Präsident Wilson fordert u.a. den Rücktritt Kaiser Wilhelms II.; zudem wird dieser von den Feindstaaten als Hauptschuldiger für den Krieg betrachtet.

Um die Monarchie zu retten, stimmt Wilhelm II. am 30.09.1918 der Umwandlung Deutschlands in eine parlamentarische Monarchie zu. Die US-Regierung fordert jedoch nicht nur den Rücktritt des Kaisers, sondern die Abschaffung der Monarchie insgesamt. Dies jedoch wird von der deutschen Regierung und sogar von der SPD zurückgewiesen.

1918 Erzwungene Abdankung und Flucht nach Holland

Nach dem Matrosenaufstand in Wilhelmshaven und Kiel droht Deutschland im Herbst 1918 eine rote Revolution wie bereits ein Jahr zuvor in Rußland.

Die radikalen Sozialisten, angeführt von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, rufen zum Generalstreik auf, während Friedrich Ebert von der SPD die (inzwischen parlamentarische) Monarchie noch zu retten versucht.

Doch die Ereignisse überstürzen sich: Aus Sorge vor einem Umsturz verkündet Reichskanzler Max von Baden am 9. November eigenmächtig die Abdankung des Kaisers. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann wird bedrängt, am Reichstag die deutsche Republik auszurufen, da der radikale Sozialist Karl Liebknecht am Berliner Schloß bereits die bolschewistische "Republik" (nach sowjetischem Vorbild) zu verkünden im Begriff ist.

Wilhelm II., der sich seit 29. Oktober im deutschen Hauptquartier in Spa in Belgien befindet, verwirft schließlich anderweitige Pläne und kehrt wegen der Gefahr revolutionärer Verfolgung

und Auslieferung an die Feindstaaten nicht nach Deutschland zurück. Nach mehrfachem Drängen seiner Berater flieht er am 10. November ins Exil nach Holland, wo ihm Asyl gewährt wird. Dort unterzeichnet er am 28. November die Abdankungsurkunde. Am selben Tag war ihm auch seine Ehefrau aus Deutschland nachgefolgt.

Exil in Holland

1918 - 1941 Domizil in Doorn, zweite Heirat

Wilhelm II. verbringt die ersten eineinhalb Exiljahre in Amerongen.

Eine Auslieferung Wilhelms II., wie von den Kriegsgegnern gefordert, verweigert die holländische Regierung. Auch der Papst hatte zuvor die Ententemächte aufgefordert, auf eine Auslieferung des Kaisers zu verzichten.

Im Frühjahr 1920 bezieht Wilhelm II. Haus Doorn bei Utrecht, das er zuvor gekauft hatte und renovieren ließ. Er wird dort noch 21 Jahre wohnen und nie wieder nach Deutschland zurückkehren können.

Die Tage sind meist monoton. Regelmäßig empfängt Wilhelm II. Besucher aus Deutschland. Er verfaßt insgesamt neun Bücher, darunter die 1922 erschienene Autobiographie "Ereignisse und Gestalten". Tausende Bäume werden von Wilhelm II. gefällt, auch aus Gründen der Körperertüchtigung. Noch lange Zeit macht er sich Hoffnungen auf die Wiederherstellung der Monarchie und die Rückkehr auf den Thron.

Am 11. April 1921 stirbt die schwerkranke Kaiserin Auguste Viktoria, der der Thronverlust und die Situation in Deutschland das Herz gebrochen hatten. Ihr Zimmer im Haus Doorn wird nach ihrem Tod originalgetreu erhalten - bis heute.

Der sich einsamühlende Kaiser heiratet 1922 die verwitwete Prinzessin Hermine von Reuß.

Den in Deutschland aufkeimenden Nationalsozialismus, den er allein schon aufgrund seiner christlichen Überzeugung ablehnt, betrachtet er mit großer Sorge. Nach der NS-Machtübernahme 1933 verfügt Wilhelm II. für seine Beerdigung vorsichtshalber: "Keine Hakenkreuzfahnen". Die Ereignisse der Reichskristallnacht 1938 empfindet er als "Schande", und alle Offiziere und anständigen Deutschen müßten jetzt aufstehen und protestieren.

Nach dem deutschen Einmarsch in Holland 1940 wird Haus Doorn auf Befehl Hitlers zuerst von deutschen Truppen, später von der SS abgeriegelt.

1941 Tod

Am 4. Juni 1941, um 12 Uhr 30, verstirbt der letzte Deutsche Kaiser 82jährig nach einer Lungenembolie in seinem Schlafzimmer in Doorn.

Als letzte Worte werden überliefert: "Ich versinke, ich versinke ...".

Trauerfeiern in Deutschland werden von den NS-Machthabern verboten. In nur kleinem Kreis wird der Kaiser seinem Testament gemäß in Doorn bestattet. Im Mausoleum im Garten von Haus Doorn ruhen noch heute seine Gebeine.<<

Der deutsche Historiker und Journalist Eberhard Straub berichtet später über den deutschen Kaiser Wilhelm II. (x1.035/...): >>**Wilhelm II. - das moderne Individuum**

Der bekannte Historiker, Journalist und Sachbuchautor Dr. habil. Eberhard Straub (geb. 1940) war bis 1987 Feuilletonredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, später bei der Stuttgarter Zeitung und der "Welt".

1991 bis 1997 war er Pressereferent beim "Stifterverband für die deutsche Wissenschaft", seitdem ist er freier Journalist.

Straub gilt als ein profilierter Kenner der wilhelminischen Epoche, u.a. verfaßte er "Drei letzte Kaiser" (1998) und "Albert Ballin. Der Reeder des Kaisers" (2004), beide bei Siedler, München. Im Jahre 2008 erschien sein Werk über Wilhelm II. mit dem Titel "Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne".

Im folgenden Essay widmet sich Straub der kulturgeschichtlichen Bedeutung des letzten Deutschen Kaisers.

Es ist nichts so schwer, wie ein moderner Monarch zu sein. Die Kronen sind älter als die Moderne, und die Monarchen befanden sich seit der Französischen Revolution überall in der Defensive. Die Revolution richtete sich im Namen von Abstraktionen - der unpersönlichen Herrschaft des Gesetzes als Inkarnation der Vernunft - gegen persönliche Herrschaft, gegen anschauliche Wahrheiten, die sich in ihr ausdrückten.

Königsherrschaft im *ancien régime*, der alten und als veraltet bei Seite geschobenen Welt, bezog ihre Überzeugungskraft aus Ideen, die von der Heiligkeit königlicher Herrschaft kündeten und einen großen Zusammenhang von Christus als dem gerechten Weltenkaiser bis zu jedem Fürsten als dessen Stellvertreter wahrten oder von Gottvater über den Landesvater bis zum Vater in der Familie. Herrschen war unter solchen Voraussetzungen mehr Sache der Einbildungskraft als des Verstandes und der Fürst selber mehr eine Idee und ein Bild als ein Mensch.

Herrschen ist in diesem Verständnis weniger eine Angelegenheit der Faust oder der Gebärde, welche die Macht an sich reißt - wie etwa bei Napoleon, dem revolutionären Kaiser. Herrschen war eine Angelegenheit des Sitzfleisches. Herrschen hieß sitzen, auf dem Thron, der *sella curulis* oder auf dem Heiligen Stuhl.

Der Kaiser Rudolf in Franz Grillparzers "Bruderzwist im Hause Habsburg" faßte diese Anschauungen noch einmal eindrucksvoll zusammen:

"Ich bin das Band, das diese Garbe hält, / unfruchtbar selbst, doch nötig, weil es bindet ... (nicht) in Voraussicht lauter Herrschergrößen / ward Erbrecht eingeführt in Reich und Staat, / vielmehr nur: weil ein Mittelpunkt vonnöten, / um den sich alles schart, was gut und recht, / und widerstrebt dem Falschen und Schlimmen".

Grillparzer schrieb diese Verse 1848, im Revolutionsjahr, elf Jahre vor der Geburt "Wilhelms des Plötzlichen", "Wilhelms des Redseligen" oder des "Reisekaisers". Der harrete nicht im Mittelpunkt der eigenen Schwerkraft aus, wie der ideale Kaiser Rudolf. Er hielt sich an die dynamisierende Parole, immer in Bewegung zu sein, aufgeschlossen und aufmerksam, die eine Berliner Spruchweisheit seiner Tage knapp zusammenfaßte: "Raste nie, sonst haste sie / die Neurasthenie".

Prompt geriet er in den Ruf, neurasthenisch zu sein, also sehr nervös. Damit erwies er sich allerdings als ungemein modern. Hatten die früheren Generationen den Spätgeborenen, den Zeitgenossen des Kaisers im *fin de siècle*, doch nur zwei Dinge hinterlassen, wie ein klassischer Nervöser - Hugo von Hofmannsthal - bemerkte: Hübsche Möbel und überfeine Nerven. Die nervöse Reizbarkeit des Kaisers, die manche ihm immer noch vorwerfen, verweist auf seine Modernität, und damit auf das moderne Individuum, das ohne überfeine Nerven und subtile Beimischungen der alle prägenden *belle decadence* als Lebensform gar nicht möglich wäre.

Die ausgeprägte Individualität, die fertige Persönlichkeit fiel fast allen an Wilhelm II. zuerst auf. Er war in sämtlichen Sprachen als "der Kaiser" bekannt. Dieser Titel bezog sich bei ihm aber gerade nicht auf eine überpersönliche Leistung, auf ein Amt und eine Idee im Sinne klassischer Herrscheridealität: "Was sterblich war, ich zog es aus / ich bin der Kaiser nur, der niemals stirbt". Mit "The Kaiser" oder "Le Kaiser" sollte vielmehr ein ganz besonderes, sehr auffälliges Individuum gekennzeichnet werden, das als "der Kaiser" in vielerlei Gestalten, je nach den Bedürfnissen der Umgebung oder dem Anlaß, erschien.

In Wien betonte Wilhelm II. die lässige Verspieltheit formaler Eleganz, in Rom die strenge *Disinvoltura* als entzückende Unbefangenheit, in Petersburg nahm er vornehm-zeremoniöse, soldatische Haltung mit ihrem ritterlichen Charme an. Unter Franzosen brillierte er mit seinem beweglichen *esprit* und seiner Geistesgegenwart, in England gab er sich einfach wie ein Landedelmann mit allzu gesundem Menschenverstand.

Seine hellen Berliner, auch wenn sie regelmäßig SPD wählten, schätzten in ihm einen eben-

falls hellen Berliner, und Seine Majestät machte es viel Freude, unter ihnen Berliner mit ihrem genialen Straßensprachjargon zu sein. Besuchte er preußische Regimenter, war er Soldatenkönig und anschließend bei Bier oder leichtem Mosel der erste Kamerad unter Kameraden. Während offizieller, mit kirchlichen Zeremonien verknüpften Handlungen berief er sich als preußischer König von Gottes Gnaden auf den guten, alten Gott, der sich so viel Mühe mit der Mark und dem Hause Brandenburg machte. Unter Professoren gab er sich als Roi des philosophes, der umsichtig Thron und Lehrstuhl, die Waffen und Wissenschaften in Verbindung hält.

Die Berliner Unfehlbarkeiten - die Professoren - dankten es ihm und arbeiteten als geistiges Leibregiment ihres Königs an des preußischen Reiches Glanz und Herrlichkeit. Anfang des Jahres war es unumgänglich, auch den Berlinern ihr tägliches Barock zu geben. Im Januar und Februar zelebrierte Wilhelm II. höfischen Prunk und Festlichkeit.

Dann brach er auf, um auf einer Werft oder bei Krupp in Essen als Generalmanager der Deutsches Reich AG beunruhigte Nerven zu kalmieren (beruhigen) und Arbeitern zu versichern, weiter auf ihn vertrauen zu dürfen, auf ihn den Reformkaiser, den ersten Arbeiter in einer nationalen Arbeitsgesellschaft. Wilhelm II. wollte mit dieser, manche schwindlig machenden Variabilität in einer pluralistischen, in ununterbrochener Bewegung befindlichen Welt, die wiederum andere schwindeln machte, das alte Königtum und die neue Kaiserlichkeit als Orientierungshilfen erhalten.

Orientierungshilfen, die auseinanderstrebende oder sich vereinzelnende Kräfte beisammenhalten und auf das verpflichten, was alle angeht. Deshalb fühlte er sich dazu genötigt, über das Stahlgehäuse der Industriegesellschaft den Purpur zu werfen, den Automobilclub mit dem Altar zu verbinden und deutschen Meistersingern die Furcht vor der Technik zu nehmen. Den Kaiser als immer gleichen konnte es unter solchen Voraussetzungen nicht geben. Wilhelm II., der schnelle, mit den feinen Nerven für die Rhythmen einer neuen Zeit, versuchte mit dem sich dauernd beschleunigenden Tempo Schritt zu halten.

Also unter dem Eindruck der unübersichtlichen Wandlungen in der Gesellschaft ein jeweiliger Kaiser für alle zu sein, was heißt ein individueller Kaiser für individuelle Ansprüche oder Interessen. Diese sollten über die Virtuosität kaiserlicher Stilisierungen zur Reichsfreudigkeit finden, wie man damals sagte. Unter allem Wechsel der Formen blieb das Individuum Wilhelm allerdings das beständige Element. Der Kaiser blieb immer Wilhelm, das moderne, unerschöpfliche und unaussprechliche Individuum, das Goethe feierte, selber der Inbegriff des modernen Individualismus.

Kaiser Wilhelm II. war unvermeidlich eine "zusammengesetzte Persönlichkeit". Das tadelte der Historiker Hermann Oncken 1913 an ihm. Aber wir sind alle, wie Goethe meinte, zusammengesetzte Persönlichkeiten. Wir müssen die Mittel der äußeren Welt an uns heranziehen und unseren höheren Zwecken dienstbar machen.

"Die Hauptsache ist, daß man ein großes Wollen habe und das Geschick und Beharrlichkeit besitze, es auszuführen; alles Übrige ist gleichgültig." In Graf Mirabeau, diesem royalistischen Revolutionär, würdigte Goethe ein Temperament, das andere mit Feuer durchdrang und zu seinen höheren Zwecken in Tätigkeit setzte. "Und eben, daß er es verstand, mit anderen und durch Andere zu wirken, ... das war seine Originalität, das war seine Größe".

Diese Fähigkeiten sprachen viele Kaiser Wilhelm zu oder erwarteten sie von ihm. Ganz in Übereinstimmung mit Goethe, der sich um ihre Bildung als Weimarer Prinzessin gekümmert hatte, predigte die spätere Kaiserin Augusta (die Großmutter Wilhelms II.) solchen humanistischen Enthusiasmus den dafür aufgeschlossenen Berlinern.

"Die Aufgabe jeder Erziehung ist und bleibt, den Menschen dem Menschen entgegen zu bilden, und der Mensch in dieser höchsten Auffassung des Ausdrucks tut in jetziger Zeit in den fürstlichen Häusern Not, da der persönliche Werth eine Hauptstütze ihrer Macht geworden

ist". So umriß sie das Erziehungsprogramm für ihren Sohn Friedrich Wilhelm, den späteren Kaiser Friedrich.

Er wurde zum nachdenklichen, wissenschaftlich geübten Bildungsbürger erzogen, der gleichwohl Soldat zu sein hatte. Alles Soldatische höherer Art entsprang aber der Ritterlichkeit und beruhte auf aristokratischen Tugenden und Lebensformen. Zu guter Letzt sollte das menschenfreundliche Originalgenie auch noch ein gewissenhafter, konstitutioneller Monarch sein, der darauf verzichtet, allzu vorlaut auf seinen Rechten zu beharren, ohne aber die Würde der Majestät zu mindern. Er sollte drei Lebensformen harmonisch in sich verbinden: bildungsbürgerliche Individualität, soldatischen Anstand und die schöne Repräsentation königlicher Majestät. Damit wären auch robustere Temperamente überfordert gewesen.

Obschon Kronprinz Friedrich daran scheiterte, zu einer harmonischen Persönlichkeit zu werden, richtete er ähnliche Erwartungen an seinen Sohn (Wilhelm II.) und dessen Erziehung. So wenig wie seine Mutter bedachte er das Dilemma, ob nicht eine überpersönliche Einrichtung wie die Monarchie in Schwierigkeiten gerät, sobald sie der Persönlichkeit, dem Individuum und dessen einzigartigem Eigentum zu viel Bedeutung beimißt und damit Prinzen oder Königen allzu viel zumutet und sie überfordert. Darin äußerte sich das Dilemma moderner, zeitgemäßer Königsherrschaft längst vor Wilhelm II.

Kaiserin Augusta, ihr Sohn Kaiser Friedrich III., dessen Frau Victoria - alle drei sehr eigensinnige Individuen - konnten gerade nicht über ihren persönlichen Wert allgemeine Hochschätzung finden. Ganz im Gegenteil, sie trieben unweigerlich zur Parteibildung. Sie wurden gehaßt oder geliebt. Die Mitte dazwischen, freundliches Wohlwollen, blieb ihnen versagt.

In Österreich fürchtete die Kaiserin Elisabeth, von sich selbst entfremdet zu werden, ließe sie sich durch die Äußerlichkeiten kaiserlicher Verpflichtungen von ihrer inneren Vollbeschäftigung ablenken. Ihr Sohn Rudolf, zum Bürger und Menschenfreund gebildet, interessiert für alles, halb Wissenschaftler, halb Journalist, und dennoch Soldat, gab sich wie seine Mutter "Wolkenkraxeleyen" hin, wie Kaiser Franz Joseph, unpersönlich wie Schatten, ihm unangenehme, allzu eigensinnige Präntensionen nannte.

Dem Erzherzog gelang es nie, seine Individualität und seine soziale Stellung miteinander zu vereinbaren. Er trieb journalistische Privatpolitik, intrigierte, entfaltete sein schillerndes Individuum in alle Richtungen, begann zu trinken, Drogen zu nehmen und entspannte sich in erotischen Abenteuern niedrigsten Niveaus. Der Selbstmord war unvermeidlich, nachdem er öffentlich die Politik seines Vaters und Kaisers verdammt hatte. Ausgerechnet in diesem seelischen Wrack wollten unmittelbar vor seinem skandalösen Ende Friedrich und Viktoria den Bürgerkönig der Zukunft erblicken.

Überhaupt bestätigten immer mehr Mitglieder des Erzhauses, daß es offenbar unmöglich sei, ein Mensch wie Du und Ich und zugleich ein Offizier und Erzherzog zu sein. Hochgebildet, geistreich, zart und traurig, sehr nervös und sehr modern, verließen viele nach und nach das Kaiserhaus, ohne aber je zu Bürgern werden zu können. Der potentielle Nachfolger Kaiser Franz Josephs, der Erzherzog Franz Ferdinand, verhielt sich endlich wie ein entfesselter Kleinbürger. In jedem Unbekannten vermutete er erst einmal einen gemeinen Kerl und behandelte ihn auch so.

Das mag sehr individualistisch sein, aber mit einem solchen Verhalten ruiniert man eine Monarchie. Da war es doch sehr viel liebenswürdiger, wenn sich ein überreiches Ich in seine künstlichen Reiche zurückzog, wie Ludwig II. Das Volk duldet seine Schrullen, aber nicht seine durch und durch individualisierte Familie. Sie entmündigte ihn zu Gunsten seines wirklich geisteskranken Bruders Otto. Die Wittelsbacher zogen als erste die Konsequenz aus einem Königtum, das nur noch ein Prinzip, das monarchische repräsentierte: Der königliche Staat braucht gar keinen geistesgegenwärtigen König. Es genügt, wenn das Prinzip nicht verletzt wird.

Der junge Kaiser Wilhelm hatte genug Beispiele, die ihn veranlassen konnten, an der Vereinbarkeit von Modernität und Monarchie zu zweifeln. Er ließ sich jedoch von solchen deprimierenden Eindrücken nicht verwirren. Schließlich hatte seine Mutter ihn zum vollkommenen Menschen erziehen lassen. Der vollkommene Mensch ist alles auf einmal: ein aufopferungsbereiter Streber, ein Universitätsprofessor mit ausgezeichneten Manieren, ein gefühlvoller Unternehmer, ein verträumter Soldat, ein leidenschaftsloser Politiker, ein uneitler Künstler und tiefsinniger Weltmann auf einem Thron, von wo aus er alle Bewegungen überblickt und souverän lenkt.

Um dieses Ideal zu erreichen, mußte freilich der junge Prinz dauernd gedemütigt werden, um nicht überheblich zu werden, sondern Selbstverleugnung zu lernen. Das verwies ihn aber gerade nicht auf die Welt und Umwelt und aus sich heraus, sondern immer wieder auf sich selbst zurück. Prinz Wilhelm lernte in sich selbst die ganze Welt zu sehen, gerade weil er von sich absehen sollte. Das hieß aber, sich erst einmal sehr wichtig zu nehmen und dennoch an sich zu zweifeln. Der moderne Subjektivismus, die Originalität Wilhelms II. war das Ergebnis solcher Bemühungen.

Seine Erziehung hat auf alles mögliche Rücksicht genommen, nur nicht darauf, ähnlich wie in allen Herrscherhäusern, ihn als Prinz für eine ganz unbürgerliche Aufgabe, einmal Monarch zu sein, vorzubereiten. Wer Mensch nach allen Seiten ist, der wird auch ein richtiger, zeitgemäßer Monarch. Das war eine liebenswürdige Vermutung, und eine sehr sorglose für einen Staatenbund wie das Deutsche Reich.

Der König von Preußen als das Präsidium des Bundesrates der Fürsten, die sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen hatten, unterschied sich nicht sonderlich von den übrigen Monarchen mit ihrer aus der Geschichte herkommenden Rechten und Verpflichtungen. Es gab aber wenig Vorstellungen, wie man von der dürren Formel "der deutsche Kaiser als Präsidium des Bundesrates" zu einer belebenden Idee des Kaisertums gelangen konnte. Der kaiserliche Titel war nur eine Verlegenheit.

Der deutsche Kaiser war kein Souverän. Souverän war er als König von Preußen und erhielt über den Bundesrat Anteil an einer deutschen Souveränität, die alle Fürsten zusammen besaßen. Daneben gab es, um die Verhältnisse weiter zu komplizieren, den Reichstag des deutschen Volkes, das zwar kein Souverän war, aber ohne dessen Zustimmung der Souverän, der Bundesrat der Fürsten, nicht regieren konnte. Der Reichskanzler, der Bundesrat und der Reichstag regierten. Der Kaiser hatte nur zu unterschreiben, was sie beschlossen.

Anderenteils war der Reichskanzler, der vom Kaiser ernannt wurde, nur ihm verantwortlich. In der Regel war er zugleich preußischer Ministerpräsident, was hieß, auch dem preußischen Landtag zugeordnet, dessen Mehrheiten bei einem Klassenwahlrecht sich von denen des demokratischen Reichstages unterschieden. Dies sehr geistreiche System sich wechselseitig ausbalancierender Mächte fand seinen Mittelpunkt im Kanzler.

In einem Kanzler - Fürst Bismarck -, der zuletzt hoffte, seinen Sohn Herbert als Erben des Reichskanzleramtes durchzusetzen. Erbkanzler neben Erbmonarchen - diese Vorstellung beunruhigte nicht nur den greisen Wilhelm I. Sie beunruhigte die meisten Deutschen, die es durchaus als Befreiung erachteten, als der junge Kaiser den unmodernen vergreisten Kanzler entließ.

Sie wünschten sich einen Kaiser, der mehr war als ein abstraktes Präsidium. Sie wünschten sich einen Kaiser, der "feurig und tatkräftig" als deutscher Kaiser alle Deutschen dynamisierte und ins nationale Leben hineinrief. Die Ideen eines Volkskaisertums, weit verbreitet um 1890, ließen sich allerdings schwer mit der Verfassung vereinbaren. Kaiser Wilhelm wurde nicht zuletzt von Liberalen dazu aufgefordert, das Kaisertum zur nationalen Wirklichkeit zu machen und als Kaiser zu regieren.

Das ließ aber die Verfassung nicht zu. Sie gewährte dem Kaiser höchstens über die Ernennung

des Kanzlers und seine Abberufung eine gewisse Einflußnahme. Hatte er einen Kanzler berufen, mußte er ihm loyal gegenüber bleiben, wollte er sich nicht selbst ins Zwielficht rücken. Kaiser Friedrich als Kronprinz tadelte zu Recht, daß weder im Reich noch in Preußen die parlamentarische Verantwortlichkeit von Kanzlern und Ministern durchgesetzt wurde. Das hätte die Krone als überparteiliche Macht aus den Diskussionen heraushalten können.

Wilhelm II. sah sich nach der notwendigen Entmachtung der Bismarcks, die er sich gleichwohl weniger schroff vorstellte, meist dazu genötigt, der treue Herr seiner ungetreuen Diener zu sein, die sich gar nicht untreu vorkamen, weil sie meinten, daß die Krone - ob im Reich oder Preußen - nicht in den Gegensatz zum bürokratischen Dienstweg geraten und unter keinen Umständen die Autorität der königlichen Verwaltungsbehörden oder der Reichsämtler schwächen dürfe.

Der königliche Verwaltungsstaat nahm für sich die Majestät in Anspruch und strebte danach, die königlich-kaiserliche auf ornamentale Zierleisten zu zurückzustützen. Preußische Behörden, die durchaus mit einer königlichen Anregung, ja mit einem Befehl zu rechnen hatten, hielten schlichtweg jede königliche Empfehlung für eine Störung ihrer Sachgerechtigkeit. Kanzler konnten ohnehin jeden Einfluß des Kaisers abwehren, weil er im Reich nur über sie und den Bundesrat eine formelle Bedeutung besaß.

Minister und Beamte gewöhnten sich an, den König oder Kaiser nur über das allernotwendigste zu informieren und ihn für ihre Interessen, die sie mit den nationalen verwechselten, zu manipulieren. Kaiser Wilhelm wurde darüber zuweilen sehr unwillig. Aber das ließ er nicht nach draußen dringen.

Er war eine vornehme und durchaus königliche Natur, die schweigend lieber sich ins Unrecht setzte als seine irrenden Minister oder Bürokraten zu kritisieren. Als König von Preußen und deutscher Kaiser hat er die Torheiten begangen, die seine Kanzler von ihm verlangten, vor denen er sie warnte und mit denen sie ihn anschließend belasteten, von der Krüger-Depesche über die Landung in Tanger bis zum Panthersprung nach Agadir. Gleichwohl konnte er aber in aller Öffentlichkeit gerügt und zur Ordnung gerufen werden. Das hielten Beamte bei der starken Individualität moderner Herrscher für unvermeidlich.

Erstaunlicherweise konnte selbst heftigste Kritik, wie 1908 bei der Daily Telegraph Affäre, die Popularität des Kaisers nicht erschüttern. Weil die Deutschen zunehmend an den Fähigkeiten ihrer Politiker zweifelten, wollten sie nicht auch noch am Kaiser verzweifeln. Ein persönliches Regiment hat es nie gegeben oder eine Nebenregierung unverantwortlicher Ratgeber. Das sind zähe Gerüchte, von denen verbreitet, die nicht in den Vorzimmern des Kaisers oder seiner Kanzler reüssierten.

Maximilian Harden, der unerbittlichste Kritiker des Kaisers, dem es endlich gelang, Freunde des Kaisers wie den Fürsten Eulenburg zu erledigen, hatte nichts gegen indirekte Einflußnahme. Er hatte nur etwas dagegen, nicht zu den Ratgebern des Kaisers gehören zu dürfen. Harden hatte sich lange darum bemüht, und viele seiner Freunde wie der Reeder Albert Ballin setzten sich in der Umgebung des Kaisers dafür ein, seinen Rat nicht gering zu schätzen.

Es gab immer Versuche, über den Zugang zum Kaiser Einfluß zu gewinnen. Seine Kabinettschefs, korrekte Beamte, paßten von vorneherein auf und warnten den Kaiser. Sie gehörten zu den wenigen zuverlässigen Mitarbeitern. Auch sogenannte Freunde des Kaisers, wie Albert Ballin, gestanden, nie mit dem Kaiser ehrlich gesprochen zu haben. Sie intrigierten gegen Kanzler, gegen Botschafter oder Minister, meist erfolglos, weil Wilhelm II. seinen Mitarbeitern die königliche oder kaiserliche Loyalität wahrte.

Es sei denn, sie hatten wie die Kanzler keine Mehrheit mehr im Reichstag. Obschon der Reichstag keinen Kanzler stürzen konnte, hatte es sich doch schon unter Bismarck so ergeben, daß bei fehlender parlamentarischer Mehrheit Neuwahlen anberaumt wurden oder der Kanzler, wie Bismarck selber, zurücktreten mußte.

Der Kaiser war auf die Dauer sehr enttäuscht, wenigen vertrauen zu dürfen. Was ihn aber nicht niederdrückte, die Hoffnung zu verlieren, aufrichtige Ratgeber zu finden. Das war nicht zuletzt der Grund für seine ungemaine Neugierde auf Menschen, hungrig nach Information und begierig, Anregungen zu empfangen, die er gegebenenfalls weitergeben konnte. Er begnügte sich mehr und mehr damit, anregend zu wirken. Doch Behörden, die dazu da sind, ihrerseits anzuregen, lassen sich sehr ungern auf die Sprünge helfen. Ein wichtiges Mittel des Kaisers waren seine Reden.

Wilhelm II., der tatsächlich ein deutscher Kaiser sein wollte, reiste kreuz und quer durch das Reich, um mit seiner Person allen Teilen des Reiches ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu verschaffen. Seine Regierungszeit ist eine ununterbrochene Tour d'Allemagne, in Anlehnung an die Tour de France, die eingeführt wurde, um den Franzosen einen geistigen Begriff ihrer territorialen Einheit zu vermitteln.

Kaiser Wilhelm war damit ungemein erfolgreich. Die Nation wurde durch seinen Einsatz erst zur Wirklichkeit. Ein Kaisertag war seitdem der Höhepunkt in der städtischen Geschichte. Wo immer er hinkam, wurde er zum festlichen, unvergeßlichen Ereignis, was heute den meisten Städten ziemlich peinlich ist.

Wo er hinkam, mußte er selbstverständlich reden. Im bürgerlichen Deutschland durfte, trotz Chören, Ehrenjungfrauen, Schützen oder Trachtengruppen, bei einer festlichen Gelegenheit die Rede nicht fehlen. Bürger feierten viel und gerne in dazu gehörenden Vereinen, und sie redeten viel und gerne, markig - erhebend und poetisch beschwingt. Der Kaiser beherrschte virtuos die Tonlagen des bürgerlichen Geschmacks - schließlich hatte man ihn zum Bürger erzogen - und war ein gesuchter Redner.

Da er eine breite Bildung empfangen hatte, unendlich viel wußte, dauernd neues aufnahm, sich für alles interessierte und auf vielen Gebieten sogar sehr gut Bescheid wußte und seinerseits Anregungen zu geben vermochte, konnte eine Kaiserrede unbedingt zu einem Ereignis oder Erlebnis werden. Die Kaiserreden sind heute berüchtigt wegen unbedachter Wendungen. Erstaunlich ist aber nicht, daß diese vorkommen, überraschend ist, daß es bei der Menge an Reden, die er hielt, gar nicht so viele peinliche Stellen gibt, sonst würden nicht immer die wenigen und stets gleichen Stellen als Vorwurf wiederholt.

Wilhelm II. sprach frei, was heißt, er hatte den Text auswendig gelernt, der ihm meistens empfohlen und vorgeschrieben wurde. Zuweilen ließen die Behörden ihn auch politische Risiken eingehen, um zu sehen, ob Richtungsänderungen begrüßt würden oder nicht. Auf jeden Fall war der Kaiser nicht selbständig und unkontrolliert bei seinen Reden, die zuweilen von seinen besten Mitarbeitern redigiert oder entworfen wurden.

Ein Adolf von Harnack, der große Theologe und umfassend versierte Gelehrte, Friedrich Althoff, der Wissenschaftspolitiker, Wilhelm von Bode der Museumschef oder Friedrich Schmidt-Ott im Preußischen Kultusministerium waren hervorragende Stichwortgeber. Sie waren alle nicht unumstritten, so daß mancher Unmut über eine Kaiserrede eigentlich deren Urheber oder Verfasser galt. Immerhin ist es seit Kaiser Wilhelm deutscher Brauch, daß das Staatsoberhaupt ununterbrochen redet.

Schweigende Bundespräsidenten sind mittlerweile eine Unmöglichkeit. Alle Präsidenten von Theodor Heuss angefangen, der unter dem Kaiser seine Bildungsepoche erlebte, üben sich unverdrossen in der Nachfolge Wilhelms des Redseligen. Blieb Theodor Heuss am besten in Erinnerung, so ist das nicht verwunderlich: Er beherrschte den wilhelminischen Ton, der vieler Nuancen fähig war, und seine Reden sind ein letztes Zeugnis davon.

Wenn Wilhelm II. schon darunter litt, nicht selbständig handeln zu können, wie jeder Unternehmer oder Gelehrter in seinem Institut, wenn er überall auf Bedenken, Hemmungen und Einschränkungen stieß, die ein reichbegabtes Individuum irritieren müssen, so blieb es ihm doch nicht versagt, unter dem Schutze seiner Fürsprache und Autorität, anderen dazu zu ver-

helfen, ihre Genialität ungehindert zu entfalten. In Friedrich Althoff, Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium, fand er seinen "Bismarck der Wissenschaftspolitik".

Beide waren davon überzeugt, daß deutsche Weltgeltung, wirtschaftlich, politisch und militärisch, ganz und gar von der geistigen Originalität abhängt, von den hervorragenden Leistungen deutscher Wissenschaftler und Künstler, von den Schulen und Universitäten, technischen Hochschulen und Berufsakademien. Unter Wilhelm II. war Preußen und unter seinem Einfluß das Deutsche Reich das Vorbild für alle Bildungs- und Wissenschaftspolitiker in Europa, Amerika oder Japan.

Friedrich Althoff, den Amerikaner als den bedeutendsten Mann der Gegenwart würdigte, dachte nicht an unmittelbare Nützlichkeit oder an eine Universität als Kaufhaus und Rathaus des Tages. Er dachte an den freien Geist, der forschend weht, wohin ihn seine suchende Neugierde treibt. Höchstens Adolf von Harnack besaß einen ähnlich souveränen Überblick über die gesamte Wissenschaft und ihre weitere Entwicklung. Den berief Wilhelm II. gegen den Widerstand der Fakultät nach Berlin. Eine seiner glücklichsten Entscheidungen.

Althoff und Harnack ergänzten einander, napoleonisch zugreifende Herrschernaturen, großartige Organisatoren, die ganz sachlich an die Wissenschaft dachten und zugleich als Bildungs-imperialisten an die werbende Anziehungskraft des Reiches mit seinen vorbildlichen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen. Althoff vor allem galt als Despot, weil er sich aus den professoralen Intrigen und Cliques heraushielt und deren Macht brach.

Er konnte zupacken und ordnen, weil Wilhelm II. als König von Preußen ihm immer den Weg frei hielt. Althoff war ein loyaler Beamter, der als autoritäre Natur wußte, nur mit Hilfe des Königs und Kaisers herrschen zu können. Und Wilhelm II. wußte, nur mit ihm Preußen und Deutschland seine Geltung als geistige Weltmacht erhalten zu können. Althoff, ein sachlicher Bürger, der nie geadelt werden wollte, ist vom Geist und der Durchsetzungskraft der wichtigste Vertreter des Wilhelminismus. Adolf von Harnack konnte den Wissenschaftler und den Hofmann vereinen, insofern ist er der elegante Wilhelminist.

(Weltgeltung drückte sich damals in einer Flotte aus - heute in dem Besitz atomarer Waffen. Das revolutionäre Deutschland von 1848 verlangte nach einer Flotte. Der sogenannte Wilhelminismus - in vieler Hinsicht der Erfüller fast sämtlicher Erwartungen der 1848er, vor denen der Kaiser keine Furcht hatte und die er zu seinen Ministern machte - erfüllte den Deutschen ihren Traum von der deutschen Flotte.

Kaiser Wilhelm konnte gar nicht unpopulär werden, solange er einer Nation in Matrosenanzügen versicherte, daß ihre Zukunft auf dem Wasser liege, gewährleistet durch den freien Seehandel - und das wilhelminische Deutschland wurde zu einer Seefahrernation - oder der Flotte, die den Handel wie die Nation schützt.

In Alfred von Tirpitz fand er den Organisator, ein wie Althoff oder Harnack napoleonisches Temperament, der die deutsche Flotte - unabhängig von preußischer Zwischenrede, vor der ihn König Wilhelm II. von Preußen schützte - als ein technisch-wissenschaftliches, weltweit bewundertes Meisterstück aufbaute, mit dem alte nationale Ideen und allerneueste wissenschaftliche Erfindungen sich zu einer Symbiose verbanden.

Die heute umstrittene Flotte wurde damals als Ausdruck deutscher Kraft und Modernität, der in die Welt ausgreifenden, der Zukunft vertrauenden Deutschen verstanden. Sie begeisterte als nationales Programm den Arbeiter wie den Industriekapitän und dessen professoralen Schwiegersohn. Gemäß seiner eigenen Erziehung hoffte Wilhelm II. im Marineoffizier auf einen neuen Adel, der bürgerliche Herkunft, technische Effizienz, Bildung und Ritterlichkeit miteinander verschmolz. Das waren keine reaktionären Pläne.

Aber reaktionär war dieser assoziationsfrohe Kaiser nie, der ja wegen ganz überraschender Einfälle weltweit Aufmerksamkeit erregte. Der modernste Komponist seiner Zeit - Richard Strauss - war sein Hofkapellmeister. Er fand dessen Musik scheußlich, aber er ließ ihn gewäh-

ren, solange der kaisertreue Operchef ihn nicht darum betrog, Mascagni oder Leonvallo zu hören.

Wilhelm II. befreite sich viel rascher, wenn es ums Bauen ging, vom ästhetischen Wilhelminismus der Zuckerbäcker, Industriellen oder Hoteliers. Er geriet seit 1904 unter den Einfluß von Hermann Muthesius, dem ästhetischen Reformator, den er zum jüngsten Geheimrat in der preußischen Geschichte machte. In Übereinstimmung mit ihm förderte er Peter Behrens, Hans Poelzig, sogar Bruno Paul. Der hatte ihn im Simplizissimus verspottet.

Aber der Kaiser war nicht nachtragend. Wilhelm II. fand vieles fürchterlich, wie die Mehrheit unter den Bildungsbürgern, was als Kunst galt. Er mahnte und warnte, völlig einig mit den Bildungsbürgern. Dennoch wurde Berlin zur aufregendsten Kunststadt neben Wien und Petersburg, den beiden anderen Metropolen des monarchischen Prinzips und der sich überstürzender Modernismen und ästhetischen Umbrüchen oder Revolutionen.

Die größte Leistung des Kaisers, der so vielen Hemmungen unterworfen war, besteht darin, wie Goethe es an Mirabeau rühmte, durch andere gewirkt und im übrigen keinen gehemmt und behindert zu haben. Deswegen wurde das wilhelminische Deutschland zu einer Epoche, die nur mit dem perikleischen Athen, dem augustinischen Rom, dem Rom der Renaissancepäpste oder dem Zeitalter Ludwigs XIV. zu vergleichen ist.<<

Im Jahre 1888 erläutert Bismarck dem Afrikaforscher Wolf die Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik (x056/306): >>... Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.<<

Afrika: Deutsche Truppen schlugen im Jahre 1888 einen Araberaufstand in Deutsch-Ostafrika nieder.

1889

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1889 die Invaliditäts- und Rentenversicherung eingeführt.

August Bebel warnt im Januar 1889 im deutschen Reichstag vor den Folgen der deutschen Kolonialpolitik in Deutsch-Ostafrika (x239/199): >>... Sitzen wir aber erst an den Fieberküsten Ostafrikas fest, dann werden auch noch ganz andere Forderungen an uns herangetreten; dann wird es vor allen Dingen heißen: Nachdem wir einmal soundso viel Gut und Blut für jene Lande geopfert und aufgewendet haben, ist es ein Gebot der nationalen Ehre, dieselben zu halten; was immer es kosten mag, wir müssen dafür eintreten.

Dann wird in erster Linie notwendig, eine bedeutende Verstärkung der Flotte vorzunehmen; es wird ferner notwendig, eine bedeutende Anzahl von Kolonialtruppen aus deutschen Reichsmitteln zu unterhalten.

Es wird dann heißen: Wir müssen uns derartig in unserer Marine rüsten, daß wir im Falle einer europäischen Krisis nicht nur unsere heimatlichen Küsten, sondern auch unsere Kolonien in fremden Ländern ausreichend schützen und verteidigen können. ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die deutsche Kolonialpolitik (x307/194-196): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...

Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraus hielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. Außerdem mußte Berlin widersprüchliche Verpflichtungen gegenüber seinen Nachbarmächten eingehen. Die Konsequenz war ein Gefühl der nationalen Lähmung, das bei den Wählern gar nicht gut ankam, deren Stimmen über die Zusammensetzung des deutschen Landesparlaments entschieden.

Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräf-

ten und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche. Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...

Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. In den Jahren 1884/85 etwa, als die deutsche Regierung versuchte, den imperialistischen Appetit der Bevölkerung zu stillen, indem sie den Erwerb einer bescheidenen Sammlung kolonialer Besitzungen billigte, stieß sie auf eine abweisende Antwort aus Großbritannien. Im Jahr 1886 hatte der Bremer Kaufmann Heinrich Vogelsang Land entlang der Angra-Pequena-Küste im heutigen Namibia gekauft.

Im darauffolgenden Jahre fragte Bismarck offiziell die britische Regierung, ob sie die Absicht habe, Ansprüche auf diese Region zu erheben. Aus London kam eine schroffe Erwiderung, daß Großbritannien nicht gewillt sei, es einem anderen Land zu gestatten, irgendwo in der Region zwischen dem portugiesischen Angola und der britischen Kapkolonie Fuß zu fassen.

Berlin antwortete mit zwei Fragen, um die Lage zu sondieren: Worauf stütze sich der britische Anspruch? Und ob die britischen Behörden es auf sich nähmen, deutsche Siedler in der Region zu beschützen?

Es vergingen Monate, bis Whitehall sich herabließ, eine Antwort zu schicken. Bismarck war über diese herablassende Art verärgert, aber es bestand kein Anlaß, dies persönlich zu nehmen – London verhielt sich 1895/96 genauso abweisend und hochnäsiger, als es mit den Amerikanern wegen des venezolanischen Grenzstreits zu tun hatte. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Sklaverei in Afrika im Jahre 1889 (x814/1.019-1.020): >>(Sklavenstaaten) ... Was die gegenwärtige völkerrechtliche Beurteilung der Sklaverei seitens der zivilisierten Staaten anbetrifft, so ist dieselbe als schlechthin völkerrechtswidrig noch nicht aufzufassen. Wohl aber gilt dies von den Sklavenjagden und von dem Sklavenhandel. Die Abschaffung der Sklaverei in Afrika selbst ist von dem Fürsten Bismarck am 26. Januar 1889 im Reichstag als zur Zeit untunlich bezeichnet worden.

Auf die Beseitigung des afrikanischen Sklavenhandels aber wird nach dem Vorgang Englands auch von Deutschland hingewirkt. Dem sogenannten Quintupelvertrag vom 20. Dezember 1841 war Preußen bereits beigetreten. Dieser von Großbritannien, Österreich, Preußen und Rußland, nicht aber von Frankreich ratifizierte Vertrag statuierte ein wechselseitiges Anhalt- und Durchsuchungsrecht gegenüber den unter den Flaggen der kontrahierenden Staaten fahrenden Schiffen zum Zweck der Unterdrückung des Sklavenhandels und eine Beschlagnahme von Sklavenschiffen in einem bestimmten Meeresgebiet um Afrika herum.

An Stelle Preußens trat am 29. März 1879 das Deutsche Reich in jenen Vertrag ein, und der Reichstag erteilte am 19. Mai 1879 hierzu die Genehmigung.

Die Kongoakte vom 26. Februar 1885 erklärt aber im Art. 9 folgendes: "Da nach den Grundsätzen des Völkerrechts, wie solche von den Signatarmächten anerkannt werden, der Sklavenhandel verboten ist und die Operationen, welche zu Land oder zur See diesem Handel Sklaven zuführen, ebenfalls als verboten anzusehen sind, so erklären die Mächte, welche in den das konventionelle Kongobecken bildenden Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben oder ausüben werden, daß diese Gebiete weder als Markt noch als Durchgangsstraße für den Handel mit Sklaven, gleichviel welcher Rasse, benutzt werden sollen.

Jede dieser Mächte verpflichtet sich zur Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel, um diesem Handel ein Ende zu machen und diejenigen, welche ihm obliegen, zu bestrafen."

Diese Verpflichtung erstreckt sich auf die 14 Staaten, welche die Berliner Generalakte unter-

zeichnet haben, sowie auf den Kongostaat.

Um aber der Sklavenausfuhr in Ostafrika wirksam zu begegnen, welche namentlich von Sansibar aus auf arabischen Dhaus (Segelschiffe) unter französischer Flagge schwunghaft betrieben wurde, erklärten Deutschland und England am 2. Dezember 1888 für die Küstenlinie des Sultanats von Sansibar den Blockadezustand; doch wurde diese Blockade nur gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial und die Ausfuhr von Sklaven gerichtet.

Im Anschluß hieran erklärte auch Portugal für den nördlichen Teil des portugiesischen Gebietes an der Ostküste von Afrika den Blockadezustand. Demnächst schloß sich auch Italien der ostafrikanischen Blockade an. ...<<

Kaiser Wilhelm II. leitet am 1. Mai 1889 Reformen des Schulwesens ein (x056/259): >>... Mich (hat) der Gedanke beschäftigt, die Schule ... nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch die Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen ... Verhältnisse zu legen haben. ...

Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Überzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten ... widersprechen, sondern in Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind, sie muß ... der Jugend zum Bewußtsein bringen, wie Preußens Könige bemüht gewesen sind, ... die Lebensbedingungen der Arbeiter zu heben, von den gesetzlichen Reformen Friedrichs des Großen ... bis heute.<<

Das "Militärwochenblatt" vom Juli/August 1889 berichtet über die Stellung des Offiziers in der deutschen Gesellschaft (x056/256): >>Der Stolz jedes Deutschen ist die Armee, die Blüte des Volkes. Deutschlands Heer – die Elite des Heeres, ist das Offizierskorps. ...

Wenn der Offiziersberuf jetzt nicht mehr wie früher das Monopol des Adels ist, so dürfen doch nur ebenbürtige, nur Ritter vom Geiste und Kavaliers von Erziehung und Gesinnung Mitglieder und Genossen dieses bevorzugten Standes sein. ... Der bürgerliche sowie der adeliche Offizier vertreten ... die aristokratische Weltanschauung gegen die demokratische. Der junge Offizier aus bürgerlicher Familie bekundet durch die Wahl des Offiziersberufes, daß er sich zur Aristokratie der Gesinnung rechnet, welche den Offizier beseelen muß. ...

Die ... Gesinnungen (des Offizierstandes) sind: dynastischer Sinn, unbedingte Treue gegen die Person des Monarchen, erhöhter Patriotismus, Erhaltung des Bestehenden, Verteidigung der seinem Schutze anvertrauten Rechte des Königs und Bekämpfung vaterlandsloser, königsfeindlicher Gesinnung. ...

Vor allen anderen ist der Offizier berufen, die Fahne des Königs von Gottes Gnaden voranzutragen. ... Die Stellung als Offizier erfordert ... (die) Mißbilligung ... jener politischen Richtungen, welche das Königtum von Gottes Gnaden bekämpfen oder seine ihm zustehenden Rechte verkürzen möchten.<<

Der Berliner Polizeipräsident schreibt am 22. November 1889 in einem Geheimbericht über die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung (x239/95): >>Beim Vergleich der heutigen Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung mit der zuletzt vor 2 Jahren geschilderten ergibt sich wiederum eine erhebliche Erweiterung der zwischen der Arbeiterschaft und den übrigen Gesellschaftsklassen entstandenen Kluft.

Die Unzufriedenheit mit ihren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die Anschauung, daß die ebenso notwendige wie mögliche Besserung von den übrigen Klassen nur aus Eigennutz und bösem Willen hintertrieben werde, ... greift auch unter den noch nicht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehörenden Arbeitern immer mehr um sich. ...<<

1890

Deutsches Reich: Im Januar 1890 lehnt der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes (zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung) ab.

Kaiser Wilhelm II erläßt Anfang Februar 1890, ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers, ein sozialpolitisches Programm zum Schutz der Arbeiter (x239/161): >>(Wenn berechtigte Forderungen der Arbeiter) nicht berücksichtigt werden, ... verwandeln (sie) sich durch den Einfluß der Anarchisten und Sozialisten bis in das Maßlose und Unangemessene. ...

Man kann das an der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung sehen, mit jedem Jahr steigen die Forderungen. Wartet man länger, dann wird man auch beim besten Willen nicht in der Lage sein, diese Wünsche mehr zu erfüllen. ...

Nichtsdestoweniger kann noch viel in Deutschland zum Schutze der Arbeiter geschehen, nämlich

I. Das Verbot der Sonntagsarbeit, soweit sie nicht wie z.B. bei Hüttenwerken ... unumgänglich notwendig ist.

II. Das unbedingte Verbot der Nacharbeit und der Arbeit unter der Erde für Frauen und Kinder.

III. Ein Verbot der Frauenarbeit während der letzten drei Wochen der Schwangerschaft und der ersten drei Wochen nach der Entbindung.

IV. Eine Unterbrechung der Frauenarbeit während des Tages zur Besorgung häuslicher Geschäfte. ...

VI. Die Einschränkung der Arbeit von Kindern bis zum 14. Jahre als Regel, jedoch unter Zulassung von Ausnahmen. ...

Zu der Herstellung des sozialen Friedens ... würde es erheblich beitragen, wenn die sogenannten Fabrikordnungen ... nicht einseitig von den Arbeitgebern, sondern in Gemeinschaft mit Vertretern (Arbeiter-Ausschüssen) vereinbart würden. ...<<

Als sich Reichskanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzt, wird Kaiser Wilhelm II., von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil ("Vormundschaft des Alten") nicht länger zu akzeptieren.

Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee (1832-1904, maßgeblich am Sturz Bismarcks beteiligt) schreibt im Jahre 1890 (x056/276): >>In der Arbeiterfrage ist der Kaiser empört, daß der Kanzler (Bismarck) mit ruhigem Blute die Armee mißbrauchen will, um auf die Arbeiter zu schießen, und meint, der Kanzler wolle ihm auch hier den Ruhm, aus der Hand nehmen. Eigentlich ist es unglaublich, daß er noch mit einem Mann zusammenwirken will, dem er zutraut, nur aus Eifersucht um seines Ruhmes willen Blutbäder herbeizuführen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die "Arbeiterfrage" in Deutschland (x801/750-751,753): >>Arbeiterfrage.

In der Arbeiterfrage wird das Wort Arbeiter (welches sprachlich eine Person bedeutet, die ihre Kraft veräußert, um einen Wert hervorzubringen) in einem engeren Sinn gebraucht. Es bezeichnet hier nur Lohnarbeiter und von diesen auch nur einen Teil. Die Arbeiterfrage, eine Lohnarbeiterfrage, bezieht sich nur auf diejenigen Lohnarbeiter, welche als solche in gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen ihren Erwerb suchen.

Sie ist ein soziales Problem, doch nicht das einzige soziale Problem, das heute existiert. Man nennt sie aber häufig die soziale Frage schlechthin, weil sie unter den vielen sozialen Fragen der Gegenwart weitaus die wichtigste und bedeutsamste ist.

Soziale Probleme sind Aufgaben für den Staat und die Gesellschaft zur Besserung ungenügender Zustände ganzer Gesellschaftsklassen, welche ebensolchen Umfang angenommen haben, daß zur Beseitigung der Mißstände die Kraft der Einzelnen (der Individuen bzw. der betreffenden Klasse) nicht mehr hinreicht, sondern dazu die Mitwirkung der Gesellschaft und des Staates notwendig ist.

Ein soziales Problem entsteht erst dadurch, daß die tatsächlichen Zustände der Gesellschaft in Widerspruch geraten mit einem Gesellschaftsideal, mit einem Zustand, wie er nach der idea-

len und sittlichen Anschauung sein sollte, und daß man allgemein zu der Überzeugung gelangt ist, daß Staat und Gesellschaft die Möglichkeit und die Pflicht haben, diesen Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen dem, was sein sollte, und dem, was ist, zu heben. Soziale Probleme können deshalb doppelten Ursprungs sein.

Sie können einerseits entstehen dadurch, daß die tatsächlichen Zustände sich gegen früher verschlechtert haben. Sie können aber auch andererseits entstehen, ohne daß eine solche Verschlechterung eingetreten, lediglich dadurch, daß ein Volk sich höhere Gesellschaftsideale stellt als früher. Unter dieser Voraussetzung können sie sich auch dann bilden, wenn die tatsächlichen Zustände bessere geworden sind. Die Arbeiterfrage gehört zu den Problemen der letzteren Art.

Die Arbeiterfrage hat zu ihrem Gegenstand die Lage der vorerwähnten Lohnarbeiter in ökonomischer, moralischer und sozialer Hinsicht. Diese Lage zeigt zahlreiche Mißstände, die im Widerspruch stehen einerseits mit den Anforderungen, welche vom Standpunkt der Moral und Humanität an das Leben der Einzelnen gestellt werden, und mit den Rechten, welche der moderne Staat als Grundrechte der Persönlichkeit anerkennt, insbesondere mit dem Prinzip der persönlichen Freiheit und Gleichberechtigung, andererseits mit den kulturellen Aufgaben und Zielen des modernen Kulturstaates.

Die Arbeiterfrage ist die Frage der Lösung dieses Widerspruchs, der Beseitigung dieses Mißverhältnisses, mit anderen Worten die Frage der Verwirklichung der Forderungen der Moral, der Humanität, der Gerechtigkeit, der Sittlichkeit für diesen großen Teil des Volkes, den sogenannten vierten Stand.

Es handelt sich hier im einzelnen um eine Reihe positiver Anforderungen an die Ausbildung, den Arbeitsvertrag, die Art der Beschäftigung, die Arbeitszeit, die persönliche Stellung zum Arbeitgeber, an das Einkommen, die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, das Familienleben, an die Sicherung und Versicherung gegen Unglücksfälle, an die moralische, religiöse, soziale und politische Existenz dieser Klassen.

Die Arbeiterfrage ist daher nicht nur eine Lohn- oder Einkommensfrage, sondern eine Frage viel allgemeinerer, viel komplizierterer Art, und sie ist auch nicht bloß eine ökonomische, sondern zugleich eine sittlich-religiöse und eine politische Frage. Die Besserung von Arbeiterzuständen ist auch schon vor dem 19. Jahrhundert Gegenstand sozialer Probleme gewesen. Aber das, was man heute unter der Arbeiterfrage begreift, wenn von ihr schlechthin die Rede ist, ist doch erst eine Erscheinung, ein Problem des 19. Jahrhunderts.

Für die richtige Würdigung dieser Arbeiterfrage ist wesentlich, daß sie ihren besonderen Entstehungsgrund und Inhalt hat einerseits in Übelständen, die erst im letzten Jahrhundert durch die gegen früher völlig veränderten rechtlichen und technischen Verhältnisse der Volkswirtschaft hervorgerufen wurden, andererseits darin, daß die heutigen Kulturstaaten und ihre Gesellschaft sich viel höhere Aufgaben für die Verbesserung des Loses der unteren Volksklassen stellen, als es früher geschah, daß man diese Klassen auf eine viel höhere Stufe der Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung erheben will, als sie früher erstrebt wurde.

Das Auftreten der Arbeiterfrage in unserem Jahrhundert ist daher nicht ein Zeichen des Rückschritts, nicht ein Beweis dafür, daß die Lage der Lohnarbeiter gegen früher eine schlechtere geworden (ist), sondern im Gegenteil ein Zeichen des Fortschritts, ein Beweis dafür, daß die Völker, bei denen die Arbeiterfrage eine brennende Tagesfrage ist, bewußt eine höhere Kulturstufe erreichen wollen, daß ihr Rechtsbewußtsein, ihre humanen und sittlichen Anschauungen, ihre sittlichen Bestrebungen höhere geworden sind.

Die Arbeiterfrage gehört zu den schwierigsten Problemen, die je Völker in der Geschichte sich gestellt haben. Es kann daher nicht wundernehmen, daß die Ansichten über das Maß des Berechtigten und Erreichbaren und über den Weg zu diesem Ziel weit auseinander gingen und gehen.

Und in der Tat zahllos sind die Vorschläge zur Lösung der Arbeiterfrage, und die Literatur, in der die widersprechendsten Ansichten entwickelt sind, füllt eine große Bibliothek. ...

Das hauptsächlich unterscheidende Kriterium für die verschiedenen Richtungen ist weniger die Ansicht über das berechnete und erreichbare Ziel als die Stellung des Staates zur Lösung der Frage, das Verhalten der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung zur Hebung der Mißstände. ...<<

>>... Die Arbeiterfrage ist materiell ein nach Lohnklassen verschiedenes Problem. Man kann in dieser Hinsicht insbesondere drei Gruppen von Lohnarbeitern und danach auch drei verschiedene Arbeiterfragen unterscheiden:

1) Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die landwirtschaftliche Arbeiterfrage. Eine solche Arbeiterfrage existiert in Deutschland wesentlich nur für die Lohnarbeiter auf großen Gütern und in Gegenden, wo diese weitaus überwiegen.

2) Die Lohnarbeiter im Kleingewerbe, die Handwerksgesellen. Die Verhältnisse dieser Arbeiterklasse sind nur in einem geringen Grad Anlaß und Gegenstand eines sozialen Problems; die Gesellenfrage tritt an Inhalt und Bedeutung weit hinter die beiden anderen zurück.

3) Die Lohnarbeiter in großen gewerblichen, insbesondere industriellen, Unternehmungen, die sog. industrielle Arbeiterfrage. Sie umfaßt die eigentlichen Fabrikarbeiter, die hausindustriellen Arbeiter, die Lohnarbeiter in größeren Handwerksunternehmungen, in Berg- und Hüttenwerken und Salinen. Die industrielle Arbeiterfrage und die Gesellenfrage werden auch zusammen als gewerbliche Arbeiterfrage bezeichnet. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3.</u> Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte.</u> Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x070	Jähmig, Bernhart, und Ludwig Biewer: <u>Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte.</u> Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte.</u> Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.

x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war.</u> Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage.</u> Weinheim 1964.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts.</u> 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x190	Everett, Susanne: Die Geschichte der Sklaverei. Augsburg 1998.
x199	Rang, Martin, und Otto Schliske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x215	Fischer-Fabian S.: <u>Preußens Krieg und Frieden.</u> Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x233	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 5. Im vorigen Jahrhundert.</u> 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3. Das Werden der modernen Welt (1648-1918).</u> Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x244	Ripper, Werner (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus.</u> Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x259	Kaiser, Eugen (Hg.): <u>Grundzüge der Geschichte. Band 3. Vom Westfälischen Frieden bis zum Jahre 1890.</u> 9. Auflage. Frankfurt/Main 1974.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert.</u> 1. Auflage. Berlin 1986.
x263	Ripper, Werner u.a. (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 2. Von der bürgerlichen Revolution bis zum Imperialismus.</u> 1. Auflage der Neubearbeitung. Frankfurt/Main, Berlin, München 1974.
x307	Clark, Christopher: <u>DIE SCHLAFWANDLER.</u> Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.

Internet

x801	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 1. Band: A - Atlantid. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x802	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 2. Band: Atlantis - Blatth. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x804	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 4. Band: Chin - Distanz. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.

x805	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 5. Band: Distanzg -Faidh. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x813	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 13. Band: Phlego - Rub. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x814	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 14. Band: Rue - Soda. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x815	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 15. Band: Sodb - Urali. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x816	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 16. Band: Urals - Z. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x825	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 5. Band: Deutsche L - Elektrodi. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x980	http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&type=102&tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1 VII. Jahrgang. No. 62. Neueste Mittheilungen. Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Klee. Berlin, Montag, den 25. Juni 1888. - September 2020
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021